

# Wiener Landtag

## 19. Wahlperiode

### 4. Sitzung vom 1. April 2011

---

#### Wörtliches Protokoll

#### Inhaltsverzeichnis

1. Nachruf auf Johann Römer, Zweiter und Dritter Präsident des Wiener Landtages a D	S. 3	Wien 2009 (Beilage Nr 17/2010) Rednerin bzw Redner: Abg Ing Mag Bernhard Dworak	S. 32
2. Entschuldigte Abgeordnete	S. 3	Abg Katharina Schinner	S. 33
3. Fragestunde		Berichterstatter Amtsf StR Dr Andreas Mailath-Pokorny	S. 34
1. Anfrage (FSP – 01368-2011/0001 – KSP/LM)	S. 3	Abstimmung	S. 34
2. Anfrage (FSP – 01372-2011/0001 – KVP/LM)	S. 6		
3. Anfrage (FSP – 01371-2011/0001 – KGR/LM)	S. 8		
4. Anfrage (FSP – 01369-2011/0001 – KFP/LM)	S. 11		
5. Anfrage (FSP – 01370-2011/0001 – KFP/LM)	S. 14		
4. AST – 01384-2011/0002-KGR/AL: Aktuelle Stunde zum Thema "Verfehlte Budgetpolitik des Bundes belastet Länder und Gemeinden"		9. LG – 03288-2010/0001; P 4: Vorlage eines Gesetzes, mit dem das Wiener Tierzuchtgesetz geändert wird (Beilage Nr 28/2010)	S. 34
Rednerinnen bzw Redner: Abg Dipl-Ing Martin Margulies	S. 19	10. 00886-2011/0001-GJS; P 5: Tätigkeitsbericht 2010 der Kinder- und Jugendanwaltschaft Wien	
Abg Dkfm Dr Fritz Aichinger	S. 21	Berichterstatter Amtsf StR Christian Oxonitsch	S. 34
StR DDr Eduard Schock	S. 22	Rednerin bzw Redner: Abg Dr Sigrid Pilz	S. 34
Abg Mag Nicole Krotsch	S. 22	Abg Univ-Prof Dr Peter Frigo	S. 36
StR Mag Wolfgang Gerstl	S. 23	Abg Christoph Peschek	S. 36
Abg David Ellensohn	S. 24	Berichterstatter Amtsf StR Christian Oxonitsch	S. 38
Abg Mag Dr Barbara Kappel	S. 25	Abstimmung	S. 38
Abg Ernst Woller	S. 26		
Abg Christine Marek (zur Geschäftsordnung)	S. 27	11. 00822-2011/0001-MDSALTG; P 6: Unvereinbarkeitsgesetz 1983; Betätigung von Mitgliedern des Landtages in der Privatwirtschaft (Beilage Nr 3/2011)	
5. Mitteilung des Einlaufs	S. 27	Berichterstatter Abg Dipl-Ing Omar Al-Rawi	S. 38
6. 00310-2011/0001-GIF; P 1: Bericht des Rechnungshofes gemäß Bezügebegrenzungsgesetz		Abstimmung	S. 38
Abstimmung	S. 27	12. PGL - 01400-2011/0001 - KFP/MDLAT: Dringlicher Antrag von Abg Mag Johann Gudenus, MAIS und Abg Mag Wolfgang Jung betreffend generelles Bettelverbot	
7. 00320-2011/0001-GFW; P 2: Ermächtigung des Ausschusses für Europäische und Internationale Angelegenheiten zur Abgabe von Stellungnahmen des Bundesrates		Verlesung durch Schriftführer Abg Mag Günter Kasal	S. 38
Redner: Abg Dr Matthias Tschirf	S. 27	Begründung durch Abg Mag Johann Gudenus, MAIS	S. 39
Abg Mag Wolfgang Jung	S. 28	Rednerinnen bzw Redner: StRin Veronika Matiassek	S. 41
Abg Peter Florianschütz	S. 29	Abg Dr Wolfgang Ulm	S. 42
Abg Dipl-Ing Martin Margulies	S. 30	Abg Birgit Hebein	S. 43
Abstimmung	S. 32	Abg Nurten Yilmaz	S. 45
8. 02312-2010/0001-MDSALTG; P 3: Bericht des Kuratoriums der Museen der Stadt		Abg Johann Herzog	S. 45
		Abg Senol Akkilic	S. 47
		Abg Dr Kurt Stürzenbecher	S. 48
		Abg Birgit Hebein	S. 49
		Abstimmung	S. 49
		13. Ordnungsruf an Abg David Ellensohn	S. 49



(Beginn um 9.01 Uhr.)

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Einen schönen guten Morgen, meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordnete!

Ich eröffne die 4. Sitzung des Wiener Landtages.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen des Hohen Landtages! Ich bitte Sie, sich von den Sitzen zu erheben. *(Die Abgeordneten erheben sich von den Sitzen.)*

Erst vor Kurzem ist das langjährige Mitglied des Wiener Landtages und Gemeinderates sowie der langjährige Zweite und Dritte Präsident des Wiener Landtages Johann Römer viel zu früh überraschend verstorben.

In seinen Funktionen als Kommunalpolitiker war Johann Römer stets bemüht, den Konsens zu finden und auf die Einhaltung der Regeln des politischen Diskurses zu achten. Er war ein fairer Kollege; trotz unterschiedlicher Auffassungen ist er in der politischen Debatte sachlich geblieben und hatte auch immer ein offenes Ohr für Anliegen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Dies wurde über die Fraktionsgrenzen hinweg anerkannt.

Johann Römer war über 13 Jahre als Abgeordneter des Wiener Landtages und Gemeinderates tätig. Er war zwischen 1998 und 2001 Zweiter und anschließend bis 2004, jenem Jahr, in dem er aus gesundheitlichen Gründen freiwillig das Amt zurücklegte, Dritter Präsident des Wiener Landtages.

Er war Träger des Großen Goldenen Ehrenzeichens der Republik Österreich und des Großen Silbernen Ehrenzeichens für Verdienste um das Land Wien.

Wir werden Johann Römer stets ein ehrendes Andenken bewahren.

Ich danke Ihnen für Ihre Anteilnahme und Ihr Gedenken. *(Die Abgeordneten nehmen ihre Sitze wieder ein.)*

Entschuldigt sind die Abgen Baxant, Mag Ramskogler, Stark, Dr Vana und Prof Dr Vitouch. Abg Kurz ist bis 10 Uhr entschuldigt.

Wir kommen nun zur Fragestunde.

Die 1. Anfrage (FSP - 01368-2011/0001 - KSP/LM) wurde von Frau Abg Waltraud Karner-Kremser, MAS, gestellt und ist an den Herrn amtsführenden Stadtrat der Geschäftsgruppe Bildung, Jugend, Information und Sport gerichtet. *(Ende des Jahres 2010 ist die 15a B-VG-Vereinbarung über den Ausbau des institutionellen Kinderbetreuungsangebotes und die frühe sprachliche Förderung ausgelaufen. Der Wiener Landtag hat in seiner Sitzung am 16. Dezember 2010 einstimmig einen Resolutionsantrag betreffend eine Verlängerung der Bundesmittel beschlossen. Eine weitere Fortführung des Bundeszuschusses zur Finanzierung der Ausbauprojekte sowie der sprachlichen Frühförderung ist unerlässlich. Wie ist der Stand der Dinge?)*

Ich ersuche den Herrn Stadtrat, die Beantwortung vorzunehmen.

Amtsf StR Christian **Oxonitsch**: Sehr geehrte Frau Abgeordnete! Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Einen wunder-

schönen guten Morgen!

Sie fragen mich nach dem Stand der Dinge betreffend die 15a-Vereinbarung für den Ausbau von institutionellen Kinderbetreuungseinrichtungen, eine Vereinbarung, die für die Jahre 2008 bis 2010 zwischen dem Bund und den neun Bundesländern getroffen wurde, eine Vereinbarung, die mit Ende des Jahres 2010 ausgelaufen ist. Diese Vereinbarung umfasst ja zwei für uns in Wien ganz wesentliche Punkte, einerseits die Unterstützung seitens des Bundes für den Ausbau von Kinderbetreuungseinrichtungen, auf der anderen Seite - ebenfalls ein ganz wichtiger und ganz wesentlicher Punkt - den Bereich der sprachlichen Förderung in diesen Einrichtungen.

Wien zählte und zählt zu jenen Bundesländern, die diese Mittel seitens des Bundes zur Gänze ausgeschöpft haben. Es geht hier um rund 3,1 Millionen EUR pro Jahr. Insgesamt haben wir also in den Jahren 2008 bis 2010 die Summe von 9,33 Millionen EUR, die wir seitens des Bundes zur Verfügung gestellt bekommen haben, auch voll ausgeschöpft und in den Ausbau von Kinderbetreuungseinrichtungen investiert.

Es ist dies natürlich nur ein kleiner Anteil der gesamten Aufwendungen für den Ausbau der Kinderbetreuungseinrichtungen. Wien hat aus eigenen Mitteln pro Jahr mindestens 10 Millionen EUR investiert, allein das Jahr 2010 weist hier einen Aufwand von 10,8 Millionen EUR aus. 3,1 Millionen EUR zusätzlich wurden seitens des Bundes zur Verfügung gestellt. Man sieht also, dass der Anteil des Bundes zwar wesentlich geringer war als der Bereich, den wir investiert haben, aber nichtsdestoweniger ist dies natürlich eine Möglichkeit gewesen, einfach zusätzlich mehr Plätze zu schaffen.

Umso bedauerlicher ist es nun, dass diese Vereinbarung für das Jahr 2011 nicht entsprechend verlängert werden konnte, denn wir hätten hier natürlich entsprechend mehr Spielräume dafür gehabt, den Bereich der Kindergärten noch intensiver auszubauen. Wir bauen allein im Jahr 2011 wieder - und die entsprechenden Beschlüsse hat dieses Haus ja bereits gefasst - rund 2 000 zusätzliche Kindergartenplätze. Aber angesichts eines Bevölkerungswachstums von 5,3 Prozent und natürlich auch eines starken Anstiegs im Bereich des einkommensabhängigen Karenzgelbes, wodurch wir zusätzlich immer mehr Kinder immer früher in den Kindergarten bekommen, wäre es für uns wichtig gewesen, darüber hinaus mit diesen zur Verfügung gestellten Mitteln zusätzlich Plätze schaffen zu können.

Trotzdem ist ein ganz wesentlicher Bereich - obwohl es sich hier um den kleineren Bereich handelt - die schon angesprochene sprachliche Förderung im Kindergarten, die ebenfalls in dieser 15a-Vereinbarung enthalten ist. Es wäre eigentlich, da es ja hier um Menschen geht, notwendig gewesen, im Jahr 2011 durch diese Maßnahme zusätzliche Mittel bereitzustellen, und es geht hier immerhin auch um 1,735 Millionen EUR, sodass wir eigentlich diese

Maßnahme hätten einstellen müssen.

Uns war diese sprachliche Förderung im Kindergarten natürlich bildungspolitisch wichtig, wofür rund hundert Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zusätzlich zum pädagogischen Personal im Einsatz sind, um Kindern in Kleingruppen die entsprechende sprachliche Förderung zu geben. Wichtig ist, dass diese Maßnahme - ungeachtet der Tatsache, ob es zu einer Verlängerung dieser 15a-Vereinbarung im Jahr 2011 kommt - weiter fortgesetzt werden kann. Wir wollen uns von diesen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern nicht trennen und können uns eigentlich von ihnen aus pädagogischer und bildungspolitischer Sicht auch gar nicht trennen. Daher ist es wichtig, dass wir auch im Jahr 2011 diese Maßnahme fortsetzen und letztendlich diese Mittel seitens des Landes auch für die Zukunft sicherstellen.

Es hat darüber hinaus am 3. Februar 2011 ein entsprechendes Gespräch bei Bundesminister Mitterlehner und Staatssekretärin Remler gegeben, bei dem alle neun Bundesländer die Notwendigkeit und Wichtigkeit der Wiederaufnahme von Verhandlungen über eine derartige 15a-Vereinbarung betont haben. Es war ein Gespräch, bei dem ich - und wie gesagt, ich bin immer wieder auch ein Optimist in diesem Zusammenhang - feststellen konnte, dass es hier tatsächlich das Bemühen des Bundes gibt, dass für das Jahr 2012, wieder auf einen Zeitraum von drei Jahren, diese 15a-Vereinbarung wieder aufleben und abgeschlossen werden soll.

Es hat allerdings seither leider keine entsprechende Kontaktaufnahme gegeben. Nichtsdestoweniger hoffe ich, dass es gelingt, diese wichtige 15a-Vereinbarung noch im heurigen Jahr wieder zu einer entsprechenden Beschlussfassung zu bringen, um zumindest ab dem Jahr 2012 wieder auf diese zusätzlichen Mittel zurückgreifen zu können.

Mir ist aber, wie gesagt, wichtig, dass wir uns zumindest in jenem Bereich nicht von Kolleginnen und Kollegen trennen müssen, weil es diese Mittel seitens des Bundes im Bereich der sprachlichen Förderung nicht gibt. Wir haben hier ein sehr gutes und gut funktionierendes Netz an sprachlicher Förderung im Kindergarten aufgebaut, ein funktionierendes Netz, das für den Bildungseinstieg vor allem in den Pflichtschulbereich, gerade auch in Verbindung mit dem verpflichtenden Kindergartenjahr, von besonderer Bedeutung ist.

Ich hoffe daher, dass nach der Überbrückung, die wir seitens des Wiener Budgets für das Jahr 2011 zur Verfügung stellen, um diese wichtige Maßnahme fortsetzen zu können, sowohl für den Ausbau als auch für die frühe sprachliche Förderung wieder die entsprechenden Mittel seitens des Bundes kommen. Und ich kann nur dieses Haus ersuchen, über alle Parteigrenzen hinweg diese Bemühungen gemeinsam zu unterstützen. Die neun Bundesländer marschieren hier gemeinsam, und ich hoffe, dass das auch die Fraktionen in diesem Haus tun. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Danke für die Beantwortung. - Die 1. Zusatzfrage stellt Frau Abg Mag Feldmann. Ich ersuche darum.

Abg Mag Barbara **Feldmann** (*ÖVP-Klub der Bun-*

*deshauptstadt Wien*): Guten Morgen! Sehr geehrter Herr Stadtrat!

Können Sie sich vorstellen, diese Mittel, die ausgefallenen Bundesmittel - vor allem, weil es sich ja hier um freiwillige Budgetmittel handelt und die Kindergärten in den Bereich der Landeskompetenz fallen -, aus einem Zusatzbudget oder vielleicht aus den Mitteln des PID auszugleichen?

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Herr Stadtrat.

Amtsf StR Christian **Oxonitsch**: Vielleicht eine grundsätzliche Anmerkung: Es geht hier natürlich um einen Bereich, der, glaube ich, uns allen in dieser Stadt sehr wichtig ist. Das zeigt ja letztendlich, dass weit über das Ausmaß der eigentlich vereinbarten Kofinanzierungsmittel hinaus - also der, wenn man so will, 3,1 Millionen EUR, die wir seitens des Bundes bekommen, weil es hier quasi eine 50-50-Teilung gibt - wir in Wien diese Aufgabe sehr ernst genommen haben, indem wir gesagt haben: Für uns gibt es nicht 50 zu 50, sondern für uns gibt es eigentlich drei Viertel zu einem Viertel in diesem Bereich.

Noch dazu muss man sich bewusst sein, dass es hier ja um die Erstinvestition der Errichtung dieser Kinderbetreuungseinrichtungen geht. Die laufenden Kosten sind etwas, das durchaus auch ins Gespräch kam, denn es ist ja nicht das erste Mal, dass der Bund versucht, diesen Weg zu gehen, indem er sagt: In der Erstinvestition unterstützen wir euch, aber dann, wenn es darum geht, auch die laufenden Kosten zu tragen, gibt es nichts mehr. Nichtsdestoweniger haben wir uns darauf verständigt, und ich glaube, das war auch gut so.

Das heißt, wenn man so will, wir haben das bereits im vergangenen Jahr aus einem Zusatztopf ganz maßgeblich gefördert, indem wir eigentlich weit über das Ausmaß hinaus investiert haben. Wir unterscheiden uns in diesem Bereich dadurch - und das zeigt auch den Unterschied zu den Bundesländern -, dass wir eben eines jener Bundesländer sind, die diese 3,1 Millionen EUR, die uns als Land Wien zugestanden sind, zur Gänze ausgeschöpft haben. Zum Beispiel Ihre KollegInnen in Oberösterreich haben nicht einmal die 50 Prozent zusammengebracht, sodass sie diese Mittel nicht ausgeschöpft haben.

Daher glaube ich, es zeigt sich hier, wie ernst Wien seine Aufgaben nimmt und dass wir auf einem guten Weg sind. Wir tun das in einem Teil, der uns vor allem in der aktiven und laufenden Betreuung der Kinder wichtig ist, eben schon im Bereich der frühen sprachlichen Förderung. Hier investieren wir infolge des Ausfalls des Bundes zusätzlich diese Mittel, und wir haben das in den vergangenen Jahren in erster Linie getan, indem wir drei Mal so viel investiert haben, wie wir eigentlich hätten investieren müssen.

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Danke. - Die 2. Zusatzfrage stellt Frau Abg Mag Wurzer. Ich ersuche darum.

Abg Mag Martina **Wurzer** (*Grüner Klub im Rathaus*): Guten Morgen!

Ja, das sind im Prinzip bedauerliche Nachrichten aus dem Bund, da es aus meiner Sicht mehr als fahrlässig

ist, im Bereich der Bildung Mittel zu kürzen, wie das hier für das Jahr 2011 passiert ist. Umso erfreulicher ist es, dass die Stadt Wien, dass Wien am Gratiskindergarten festhält, im Gegensatz zum Bundesland Steiermark ohne Wenn und Aber.

Meine Frage lautet: Welche Initiativen setzen Sie oder setzt die Stadt Wien im Verbund mit den Regierungsmitgliedern - wahrscheinlich vor allem der SPÖ-Fraktion -, um im Jahr 2012 zusätzliche Mittel für Bildungseinrichtungen im Budget sicherzustellen?

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Danke. - Herr Stadtrat.

Amtsf StR Christian **Oxonitsch**: Wir haben hier bereits im vergangenen Jahr versucht, entsprechend auch politischen Druck auszuüben. Es hat ja dazu eine gemeinsame Beschlussfassung der LandesfamilienreferentInnen, also der zuständigen Kolleginnen und Kollegen in den Bundesländern, gegeben, um für eine Verlängerung der 15a-Vereinbarung den entsprechenden Gesprächspartner oder -partnerin zu finden. Leider ist es damals mit der Staatssekretärin Marek nicht gelungen, zu einer entsprechenden Vereinbarung zu kommen.

Wir werden aber diesen Druck selbstverständlich auch weiterhin aufrechterhalten. Ich habe diesen Tagesordnungspunkt auch wieder auf die nächste Landesfamilienkonferenz heben lassen, um gemeinsam mit den Ländern einmal mehr die Bedeutung und Wichtigkeit zu betonen. Wie gesagt, es hat bereits die ersten Gespräche gegeben, ich bin optimistisch. Der Ausfall der Mittel im Jahr 2011 schmerzt uns, aber hoffen wir, dass es uns gemeinsam gelingt - und darum auch mein vorhergehender Appell an alle Fraktionen: Schauen wir, dass wir es für das Jahr 2012 zusammenbekommen!

Die Zuständigkeit ist ja relativ klar: Sie liegt bei Staatssekretärin Remler, sie liegt bei Bundesminister Mitterlehner. Wir hoffen, dass wir letztendlich gemeinsam zu einer tragfähigen Lösung kommen. Im Moment bereitet es uns eben ein bisschen ein Problem, dass es Bundesländer wie zum Beispiel Oberösterreich gibt, die diese Mittel nicht voll ausgeschöpft haben. Daher ist hier auch mehr oder minder vereinbart worden beziehungsweise seitens des Bundes die Notwendigkeit betont worden, sie wollen erst eine Evaluierung der Mittel vornehmen, wie sie bis 2010 eingesetzt wurden.

Ich habe schon in der Verhandlung gesagt: Wir können das gerne tun, Herr Bundesminister! Setzen wir uns ins Taxi, fahren wir zu den 20 Kindergärten, Sie können es sich anschauen, das ist in 20 Minuten erledigt, da brauchen wir keine monatelange Evaluierung. - Das Angebot wurde nicht angenommen, aber ich hoffe, dass man trotzdem zügig arbeitet, sodass wir eben hoffentlich im Herbst diese Vereinbarung wieder dem Landtag werden vorlegen können.

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Danke. - Die 3. Zusatzfrage stellt Herr Abg Mag Kasal.

Abg Mag Günter **Kasal** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Sehr geehrter Herr Landesrat!

Wenn man Ihren Ausführungen zuhört, könnte man den Eindruck gewinnen, es würde sich in der Bundesregierung nicht um eine sozialdemokratisch geführte Bundesregierung handeln.

Was mich aber interessiert, ist eigentlich die weitere Zukunft über 2011 hinaus. Für 2011 haben Sie jetzt ausführlich erklärt, wie es weitergeht. Wie sind Ihre Pläne für 2012, sollten von Bundesseite wieder weniger Mittel zur Verfügung stehen?

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Herr Stadtrat.

Amtsf StR Christian **Oxonitsch**: Die Investition in Kinderbetreuungseinrichtungen hat einen großen Stellenwert, und ich habe das ja auch bereits betont, einfach nur im Vergleich der Summen, die hier zur Verfügung gestellt werden. Wir werden selbstverständlich dieses Ausbauprogramm weiterhin fortsetzen. Das ist eine Herausforderung für uns, ich habe es schon angesprochen: Ein Geburtenwachstum von 5,3 Prozent ist eine Herausforderung für uns alle.

Aber Wien geht hier bewusst und ist immer bewusst einen anderen Weg gegangen. Wir wissen, dass wir in dem Bereich auch unsere Aufgaben machen müssen, daher sind für uns natürlich zwei Bereiche ganz wesentlich. Das eine ist - worauf jetzt schon mehrmals hingewiesen worden ist - der Ausbau der Kinderbetreuungseinrichtungen, vor allem aber auch die entsprechenden notwendigen Ausbildungsmaßnahmen.

Wien ist ja eines von eigentlich nur zwei Bundesländern, die eine eigene Bildungsanstalt für den Bereich der KindergartenpädagogInnen unterhalten, neben den Einrichtungen des Bundes, die es in Wien in diesem Bereich auch gibt. Das heißt, Wien investiert auch ganz maßgeblich als eines von, wie gesagt, nur zwei Bundesländern in den Bereich der Ausbildung, um zusätzliche PädagogInnen zu gewinnen. Wir haben allein jetzt in den entsprechenden Ausbildungsmaßnahmen - einer Vielzahl von Ausbaumaßnahmen, ich nenne nur „Change“, „Pick up“, aber auch die normale fünfjährige BAKIP - 804 KollegInnen in der entsprechenden Ausbildung. Die Ersten haben ja diese Zusatzmodule absolviert, die Wien ins Leben gerufen hat. Mit diesen Ausbildungsmodulen sind die ersten KollegInnen bereits fertig geworden, sie haben ihre entsprechenden Diplome entgegennehmen können.

Es gibt jetzt auf Grund der Tatsache, dass wir schon vor drei Jahren mit diesen zusätzlichen Ausbildungsmodulen begonnen haben, hier eine zusätzliche, stärkere Rückflutung, wenn man so will, all jener auch in den Beruf. Wir bieten diesen Personen ja im Bereich der Kindergartenpädagogikausbildung einen entsprechend sicheren Job für die Zukunft. Wir wissen, dass KindergartenpädagogInnen gefragt sind, man braucht nur ins Internet zu schauen: In allen Bundesländern gibt es massive Stellennachfragen im Bereich der KindergartenpädagogInnen. Aber wir haben hier die entsprechenden Ausbildungsmodule zur Verfügung gestellt.

Wir werden das selbstverständlich auch in Zukunft tun, denn wir wissen: Auf der einen Seite mehr PädagogInnen zu brauchen, auf der anderen Seite zusätzlich auszubauen, ist etwas, wo wir auf beiden Seiten gefordert sind. Wir werden diese Herausforderung auch annehmen und die entsprechenden Ausbildungsmaßnahmen ebenso wie den Ausbau selbstverständlich auch im Jahr 2012 und in den Folgejahren fortsetzen, aber natürlich auch immer die aktuellen Entwicklungen im Auge

behalten, denn, keine Frage, es verändern sich immer wieder auch Bevölkerungsstatistiken.

Aber ich glaube, wir sind hier auf einem sehr, sehr guten Weg, ungeachtet der Tatsache, dass eben zum Beispiel eine Steigerung der Bevölkerung weit über der Prognose - eigentlich vorhergesehen waren 2,5 Prozent, aber jetzt sind es 5,3 Prozent - eine Herausforderung darstellt. Aber wir werden diese Herausforderung auch offensiv annehmen.

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Danke, Herr Stadtrat

Wir kommen damit zur 2. Anfrage (FSP - 01372-2011/0001 - KVP/LM). Sie wurde von Herrn Abg Dkfm Dr Fritz Aichinger gestellt und ist an die Frau amtsführende Stadträtin der Geschäftsgruppe Finanzen, Wirtschaftspolitik und Wiener Stadtwerke gerichtet. (Laut Medienberichten tagte bereits eine rot-grüne Arbeitsgruppe zwecks Novellierung des Wiener Gebrauchsabgabegesetzes, insbesondere hinsichtlich einer Neugestaltung der Schanigartentarttarife. Können Sie ausschließen, dass es zu unzumutbaren Mehrbelastungen der Wiener Wirtschaft und der Gastronomie kommen wird?)

Ich ersuche um die Beantwortung.

LhptmStin Mag Renate **Brauner**: Einen schönen guten Morgen! Sehr verehrter Herr Präsident! Liebe Kollegen und Kolleginnen! Herr Abgeordneter!

Die Frage richtet sich nach eventuellen zusätzlichen - wie hier formuliert ist - unzumutbaren Belastungen durch Abgabenveränderungen für die Wiener Wirtschaft. Ich möchte die Gelegenheit benutzen, um zuerst einmal darauf hinzuweisen, dass wir bei sämtlichen Maßnahmen, die in dieser Stadt passieren, bei sämtlichen Regelungen, Verordnungen, Gesetzen an sich immer schon versucht haben, sehr wirtschaftsfreundlich zu agieren.

Jetzt gibt es seit Kurzem einen eigenen Erlass des Herrn Magistratsdirektors in Absprache und Übereinstimmung mit mir, in dem sehr präzise festgelegt wird, dass sämtliche neue Gesetze/Verordnungen auf das Thema Wirtschaftsverträglichkeit, Wirtschaftsfreundlichkeit überprüft werden müssen, und zwar nicht nur allgemein, sondern es gibt einen ganz genauen Punkte- und Kriterienkatalog, nach dem noch einmal - ich sage es in meinen Worten - sogar eine Ehrenscheife gedreht werden muss, wenn so eine Bestimmung entsteht, dass man noch einmal schaut, ob sie wirklich auch der Wirtschaft dienlich ist, wirtschaftsfreundlich ist, ob es nicht vielleicht die Möglichkeit gibt, es anderweitig zu regeln oder gar nicht zu regeln, und dass auch den politisch Entscheidenden ein Bericht vorgelegt werden muss, um diese Dinge noch einmal abzuwägen.

Ich glaube, dass das ein sehr guter Schritt ist. Wirtschaftsförderung ist natürlich oft materielle Förderung, Wirtschaftsförderung erfolgt gerade bei uns in der Stadt sehr oft auch in Form von Immobilienunterstützung, in Form von Beratung. Aber diese indirekte Wirtschaftsförderung, indem man eben darauf Rücksicht nimmt, welche Bedürfnisse die Wirtschaft hat und wie man hier möglichst beste Rahmenbedingungen schaffen kann, denke ich, darf man auch nicht unterschätzen.

Nebenbei bemerkt, gilt das nicht nur für neue Be-

stimmungen. Da hat es offensichtlich ein Missverständnis gegeben, weil die Frau Präsidentin das kritisiert hat. Das gilt natürlich auch für bestehende Regelungen: Ab sofort müssen die alle zwei Jahre überprüft werden. Also von dieser Stelle können Sie das vielleicht auch der sehr verehrten Frau Präsidentin ausrichten, dass sich das auch darauf bezieht. Selbstverständlich im selben Erlass steht auch, dass diese Regelung alle zwei Jahre überprüft werden muss.

Zu den ganz konkret von Ihnen angesprochenen Fragen der Gebrauchsabgabe der Schanigärten im Besonderen: Lieber Herr Landtagsabgeordneter, lieber Freund, seit wir zwei in der Politik sind, wird permanent darüber diskutiert, welche Möglichkeiten es gerade im Zusammenhang mit den Schanigärten gibt, um gerechter und besser zu werden. Es ist eine permanente Diskussion, und deswegen wäre es gelogen, zu sagen, die Diskussion gibt es jetzt nicht mehr. Denn die gibt es, seit wir zwei politisch aktiv sind. Ich kann mich erinnern, eine meiner allerersten Arbeitsgruppen, als ich ganz frisch gewählte Integrationsstadträtin und damit für Gewerbefragen zuständig war, war eine Arbeitsgruppe zu diesem Thema. Insofern ist das ein Thema, das uns die ganze Zeit begleitet.

Aber ich kann Ihnen versichern, dass es keinen aktuellen Vorschlag gibt, dass es keine aktuelle Gesetzesvorlage, keine aktuelle Verordnung zu diesem Thema gibt. Da liegt nichts vor, und insofern kann ich Sie beruhigen.

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Danke, Frau Stadträtin. - Die 1. Zusatzfrage stellt Herr Dkfm Dr Aichinger. Ich bitte darum.

Abg Dkfm Dr Fritz **Aichinger** (ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien): Danke, Frau Vizebürgermeister, für die Beantwortung. Ich nehme auch zur Kenntnis, dass es jetzt einen Erlass des Magistratsdirektors gibt, dass evaluiert wird, und darf dazu vielleicht noch Folgendes ausführen: Wir haben ein Gebrauchsabgabenaufkommen von zirka 130 Millionen EUR im Jahr, österreichweit ist es bei 180 Millionen. Das lässt natürlich den Rückschluss zu, dass wir in Wien besonders hoch sind, denn bei allen Wirtschaftsdaten kann man davon ausgehen, dass Wien zwischen zirka 20 und 25 Prozent liegt; hier sind zwei Drittel der österreichweiten Abgaben aus Wien.

Wird es daher zu einer Evaluierung kommen, beziehungsweise werden auch Tatbestände herausgenommen werden, dass man im Gebrauchsabgabegesetz schaut, dass es eigentlich zu viel Gebrauchsabgabe für die Wiener Wirtschaft gibt?

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Frau Stadträtin.

LhptmStin Mag Renate **Brauner**: Ich kann Ihnen die Frage, zu was es kommen wird, nicht beantworten, da es keinen aktuellen Vorschlag gibt. Das widerspricht sich in sich.

Aber zu Ihrer Bemerkung, dass eine beträchtliche Summe - jawohl, das ist keine Frage - der Einnahmen der Stadt aus der Gebrauchsabgabe kommt, und dieses im Vergleich mit anderen Bundesländern, muss man natürlich der Fairness halber schon sagen, dass in Wien der Gebrauch der öffentlichen Fläche in einem ganz anderen Zusammenhang steht. Wir wissen, dass bei uns

die Grundpreise anders sind, wir wissen, dass bei uns die Aufwendungen anders sind. Wenn ich ein Kabel irgendwo anders verlege, auf dem freien Feld oder auf einer Landstraße, schaut das natürlich ganz, ganz anders aus, als wenn ich das in Wien mache, wo ich praktisch keinen freien Flecken habe und alles mit hochtechnischer Infrastruktur und vor allem ganz dichtem Wohnbau - mehrgeschoßigem Wohnbau, keinen oder sehr viel weniger Einfamilienhäusern - genutzt ist.

Daher denke ich, da muss man im Vergleich schon fair sein. Jawohl, es ist eine beträchtliche Einnahme, das ist überhaupt keine Frage; auf der anderen Seite denke ich, dass wir im internationalen Vergleich nach wie vor gut dastehen, im Vergleich mit anderen Städten - natürlich muss man es mit Städten vergleichen und nicht mit einem hübschen Dörfchen irgendwo auf dem Land. So sehr ich dieses hübsche Dörfchen schätze, aber von der Frage der Infrastruktur her sind das schon zwei unterschiedliche Punkte, die man auch entsprechend fair berücksichtigen muss. Wien ist eine Großstadt, Wien ist dichtest verbaut, Wien hat eine Dichte an Infrastruktur, die österreichweit natürlich mit nichts anderem zu vergleichen ist.

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Danke. - Die 2. Zusatzfrage stellt Herr Abg Dipl-Ing Margulies. Ich ersuche darum.

Abg Dipl-Ing Martin **Margulies** (*Grüner Klub im Rathaus*): Sehr geehrte Frau Stadträtin!

Ich denke, sowohl die SPÖ als auch die GRÜNEN können ausschließen, dass es zu einer unzumutbaren Mehrbelastung im Bereich der Gebrauchsabgabe für die Wirtschaft kommt.

Das Problem ist: Dafür sorgt die Wirtschaft selbst. Ich nehme jetzt einmal das Beispiel der Schanigärten her. In den letzten 20 Jahren haben sich die Mietpreise im Bereich der Lokale mehr als verdreifacht, in manchen Lagen verzehnfacht! Da hat der eine Teil der Wirtschaft dem anderen Teil der Wirtschaft exorbitant viel Geld weggenommen und dem einen oder anderen Wirten das Leben wirklich schwer gemacht.

Im Gegensatz dazu ist die Gebrauchsabgabe seit 18 Jahren auf derselben Höhe: Keine Inflationsanpassung, keine Indexentwicklung, sondern man zahlt nach wie vor für den Quadratmeter, außer in Fußgängerzonen, umgerechnet auf die Schanigartensaison 50 Cent pro Quadratmeter, während Mietpreise in der Größenordnung von 20 EUR pro Quadratmeter keine Seltenheit sind. In diesem Sinn glaube ich sehr wohl, dass auch die Stadt Wien darüber nachdenken kann, ob von der kommerziellen Nutzung des öffentlichen Raumes die Stadt Wien etwas stärker profitieren kann.

In dem Sinn möchte ich auch die Frau Stadträtin fragen: Glauben Sie, dass im Vergleich zu den explodierenden Mietkosten, denen vor allem im Bereich des Gastgewerbes viele Wirte ausgesetzt waren, eine etwaige minimale Erhöhung der Gebrauchsabgabe dem Gastgewerbe tatsächlich schaden könnte? Oder wäre es angesichts dieser Entwicklung im Mietbereich viel sinnvoller, Mietzinsobergrenzen einzuführen, um tatsächlich für die Wiener Wirtschaft eine sinnvolle weitere Entwick-

lung auch im Bereich des Gastgewerbes sicherzustellen?

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Frau Stadträtin, bitte.

LhptmStin Mag Renate **Brauner**: Ja, hier wird natürlich zweifelsohne ein Thema angesprochen, das sehr brisant ist, oder eigentlich zwei Themen, diese Auseinanderentwicklung der Kosten auf der einen Seite und die Frage der Mietpreisobergrenze auf der anderen Seite. Das bestätigt das, was ich in der Antwort auf die 1. Frage vom Kollegen Aichinger angesprochen habe. Das sind Themen, die wir seit Jahren diskutieren, und genau deswegen diskutieren wir seit Jahren, weil es natürlich aus vielen Bereichen immer wieder Beschwerden gibt, überwiegend sogar aus Teilen der Wirtschaft, die sagen: Hallo, das ist ein bisschen eine Ungleichbehandlung!

Deswegen ist es eine jahrelange Diskussion, ich würde fast sagen, eine permanente Diskussion. Es ist aber auch genauso schwierig - weil es eben so komplex ist, und es ist ja kein Zufall, dass wir seit langen Jahren diskutieren - und auch sehr komplex, das zu lösen. Insofern kann ich auch das, was Sie jetzt angesprochen haben, nicht konkret beantworten, weil es eben keine Vorschläge gibt, die auf dem Tisch liegen, und auch noch keine konkreten Pläne, wie ich vorhin schon deutlich gemacht habe.

Aber es ist eine permanente Diskussion, die uns begleitet, weil es hier unterschiedliche Strukturen gibt, weil sich manche benachteiligt fühlen. Das ist richtig, das wissen wir ohnehin alle, weil wir ja alle die Beschwerden haben, die Wirtschaftskammer genauso wie wir in der Stadt und sicher auch ihr bei euren Gesprächen. Das ist also ein permanentes Thema, das uns seit vielen Jahren begleitet, das uns sicher auch noch weiter begleiten wird und das man perspektivisch einer Lösung zuführen muss, so komplex und schwierig das auch ist. Denn wenn es leicht wäre, hätten wir es schon längst gemacht.

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Danke. - Die 3. Zusatzfrage stellt Frau Abg Mag Dr Kappel. Ich ersuche darum.

Abg Mag Dr Barbara **Kappel** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Sehr geehrte Frau Vizebürgermeister! Sehr geehrter Herr Präsident!

Wir begrüßen sehr Ihre Einführung einer Kostenabschätzung und Wirtschaftsverträglichkeitsprüfung von Gesetzen. Das ist sicher für die Wirtschaft gut, es wäre aber auch für alle Gesetze gut. Das ist also sicherlich ein Schritt in die richtige Richtung und sehr positiv zu bewerten.

Ich würde aber gerne auf das Thema der Gebrauchsabgabe eingehen, das heute auch das Thema der Fragestellung ist, und sagen, dass insbesondere die Gastronomie in Wien im letzten Jahr stark verunsichert wurde. Das waren nicht nur die Diskussionen zuletzt über die Novellierung des Gebrauchsabgabegesetzes, also insbesondere die angedachte Erhöhung der Schanigartenabgabe. Das war auch die Diskussion rund um die Alkoholsteuer, und das war natürlich im letzten Jahr die Einführung des Rauchverbotes. Wir haben bei sehr vielen Befragungen bei Wirten festgestellt, dass das ein sehr großes Problem für die Gastronomie ist.

Wir wollen deshalb sagen, dass wir für Rechtssicherheit, für Planungssicherheit eintreten. Da sind wir sicherlich einer Meinung, das ist sicherlich auch in ihrer Intention. Wir glauben aber, dass man diese Verunsicherungen beenden sollte, und wir sind generell der Meinung, dass Steuern und Abgaben, also auch Gebrauchsabgaben, gesenkt werden sollen, nicht nur die Schanigartenabgabe.

Es ist jetzt seitens des Vorredners eine Erhöhung angedacht worden. Wir sind für eine Senkung der Schanigartenabgabe, auch eine Schenkung, eine Senkung der Baumschutzabgabe - es soll am Ende auch eine Schenkung sein! Das wäre nämlich meine Frage. Meine Frage konkret an Sie wäre: Ist es angedacht seitens der Gemeinde Wien, auf diese sogenannten Gebrauchsabgaben oder Bagatellabgaben und -steuern auf kommunaler Ebene generell zu verzichten und diese abzuschaffen?

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Frau Stadträtin.

LhptmStin Mag Renate **Brauner**: Das ist eine Frage, die ich ziemlich konkret beantworten kann: Es ist nicht gedacht, in Wien die Steuern abzuschaffen. Denn Sie können ja nicht nur meinen, dass man Steuern für die Wirtschaft abschafft - das wäre eine Ungleichbehandlung -, sondern dann müssten wir aus Gerechtigkeitsgründen alle Steuern abschaffen, und es wäre dann ein bisschen schwierig, noch zu arbeiten.

Ich denke, dass diese Verunsicherung der Wirtschaft, die Sie angesprochen haben, zum Teil verständlich ist. Aber von internationalen Entwicklungen wie zum Beispiel beim Thema Rauchverbot können wir uns nicht abschotten, und insofern hat man gerade in Österreich versucht, einen Kompromiss zu finden. Da gibt es wieder welche, die sagen: Hätten wir lieber eine gescheiterte, klare Lösung gefunden, das wäre gescheitert für die Gastronomie gewesen!

Da gibt es immer unterschiedliche Meinungen. Ich persönlich glaube, dass wir in Wien - das haben wir bisher getan, und diesen Weg werden wir weitergehen - ein vernünftiges Maß finden sollen, wie Steueraufkommen verteilt ist. Denn es ist auch im Interesse der Wirtschaft, wenn es eine gute Infrastruktur gibt. Es ist auch im Interesse der Wirtschaft, wenn die U-Bahn gut funktioniert. Es ist auch und gerade im Interesse der Wirtschaft, wenn es sozialen Frieden in einer Stadt gibt. Es ist im Interesse ganz besonders der Wirtschaft, wenn die Menschen gut ausgebildet sind.

All dies ist Aufgabe der öffentlichen Hand, und die öffentliche Hand muss natürlich auch Mittel haben, um das entsprechend finanzieren zu können. Insofern ist das jetzt die erste Frage, die ich sehr klar und präzise beantworten kann: Nein, wir werden die Steuern in Wien nicht abschaffen!

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Danke, Frau Stadträtin. - Wir kommen zur 4. Zusatzfrage, sie wird gestellt von Herrn Abg Dkfm Dr Aichinger. Ich bitte darum.

Abg Dkfm Dr Fritz **Aichinger** (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Es hat die Frage des Mag Margulies natürlich gezeigt, dass die Wirtschaft immer darauf achten muss, dass es nicht zu Steuererhöhungen

kommt. Aber das nur nebenbei; ich gehe davon aus, dass es in der Regierung zwei Partner gibt und der größere Partner da mehr aufpassen wird.

Ich habe eine andere Frage. Frau Vizebürgermeister, seit gestern gibt es ein neues Haushaltsrecht. Statistik Austria und Eurostat haben festgestellt, man muss das Budget anders darstellen. Sie wissen, dass daher seit gestern das Bundesbudget anders dargestellt ist. Wird das auch im Wiener Budget in Zukunft so sein? Werden vor allem die Wiener Unternehmen wie KAV, FSW, Wien Kanal oder auch Wiener Wohnen in den Schuldenstand eingerechnet, um hier in Zukunft Transparenz zu zeigen?

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Frau Stadträtin.

LhptmStin Mag Renate **Brauner**: Ich bedanke mich sehr für diese Frage! Denn wenn ich das Thema von mir aus angesprochen hätte, hätte es vielleicht nach Eigenlob geklungen, und dann hätte mir die Opposition wieder vorgeworfen, dass ich immer berichte: Alles ist so gut bei uns!

Aber jetzt, da Sie mich fragen, muss ich es leider sagen - es tut mir fast leid, aber es geht nicht anders -: Das hat keine Auswirkungen auf den Wiener Haushalt, weil wir keine ausgelagerten Schulden haben, weil wir nirgendwo irgendetwas versteckt haben, weil wir es nicht notwendig haben, irgendetwas so darzustellen, als ob es uns nicht angeht, sondern wir haben eine absolut vernünftige Budgetplanung gehabt! Wir haben einen transparenten Haushalt, und insofern haben wir schon immer die Dinge so dargestellt, dass sie für alle einsehbar und transparent waren. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Danke, Frau Stadträtin. Bevor wir zur 3. Anfrage kommen, gebe ich noch der guten Ordnung halber und fürs Protokoll bekannt, dass sich Herr Landtagsabgeordneter Mag Kowarik krank gemeldet hat.

Wir kommen zur 3. Anfrage (*FSP - 01371-2011/0001 - KGR/LM*). Sie wurde von Herrn Abg David Ellensohn gestellt und ist an die Frau amtsführende Stadträtin der Geschäftsgruppe Stadtentwicklung, Verkehr, Klimaschutz, Energieplanung und BürgerInnenbeteiligung gerichtet. (*Die Bundesregierung bereitet eine Novellierung der Straßenverkehrsordnung vor, von den Neuregelungen ist auch Wien betroffen. Welche Chancen sehen Sie durch die Novellierung der StVO für Wien beziehungsweise welche Nachteile befürchten Sie?*)

Bitte, Frau Stadträtin.

LhptmStin Mag Maria **Vassilakou**: Sehr geehrter Herr Abgeordneter!

Zunächst: Es ist ein bisschen ein schwieriger Zeitpunkt, an dem unsere Unterhaltung über die Straßenverkehrsordnungsnovelle stattfindet. Denn in der Zwischenzeit ist ja bekannt, dass die Novelle im Nationalrat durch die ÖVP blockiert wurde, dass es Verhandlungen gegeben hat und dass es gestern zur Abstimmung eines entsprechenden Initiativantrags gekommen ist. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt liegen mir keine detaillierten Informationen vor, was alles in diesem Initiativantrag überhaupt enthalten ist, bis auf eine Sache: Da wissen wir bereits, dass die Radhelmpflicht für Kinder bis zum 12. Lebensjahr beschlossen wurde.



Dennoch möchte ich kurz skizzieren, was alles darin enthalten war, und meine Hoffnung zum Ausdruck bringen, dass ein Großteil einiger sehr guter Vorhaben, die in der Novelle zur Straßenverkehrsordnung ursprünglich enthalten waren, vielleicht jetzt bereits beschlossen wurde, vielleicht allerdings weiterverhandelt wird und zu einem baldigen Zeitpunkt doch noch beschlossen werden könnte.

Was war jetzt alles darin enthalten? Im Wesentlichen die gemeinsame Kennzeichnung von Schutzwegen und Radüberfahrten auf einem Verkehrszeichen, auf einem gemeinsamen Verkehrszeichen, was wiederum den Vorteil hat, dass man die Beschilderung im öffentlichen Raum auf diese Art und Weise reduzieren kann. Diese Maßnahme wurde also seitens der Stadt Wien ausdrücklich begrüßt.

Zweitens: die Möglichkeit zur Einführung von Fahrradstraßen. Auch diese Maßnahme wurde seitens des Landes Wien begrüßt, wenn auch mit einer Anzahl von Ergänzungen beziehungsweise Änderungswünschen, die hinsichtlich der konkreten Ausgestaltung dieser Fahrradstraßen seitens des Landes Wien als wünschenswert erschienen sind.

Drittens: die Einführung von Radwegen ohne Benutzungspflicht. Auch diese Maßnahme wurde seitens des Landes Wien begrüßt, so wie die Schaffung von vorgezogenen Haltelinien für Motorräder, wobei wir hier dafür plädiert haben, dass diese vorgezogenen Haltelinien für Motorräder sehr wohl und ausnahmslos in allen Fällen auch von Fahrrädern benützt werden sollten. Das heißt, wir haben uns an sich ausgesprochen für die Schaffung von vorgezogenen Haltelinien für einspurige Fahrzeuge, egal welcher Art.

Kritisch sehen wir die Einführung der Helmpflicht für Kinder, wobei ich an dieser Stelle auch anmerken möchte, dass diese Einführung der Helmpflicht für Kinder nicht nur seitens des Landes Wien kritisch gesehen wurde, sondern dass über 20 Stellungnahmen einlangten - von der Wirtschaftskammer Wien, von Verkehrsorganisationen und -klubs, von allen Seiten -, die in Summe darauf hingewiesen haben, dass diese Helmpflicht nichts bringt, ganz im Gegenteil sich sogar als kontraproduktiv erweisen könnte. Das möchte ich an dieser Stelle auch kurz ausführen.

Zunächst: Etwa 87 Prozent aller Kinder tragen bereits einen Helm, das heißt, eine Überregulierung in diesem Fall scheint nicht zweckmäßig zu sein. Ein zweiter Aspekt ist, dass diese Helmpflicht nicht mit konkreten Auswirkungen verbunden ist. Weder ist hier vorgesehen, konkrete Strafen bei Nichtbeachten einzuführen, noch hat sie Auswirkungen hinsichtlich der Haftpflicht, falls es doch zu einem Unfall kommt.

Drittens: Sämtliche wissenschaftliche Untersuchung, die es in diesem Bereich gibt, nicht zuletzt auch Studien, die im Auftrag der Europäischen Union erstellt wurden, belegen, dass das Tragen eines Helms keinen besonderen, sozusagen nachweislich tatsächlich existenten Schutz beim Radfahren bietet. Ganz im Gegenteil, das Vorschreiben einer Helmpflicht für Kinder kann wiederum dazu führen, dass Kindern das Radfahren, eigentlich

eine wesentliche Möglichkeit, die man hat, sich zu bewegen, Spaß zu haben, also etwas, was den Bedürfnissen von Kindern sehr stark entgegenkommt, unter Umständen - und da will ich es jetzt ganz offen formulieren - vermiest werden kann! Beziehungsweise es kann sich als kontraproduktiv erweisen, wenn etwa der Helm vergessen worden ist und hier Unsicherheiten entstehen: Darf man das jetzt, oder darf man das nicht, und welche Auswirkungen hat das?

Deshalb, wie gesagt, hat sich das Land Wien - aber in guter Gesellschaft, muss man an dieser Stelle sagen - gegen diese Helmpflicht ausgesprochen. Just diese Helmpflicht ist, ausgeweitet bis zum 12. Lebensjahr, gestern im Nationalrat, wie gesagt, in Form eines Initiativantrags beschlossen worden. Es bleibt abzuwarten, ob die weiteren sehr wesentlichen Maßnahmen, die darin ursprünglich enthalten waren, auch tatsächlich zur Beschlussfassung kommen werden oder nicht.

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Danke, Frau Stadträtin. - Wir kommen zur 1. Zusatzfrage, und ich ersuche Herrn Abg Mahdalik, diese zu stellen.

Abg Anton **Mahdalik** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Sehr geehrte Frau Stadträtin!

Sie haben jetzt angesprochen, dass die GRÜNEN den Wegfall der Radwegbenutzungspflicht begrüßen würden. Wir sehen darin eine kleine Diskrepanz: Es wird sehr viel Geld in Radwege gesteckt, jetzt wieder in den Ring-Radweg, und gleichzeitig fordern die GRÜNEN, dass auch auf dem Ring in Zukunft mit dem Rad gefahren werden darf. Gerade auf dieser Verkehrsfläche halte ich es für lebensgefährlich, wenn man heute dort fährt: die Busse, Fiaker, Straßenbahn. Daher halte ich es nicht für sonderlich intelligent, dass ein Radfahrer über den Ring fährt.

Zum Zweiten hat Kollege Chorcherr gemeint, die flotteren Radfahrer dürfen dann auf dem Ring fahren, die anderen müssen oder sollten doch den Radweg benutzen. Da würde ich Sie gerne fragen, ob Sie für die aus unserer Sicht bestehende Diskrepanz dazwischen, viel Geld in Radwege zu stecken und die Radwegbenutzungspflicht aufzuheben, eine Erklärung haben, und zum Zweiten, ob Sie das wirklich wollen, dass sich Radfahrer auf dem Ring in Lebensgefahr begeben.

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Frau Stadträtin.

LhptmStin Mag Maria **Vassilakou**: Sehr geehrter Herr Abgeordneter!

Zunächst: Ich sehe keine Diskrepanz. Worum es uns in diesem Fall geht, ist, die Infrastruktur auszuweiten, um sicherzustellen, dass es eine Vielzahl von Angeboten gibt, damit man das Rad in der Stadt, im Stadtverkehr sicher nutzen kann. Allerdings, was man nicht außer Acht lassen darf, ist, dass es hier unterschiedliche Sicherheitsbedürfnisse gibt. Das heißt, wir wissen anhand von Erhebungen, dass es etwa für ältere Wienerinnen und Wiener beziehungsweise für Frauen und sehr oft auch für Kinder ein großes Bedürfnis nach eigenen, gesondert hergestellten Radwegen gibt, auf denen man sich sicher bewegen kann. Deswegen wird die Stadt auch weiterhin diesen Weg beschreiten, das heißt, die Infrastruktur, die es dafür braucht, ausweiten, um eben

jene Rahmenbedingungen zu schaffen, die es braucht, um mehr und immer mehr Menschen für das Radfahren zu begeistern und zu gewinnen.

Allerdings machen wir auch die Erfahrung, dass es mit einer steigenden Anzahl von Radfahrerinnen und Radfahrern in der Stadt - was sehr, sehr begrüßenswert ist - zur Überlastung der vorhandenen Infrastruktur kommt, und das insbesondere an sehr stark befahrenen Orten in der Stadt, wo es zwar Radwege gibt, wo es aber in der Zwischenzeit zu einer schwierigen Situation auf diesen Radwegen kommt. Wie gesagt, auf Grund von Überlastungserscheinungen, die da etwa sein können, dass dort die einen ein langsames Tempo haben, darüber hinaus auch ein langsames Tempo brauchen, um diese Radwege nutzen zu können, andererseits aber jüngere, fitte Verkehrsteilnehmer auf dem Rad unterwegs sind, die ein anderes Tempobedürfnis haben, die darüber hinaus etwa auch das Rad nicht benutzen, um spazieren zu fahren, sondern um wichtige Arbeitswege zu erledigen, wobei es, wie gesagt, zu einer Vielzahl von schwierigen Situationen und immer wieder auch zu Konflikten kommt.

Daher macht es Sinn, an bestimmten Stellen zu ermöglichen, dass man einen vorhandenen Radweg nicht benutzen muss. Das heißt, man braucht ihn weiterhin, man braucht ihn weiterhin für die Tausenden von Menschen, die den Radweg brauchen und wollen und sich wünschen, um das Rad benutzen zu können. Es spricht aber, noch einmal, nichts dagegen, jenen wenigen oder vielleicht in zehn Jahren viel, viel mehr Menschen, die ein anderes Tempo und ein anderes Bedürfnis haben, einfach die Möglichkeit zu geben, sich dennoch auch auf der Fahrbahn mit dem Rad fortbewegen zu dürfen.

Das ist die Überlegung, die dahintersteckt. Sämtlichen Erhebungen und auch Studien, die es gibt, zufolge ist es so, dass grundsätzlich eine Steigerung des Radverkehrs nicht zu einem Mehr an Unfällen, sondern ganz im Gegenteil zu einem drastischen Weniger an Unfällen führt. Wir wissen inzwischen auch, dass, je mehr insgesamt der Radverkehrsanteil in einer Stadt steigt, insgesamt die Statistik an schweren Unfällen sinkt. Das ist ein gängiges Argument, das derzeit in allen europäischen Städten vorgebracht wird, wenn es darum geht, die vielen, vielen Vorteile des Radverkehrs für die Stadt in den Vordergrund zu stellen und auch zu begründen, warum man es mit sehr ambitionierten Plänen angeht und, wie gesagt, jene Infrastruktur schafft beziehungsweise jene Regelungen und Maßnahmen ins Leben ruft, die es braucht, um den Radverkehr zu steigern.

Was jetzt konkret den Ring betrifft, ist bekannt, dass es bestimmte Unfallstellen oder Unfallhäufungsstellen gibt. Da ist es uns ein großes Anliegen - sei es jetzt auf dem Ring oder auch an anderen Stellen in der Stadt -, sämtliche dieser Unfallhäufungsstellen analysieren zu lassen, nach einem klaren Prioritätenplan eine nach der anderen zu beheben und auch sicherzustellen, dass jene Mängel, die dort konkret vor Ort vielleicht vorhanden sind, behoben werden.

Allerdings möchte ich darauf hinweisen, dass es jene Unfallhäufungsstellen bereits jetzt gibt, mit dem Radweg

und unabhängig davon, dass es einen Radweg gibt. Hier gibt es gute Argumente dafür, dass etwa das Fahren auf der Fahrbahn deshalb auch Vorteile mit sich bringt! Denn viele Kfz-Lenker, die derzeit etwa beim Einbiegen nicht registrieren, dass sie einen Radweg queren, würden besser auf Radfahrer und Radfahrerinnen aufmerksam werden, wenn diese sich auch auf der Fahrbahn bewegen.

Das heißt, das Fahren auf der Fahrbahn hat auch Vorteile hinsichtlich der Sicherheit aller Radfahrerinnen und Radfahrer. Das sind jene Überlegungen, die uns vorliegen, die uns auch sämtliche Expertinnen und Experten auf dem Gebiet mit auf den Weg geben und weswegen wir die Aufhebung der Radwegebenutzungspflicht - natürlich die selektive in dem Fall - sehr wohl begrüßen würden. *(Beifall bei den GRÜNEN.)*

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Danke. - Die 2. Zusatzfrage wird von Herrn Abg Dipl-Ing Stiftner gestellt. Ich bitte darum.

Abg Dipl-Ing Roman **Stiftner** (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Schönen guten Morgen, Frau Vizebürgermeisterin!

Wenn man Ihnen so zuhört und Ihre Politik jetzt ein wenig verfolgt, dann gewinnt man den Eindruck, es gibt eigentlich nur mehr ein Grundbedürfnis im Verkehr und einen Lösungsansatz, und das heißt: Fahrräder, Fahrräder und Fahrradstraßen! Ich möchte Sie ein bisschen zurückholen zu Ihrer Aufgabe, die in der Stadtverfassung auch festgeschrieben ist. Sie sind nämlich in erster Linie Verkehrsstadträtin und für mich daher auch verantwortlich für die Sicherheit und vor allem Flüssigkeit auch des motorisierten Verkehrs. *(Zwischenrufe bei den GRÜNEN.)* Da wissen Sie ja - wahrscheinlich fahren Sie zumindest mit dem Dienstauto da und dort auch spazieren -, dass es in vielen Punkten auch sehr viel krankt.

Ich möchte Sie ganz konkret dazu fragen, dass wir jetzt die Situation haben, dass die Tangente generalsaniert werden muss und wir deshalb Ausweichverkehr haben. Sie haben auch den Nachteil, dass ihre jetzige Kollegin, die Frau Umweltstadträtin, jahrelang säumig war und jetzt die Wasserrohre sanieren muss: Dresdner Straße tägliches Verkehrschaos, im 19. tägliches Verkehrschaos. Dazu wird Sie jetzt noch der Baustellen-sommer treffen, der normale Baustellen-sommer.

Meine konkrete Frage ist, was Sie abseits Ihres Konzeptes für Fahrradstraßen planen und unternehmen wollen, dass der motorisierte Verkehr und dessen Flüssigkeit auch während der nächsten Monate sichergestellt wird.

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Frau Stadträtin.

LhptmStin Mag Maria **Vassilakou**: Sehr geehrter Herr Abgeordneter!

Es ist nicht weiter verwunderlich, dass Sie zu dieser frühen Stunde ständig das Wort Fahrrad aus meinem Munde hören, denn das Thema der konkret an mich gestellten Fragen ist nun einmal der Radverkehr. Wie es also aussieht, scheint der Radverkehr uns alle in der Wiener Politik sehr zu bewegen, wenn auch kontroversiell, und das ist gut so. Das ist sehr gut so, denn im Rahmen einer umfassenden Verkehrspolitik in einer

Stadt gilt es, auch dem Fahrrad jenen Stellenwert einzuräumen und jene Aufmerksamkeit zu schenken, die es als modernes Fortbewegungsmittel verdient, noch dazu, da es ein Fortbewegungsmittel ist, das auf alle Fälle absolut CO<sub>2</sub>-neutral ist und auch einen wesentlichen Beitrag zum Klimaschutz darstellen kann.

Aber mehr dazu bei der nächsten mündlichen Anfrage, die an mich gestellt wurde, zum Thema Rad, wobei ich an dieser Stelle sagen möchte: Nicht ich habe mir diese Frage gewünscht, sie wurde an mich gestellt. (*Abg Mag Wolfgang Jung: Zufällig!*) Wenn Sie also möchten (*Abg Dipl-Ing Roman Stiftner: Ich habe Sie nicht gefragt!*), dass ich über andere Aspekte des Verkehrs spreche - was ich sehr gerne tue -, schlage ich vor, dass Sie die entsprechenden mündlichen Anfragen an mich richten. Ich werde sie auch gerne beantworten.

Nun konkret zu Ihrer Frage: Es ist gut, dass Straßen in der Stadt saniert werden. Es ist nicht nur gut, sondern es ist darüber hinaus an vielen, vielen Stellen in Wien dringend erforderlich. Die Tatsache, dass es zu einem Sommer kommen wird, in dem es einiges an Baustellen geben wird, die sehr schwer zu bewältigen sein werden, hängt nicht etwa davon ab, dass die Stadt an der einen oder anderen Stelle säumig bei der Behebung von Mängeln gewesen wäre, sondern sie hängt im Wesentlichen damit zusammen, dass die ASFINAG aus uns wohlbekannten Gründen über längere Zeiträume die Sanierung der Tangente verschieben musste, sodass es jetzt zu einer Häufung von Sanierungsvorhaben an sehr, sehr zentralen Verkehrsadern kommt, die nun sein muss.

Sämtliche Zahlen und Fakten, die uns vorliegen, sprechen eine eindeutige Sprache: Es muss jetzt saniert werden! Einmal mehr: Bekanntlich hat die Stadt Wien hier keinen Einfluss auf den Zeitpunkt, an dem die ASFINAG sich vorgenommen hat, diese Sanierungen vorzunehmen.

Des Weiteren kann ich Sie noch einmal darauf verweisen, dass es auch an der Triester Straße Neugestaltungsarbeiten geben wird, dass auch der Wiedner Gürtel, etwa im Zuge der Erstellung des Hauptbahnhofs, neu zu gestalten sein wird. Ich finde, dass das ein Anlass zur Freude sein sollte, denn es bedeutet, dass es jeweils auch die Chance ist, nach einer Zeit von kurzen Fahrtbehinderungen, die es natürlich immer gibt, wenn es irgendwo eine Baustelle gibt, die Qualität des Straßenraums, die uns zur Verfügung steht, zu verbessern und auch dafür zu sorgen, dass der Verkehr danach an vielen, vielen Stellen, an denen es jetzt Engpässe gibt, flüssiger sein wird.

Das heißt, ich kann Ihnen nur versichern, dass wir unser Bestes tun, um diese Baustellen mit den besten Mitteln und den besten Methoden, die uns zur Verfügung stehen, zu meistern. Dementsprechend sind auch die Magistratsabteilungen, die traditionell damit befasst sind, schon seit Monaten damit beschäftigt, einen klaren Plan und einen klaren Ablauf zu erstellen. Er liegt vor, und wir können auch gesondert darüber diskutieren, etwa im Ausschuss. Er wird nächste Woche auch der Öffentlichkeit vorgestellt, und ich bin überzeugt davon, dass wir diesen Sommer auch meistern werden, genauso wie wir

in den vergangenen Jahren imstande waren, wann immer es zu einer Häufung von Baustellen gekommen ist, mit dieser sehr wohl anspruchsvollen Situation fertig zu werden. (*Beifall bei den GRÜNEN.*)

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Danke, Frau Stadträtin. - Die 3. Zusatzfrage stellt Herr Abg Ellensohn. Ich ersuche darum.

Abg David **Ellensohn** (*Grüner Klub im Rathaus*): Frau Stadträtin!

Wir kommen hier als GRÜNE einem Bedürfnis der Opposition nach, die sich - vor allem die Freiheitlichen - intensiv gewünscht haben, dass die GRÜNEN hier auch Fragen an die Stadtregierung stellen. (*Heiterkeit bei SPÖ und GRÜNEN.*) Ich komme dem gerne nach, diese Serviceeinrichtung ist überhaupt kein Problem für uns GRÜNE.

Ich habe eine Frage betreffend die Fahrradstraßen, die mir persönlich ein großes Anliegen sind. Die Parteien sind ja in der Lage, ihre Positionen zu verändern. Die Österreichische Volkspartei hatte früher einen Verkehrssprecher, der für mehr Alkohol am Steuer eingetreten ist; er hat sich nicht durchgesetzt. Jetzt gibt es einen Raiffeisen-Maier, der die Fahrradstraßen abschießt.

Sehen Sie Möglichkeiten, ohne dass man mit einem Geldkoffer kommt - denn die Rücksprache mit Fahrradfreunden und Fahrrad-Fans zeigt, dass sie nicht gewillt sind, irgendwelchen Lobbyisten Geldkoffer zu bringen -, auf die Österreichische Volkspartei, die im Moment offensichtlich der Stein des Anstoßes ist, wenn es um die Fahrradstraßen geht, einzuwirken, damit wir dieses Konzept in Wien auch umsetzen können?

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Frau Stadträtin.

LhptmStin Mag Maria **Vassilakou**: Sehr geehrter Herr Klubobmann!

Mir ist absolut nicht ersichtlich, aus welchen Gründen und welchen Motiven die ÖVP in diesem Fall eine Vielzahl von sehr sinnvollen Maßnahmen zur Förderung des Radverkehrs, die in der Straßenverkehrsordnungsnovelle enthalten waren, blockiert. Ich weiß es nicht. Wenn Sie mich fragen, ob ich mich dafür verwenden möchte, damit es hier zu einem Sinneswandel kommt, lautet meine Antwort: Ja, und ob ich das tun möchte!

Denn eines ist klar: Auch die ÖVP wird es sich nicht leisten können, sich à la longue als eine politische Kraft darzustellen, die aus unerfindlichen Gründen etwas gegen das Radfahren in der Stadt hat. Ich bin überzeugt davon, dass das auch nicht zutrifft auf die ÖVP, und ich bin überzeugt davon, dass auch die ÖVP bereit ist, ihren Beitrag zu leisten, damit wir eine umfassende Verkehrspolitik in Wien weiterentwickeln können in einer moderneren Richtung, in einer gesünderen Richtung, in einer Richtung, die dem Klimaschutz auch gerecht wird.

So gesehen bin ich optimistisch, dass es hier nach einer Anzahl von Gesprächen, die zu führen sein werden, zu einem Sinneswandel kommen wird oder dass vielleicht sogar die Wiener ÖVP auf die eigenen Kollegen auf der Bundesebene einwirkt.

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Danke, Frau Stadträtin.

.Wir kommen damit zur 4. Anfrage (FSP - 01369-

2011/0001 - KFP/LM). Sie wird von Herrn Abg Mag Wolfgang Jung gestellt und ist an den Herrn Landeshauptmann gerichtet. *(Ob in der Innenstadt, in den Stationsbereichen diverser Verkehrsmittel, in Einkaufsstrassen, vor Kirchen, auf Märkten oder anderen öffentlichen Plätzen, es hat sich eine regelrechte Bettlerszene, oft mit fixen „Standplätzen“ in der Stadt entwickelt. In einigen Bundesländern wie zum Beispiel Salzburg und die Steiermark, die ähnliche Probleme haben und beide von SPÖ-Landeshauptleuten regiert werden, wurden daher generelle Bettelverbote erlassen. Werden Sie für Wien ein generelles Bettelverbot zumindest in Erwägung ziehen?)*

Bitte, Herr Landeshauptmann.

Lhptm Dr Michael **Häupl**: Sehr geehrter Herr Abgeordneter!

Ich kenne selbstverständlich Ihren Standpunkt in der Frage. Sie kennen meinen Standpunkt in dieser Frage. Wir haben ihn ja, wenn mich mein Gedächtnis nicht trügt, etwa sieben Mal schon hier diskutiert und werden das, nehme ich einmal an, hier noch sehr oft tun. Ich will daher versuchen, abseits einer Fotokopie bisheriger Beantwortungen meinen Standpunkt dazu neuerlich darzulegen.

Schon vom Grundsatz her sehe ich die Thematik - auch Problematik - wesentlich differenzierter. Wir haben in unserer Stadt, vielen sei Dank, nicht allzu viele, die betteln gehen, weil sie keine andere Möglichkeit sehen, kurzfristig ihre Notlage entsprechend zu lindern. Sie sind Ausdruck einer gesellschaftlichen Situation, die absolutest nicht wünschenswert ist, die auch die Schattenseiten einer Wohlstandsgesellschaft darstellen und denen unser Augenmerk und unsere Hilfe zu gelten hat - und es kann nicht das Ziel sein, sie zu kriminalisieren!

Wir haben auf der anderen Seite - und das ist die überwiegende Mehrzahl der Bettler - Leute, die in unsere Stadt gebracht werden, die ausgebeutet und ausgenutzt werden, wobei teilweise noch sehr viel Schlimmeres im Vorfeld dessen passiert, und da bin ich davon überzeugt, dass die Grenze zur organisierten Kriminalität längst überschritten ist. Das ist aus meiner Sicht nicht zu dulden! Dies war auch der Grund, warum vor einiger Zeit der Landtag beschlossen hat, gewerbsmäßiges Betteln in der Stadt zu unterbinden, und dies durchaus erfolgreich in Zusammenarbeit mit der Polizei, die das zu exekutieren hat, letztendlich auch tut.

Auf der anderen Seite wird der Großteil aller Bestrafungen durch die Polizei begleitet von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadt Wien, die Bettlern, die unserer Hilfe bedürfen und nicht kriminalisiert werden sollen, tatsächlich diese Hilfe auch anbieten, tatsächlich schauen, dass sie in Unterkünfte kommen, auch schauen, dass sie wieder in den Arbeitsmarkt integriert werden, um sohin auch wieder ein selbstbestimmtes und selbstständiges Leben führen zu können. Dass dies ein mühseliger Weg ist, soll außer Zweifel gestellt werden, denn es kommen ja Menschen im Regelfall nicht grundlos in eine solche Situation - womit ich jetzt nicht schuldhaftes Verhalten meine, aber jedenfalls nicht grundlos.

Sie sehen also die differenzierte Position. Aus der

Analyse folgt eine differenzierte Position letztendlich auch im Handeln. Ich bin daher der Auffassung, dass man tatsächlich armen Menschen, die keinen anderen Ausweg sehen, als zu betteln, zu helfen und sie nicht zu kriminalisieren hat, dass hingegen diese Form organisierter Kriminalität mit allen einem demokratischen Staat zur Verfügung stehenden Mitteln zu bekämpfen ist. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Danke, Herr Landeshauptmann. Die 1. Zusatzfrage stellt Herr Abg Mag Jung.

Abg Mag Wolfgang **Jung** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Herr Landeshauptmann!

Ich teile Ihre Analyse, was die Lagebeurteilung betrifft, weitgehend. Jedes Frühjahr ist natürlich diese Frage immer wieder deswegen verstärkt ein Thema, weil diese Gruppen verstärkt auftreten, und damit auch die Klagen der Bürger und der Geschäftsleute. Ich bin genauso wie Sie der Meinung, dass der weitaus überwiegende Teil der Bettler nicht aus Wien kommt, sondern importiert, zu uns gebracht wird. Bei den Wienern dürfte das in diesem Sinn eigentlich nicht vorkommen, denn wir haben ja schließlich und endlich verschiedene Bereiche der Sozialfürsorge, die eigentlich so etwas verhindern müssten. Da kommen einem eher ein paar Schnorrer unter, aber nicht die Masse der Bettler.

Wenn Sie sagen, in den Arbeitsmarkt zurückführen, ist das problematisch. Denn wenn Sie sich diese Leute wirklich anschauen, vor allem, was da aus der Slowakei, aber teilweise auch aus Ungarn kommt, so sind diese keinem Arbeitsmarkt zuzuführen, weil sie nie einen Beruf erlernt und auch nicht ausgeübt haben. Also das, glaube ich, ist in dieser Situation kein wirklich zutreffendes Argument.

Und wir werden auch nicht in der Lage sein, sämtliche sozialen Probleme unserer angrenzenden Nachbarn zu lösen. Wenn wir die Leute hereinlassen - man hat das ja explizit am Beispiel von Graz gesehen -, dann wird das immer mehr und mehr werden.

Und deswegen auch meine Frage an Sie: Sie meinen, Sie haben Ihre Meinung in den vergangenen Jahren nicht geändert. Es gibt einige sozialdemokratische Landeshauptleute, die ihre Meinung in der Zwischenzeit geändert haben - ich denke da an Voves, ich denke an Salzburg. Es gilt bereits in fast allen Bundesländern ein völliges Bettelverbot, weil man erkannt hat, dass es für die Polizei nahezu unmöglich ist, wirklich durchzugreifen. Denn wie beweist man organisiertes Betteln - außer auf sehr, sehr aufwändige Weise durch Beobachtungen -, und wie beweist man aggressives Betteln?

Daher meine Frage: Glauben Sie, dass die Landeshauptleute von Salzburg und von der Steiermark, die dort ein totales Bettelverbot eingeführt haben, so falsch liegen?

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Herr Landeshauptmann, bitte.

Lhptm Dr Michael **Häupl**: Sehr geehrter Herr Abgeordneter!

Auch hier würde ein zweiter Blick für die Klärung des Faktums lohnend sein. Denn in der Steiermark hat man zwar ein derartiges Gesetz mit einem generellen Bettel-

verbot geschaffen, allerdings mit Verordnungsermächtigungen für die Gemeinden zur Einrichtung sogenannter Erlaubniszonen. Dies ist notwendig geworden auf Grund des Urteils des Verfassungsgerichtshofs in der Causa Fohnsdorf, das ja nicht eine inhaltliche Entscheidung, sondern eine formalrechtliche Entscheidung war, weil eine Gemeinde eine derartige ordnungspolitische Maßnahme nicht setzen kann. Dies ist als verfassungswidrig erkannt und aufgehoben worden. Man ist nun der Auffassung, dass man mit einer landesgesetzlichen Regelung und dieser Verordnungsermächtigung für die Gemeinden diese Fragestellung im Sinne der Verfassungskonformität gelöst hat.

Ich habe mit Herrn Lhptm Franz Voves in dieser Frage keine Meinungsverschiedenheit. Auch er sieht das so. Auch er ist der Auffassung, dass genau so differenziert vorgegangen wurde, wie die Situation differenziert ist, und wird mit Sicherheit auch dort, wo er Einfluss darauf hat, darauf achten, dass ziemlich analoge Maßnahmen wie in Wien dazu gesetzt werden. Das heißt, in der Praxis wird sich das nicht unterscheiden.

Es lohnt sich also allemal immer ein zweiter Blick. Dann würde man erkennen, dass nichts so schön ist, wie man es selbst glaubt.

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Danke, Herr Landeshauptmann. Die 2. Zusatzfrage stellt Herr Abg Dr Ulm. – Bitte.

Abg Dr Wolfgang **Ulm** (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Sehr geehrter Herr Landeshauptmann!

Ich möchte auf eine neue Problematik im Zusammenhang mit der Bettelei aufmerksam machen, und zwar ist das das Betteln mit Zeitschriften: Es kommt in jüngerer Zeit immer häufiger vor, dass pro forma mit Zeitschriften gebettelt wird, es aber gar nicht darum geht, diese Zeitschriften tatsächlich zu verkaufen, sondern das nur zum Vorwand zu nehmen, um zu Erbetteltem zu kommen. Man wird auf Gehsteigen angesprochen, und ganz besonders stark kann man dieses Phänomen vor Supermärkten feststellen. Das gab es vor zwei Jahren noch nicht. Mittlerweile stehen vor sehr, sehr vielen Supermärkten Personen, die pro forma Zeitschriften zum Verkauf anbieten. Und da sage ich jetzt ganz ausdrücklich, damit ist nicht der „Augustin“ gemeint! Leider Gottes gibt es da Zeitschriften, die einen anderen Hintergrund haben und die eigentlich nur dazu dienen, auszuweichen vor den mittlerweile schon recht umfassenden gesetzlichen Bestimmungen im Wiener Landes-Sicherheitsgesetz.

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Herr Landeshauptmann, bitte.

Lhptm Dr Michael **Häupl**: Meines Wissens ist bei Zeitungsverkäufern eine ähnliche Regelung in Kraft wie bei Blumenverkäufern, das heißt, man kann das nur lizenziertes machen. Falls ich mich da irren sollte, bin ich natürlich bereit, mich zu korrigieren. Aber es ist sicher kein Zufall, dass gerade die „Augustin“-Verkäufer alle mit einem entsprechenden Ausweis und sohin auch nachvollziehbar dieses Zeitungsprodukt anbieten.

Mir ist dieses Phänomen noch nicht untergekommen, wiewohl jeder weiß, dass ich mich eigentlich primär außerhalb des 1. Bezirks aufhalte, und auch in Ottakring

gibt es Supermärkte. Aber ich nehme das einmal so zur Kenntnis, werde mich sowohl bei Wirtschaftstreibenden als auch bei der Polizei erkundigen, ob das nun tatsächlich ein Problem sei, und dann werden wir versuchen, gemeinsam auch dahin gehend Lösungen zu finden. Denn ob der nun eine Zeitung in der Hand hat oder nicht, es gilt dasselbe Prinzip, das ich vorhin zum Ausdruck gebracht habe: Armen soll man helfen, und organisierte Kriminalität bekämpfen.

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Danke, Herr Landeshauptmann. Die 3. Zusatzfrage stellt Frau Abg Hebein. – Bitte.

Abg Birgit **Hebein** (*Grüner Klub im Rathaus*): Sehr geehrter Herr Landeshauptmann!

Ich begrüße Ihre Haltung und teile sie selbstverständlich, dass man armen Menschen helfen soll, und auch, dass Sie hier differenzieren. Nur muss ich Ihnen sagen, dass sich auf meinem Schreibtisch Strafanzeigen gegen Bettler und Bettlerinnen, die aus ihrer Not heraus handeln, stapeln. Ich habe hier auch eine Stellungnahme zum Beispiel von der Polizei, wonach die angezeigte Bettlerin vorbeigehende Passanten in keinsten Weise auf das Größte um Geld anpöbelte, aber sie wurde mehrmals an einem Ort gesichtet, und daher wurde sie wegen gewerblicher Bettelei angezeigt.

Insofern meine Frage - und das meine ich wirklich sehr ernst -: Wo ist denn für Sie die Grenze zwischen einem Bettelverbot und einem Verbot der gewerblichen Bettelei? Wie können wir es hier wirklich schaffen, dass es nicht die Menschen trifft, die betteln müssen - ohne dass wir jetzt diskutieren müssen, ob Autoverkäufer auch Autos „verbetteln“ oder ob das bei anderen Konsumgütern auch zutrifft, um auf dieser Ebene zu bleiben -, wo auf Menschen, die ohnedies schon am Boden liegen, herabgeschaut wird? Wo sehen Sie da wirklich den Unterschied?

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Bitte, Herr Landeshauptmann.

Lhptm Dr Michael **Häupl**: Frau Abgeordnete!

Sie sprechen da natürlich einen noch differenzierter zu sehenden und, so würde ich es formulieren, auch heiklen Punkt an. Ich verkenne nicht die Situation, dass juristisch zwar diese Trennlinie ganz klar gezogen ist. Das ist im Prinzip auch gut so. Die Frage ist, wie sich dies in der Realität des Alltags dann in der Tat auch umsetzt. Auch ich habe hier den Eindruck, dass wir hier noch einen Feinjustierungsbedarf haben, damit man nicht tatsächlich arme Leute erwischt. Das ist überhaupt nicht meine Intention, sondern man soll ihnen helfen.

Da, sage ich allerdings, ist auch noch ein Verbesserungspotenzial drinnen, nicht so sehr im Hilfsangebot - ich denke, das ist in Wien sehr stark und sehr dicht -, sondern eher dahin gehend, Motivation und Bewusstsein zu schaffen, dass man diese Angebote auch annimmt. Denn ich darf Ihnen da aus eigener Erfahrung sagen, da ich die, sagen wir einmal, Angewohnheit - juristisch ist das ja ein Schattenwesen - meines Vorgängers übernommen habe und Menschen, die ich auf der Straße bettelnderweise angetroffen habe, eingeladen habe, bei der Stadt Wien zu arbeiten, und zwar am nächsten Mon-

tag, dass die Annahme solcher Angebote extrem überschaubar gewesen ist, und die Zahl der Fälle eines länger als eine Woche dauernden Aufenthalts in diesem Job noch überschaubarer. Das ist nun einmal auch! eine Wirklichkeit, die man so zur Kenntnis nehmen muss.

Nun ist mein Dilettantismus in der Sozialarbeit natürlich nicht maßgeblich für die Beurteilung dieser Situation - das steht außer jedem Zweifel -, und die Angebote, um Menschen aus solchen Situationen zurückzuholen, sind sicherlich seitens der Stadt Wien auch sehr viel dichter. Und ich spreche jetzt bewusst nicht von Leuten, die unter dem Wahnsinn der organisierten Kriminalität stehen, sondern von armen Leuten, die ebenfalls in einer sehr verzweifelten Situation sind.

Also da haben wir einerseits noch ein kleines bisschen an der Schraube zu drehen, zum anderen werden wir mit Sicherheit auch noch die Sozialarbeit intensivieren müssen.

Und sicherlich wollen wir auch etwas machen - oder wir tun es, wir sind bereits dabei, das letztendlich auch zu tun -: dass man nämlich am Entstehungsgebiet dieser organisierten Kriminalität entsprechende Initiativen initiiert. Und wenn man weiß, dass ein überwiegender Teil derjenigen, die dieser organisierten Kriminalität anheimfallen, Menschen aus Moldawien sind, die sich mit rumänischem Pass hier in Wien aufhalten - und ich war dort selbst vor Ort und habe mir selbst angeschaut, unter welchen Bedingungen diese Menschen in diesem vergessenen Winkel Europas leben -, dann muss man einfach auf den Gedanken kommen, dass man nun in der Tat in diesem Teil Europas Maßnahmen setzt, die den Menschen die Chance geben, wieder auf eigenen wirtschaftlichen Füßen ein selbstbestimmtes Leben in ihrer Heimat führen zu können.

Ich denke, dass das eine wichtige Maßnahme ist. Die Zusammenarbeit mit der rumänischen Polizei funktioniert, aber hier geht es mit Sicherheit auch darum, dass man nicht nur Phänomene bekämpft, sondern die Ursachen - Radix, die Wurzel. Das ist, glaube ich, ein durchaus wichtiger Ansatz, den wir hier zu wählen haben.

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Danke, Herr Landeshauptmann. Die 4. Zusatzfrage stellt Herr Abg Mag Jung. - Bitte.

Abg Mag Wolfgang **Jung** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Danke, Herr Landeshauptmann! Ich stimme dem letzten Teil Ihrer Ausführungen zu, und es freut mich, dass Sie für radikale - das kommt auch von Radix, die Wurzel - Bekämpfung dieses Übels sind. Allerdings sehen wir uns ... (*Widerspruch bei Abgeordneten der GRÜNEN*) - Ja, der Radix und radikal haben dieselbe Wurzel, es tut mir leid, meine Damen und Herren bei den GRÜNEN drüben.

Diese Leute sind! auch arm, das ist keine Frage. (*Ruf bei den GRÜNEN: Ah, doch?*) Die Frage ist die, ob es zur Aufgabe der Stadt Wien gehört, Probleme in Moldawien zu lösen. Und da unterscheiden wir uns schon, das ist richtig. Ich sehe mich hier als Vertreter der Wiener Bürger, die sich immer mehr an uns wenden.

Da gibt es nun auch eine Gruppe - und dahin geht jetzt meine zweite Frage - an Bettlern, denen man nicht

ausweichen kann - denn beim Einkaufsmarkt kann ich ausweichen. - Mercedes-Vertreter hat sich mir übrigens noch keiner in den Weg geworfen, Frau Kollegin, mit irgendwelchen Angeboten. - Diejenigen, denen man nicht entkommen kann und die recht lästig sind, vor allem wegen der Geräusche, die produziert werden, und die sehr gut organisiert sind, sind die in den U-Bahnen, die dort Musik - oder etwas, was sie so nennen - erzeugen. Die kommen teilweise schon mit dem Wagerl, mit dem Akku und mit dem Lautsprecher drauf. Da wird dann irgendwas heruntergespielt, und er macht ein paar Töne mit der Ziehharmonika oder der Mundharmonika dazu. Dem entkommt man nicht.

Meine Frage ist daher dahin gehend: ... (*Abg Mag Christoph Chorherr: Ihrem ... entkomme ich auch nicht! - Weitere Zwischenrufe bei den GRÜNEN.*) Sie müssen ja nicht zuhören, Herr Kollege ...

Präsident Prof Harry **Kopietz** (*unterbrechend*): Ich ersuche, Herrn Abg Jung die Frage stellen zu lassen.

Abg Mag Wolfgang **Jung** (*fortsetzend*): ... aber wenn ich mit der U-Bahn fahre, dann bleibt es mir nicht erspart.

Präsident Prof Harry **Kopietz** (*unterbrechend*): Bitte, Herr Abgeordneter, zu Ihrer Frage zu kommen.

Abg Mag Wolfgang **Jung** (*fortsetzend*): Die Frau Kollegin hat vor Ihrer Fragestellung auch ziemlich lange geredet.

Deswegen geht meine Frage auch dahin: Sind Sie wenigstens willens, in den Verkehrsbetrieben diesbezüglich durchzugreifen, damit das nicht - und ich habe es allein heuer schon drei Mal erlebt - so wie im vorigen Sommer wiederum überhandnimmt?

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Herr Landeshauptmann, bitte.

Lhptm Dr Michael **Häupl**: Herr Landtagsabgeordneter!

Dazu bedarf es keiner neuen Regelungen, die alten sind völlig hinreichend. Und wir werden mit Sicherheit auch darauf achten, dass diese Regeln auch in der U-Bahn eingehalten werden, so wie wir darauf achten, dass die Regeln des Zusammenlebens überall eingehalten werden.

Nur: Ich führe diese Diskussion ja auch sozusagen außerhalb der U-Bahn, zum Beispiel in der Wiener Innenstadt, und da sage ich schon auch, man sollte die Grenze zwischen Musikbettelei - wenn man das einmal so sagen kann - und einer Lebendigkeit der Innenstadt einer internationalen Stadt nicht allzu eng ziehen. Denn es macht, aus meiner Sicht heraus gesehen, schon auch einen Teil des Flairs unserer Stadt aus, dass es einfach auch lebendig ist, dass es auch so etwas wie Straßenmusik gibt. Im Übrigen ist auch das geregelt - wie ohnedies nahezu alles bei uns -, sodass man das nur mit Anmeldung (*Amtsf StRin Mag Ulli Sima: Platzkarten!*) und allen möglichen anderen Dingen machen kann.

Also: Ja, die Regeln sind einzuhalten, aber schauen wir, dass die Stadt dabei auch noch lebt.

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Danke, Herr Landeshauptmann.

Wir kommen zur 5. Anfrage (*FSP - 01370-2011/0001 - KFP/LM*), die von Herrn Abg Anton Mahdalik gestellt

und an die Frau amtsführende Stadträtin der Geschäftsgruppe Stadtentwicklung, Verkehr, Klimaschutz, Energieplanung und BürgerInnenbeteiligung gerichtet ist. *[Ihr Fraktionskollege Mag Chorherr hat laut Medienberichten gemeint, dass in Wien bis zum Jahresende einige Fahrradstraßen realisiert werden, auch wenn die dafür notwendige Novellierung der StVO (Straßenverkehrsordnung) auf Bundesebene nicht umgesetzt wird. Unterstützen Sie diese Vorgangsweise?]*

Bitte, Frau Stadträtin!

LhptmStin Mag Maria **Vassilakou**: Sehr geehrter Herr Abgeordneter!

Lassen Sie mich zunächst erläutern, was eine Radstraße ist, was sie sein soll, bevor ich zur eigentlichen Beantwortung Ihrer Frage komme.

Wenn wir von einer Fahrradstraße sprechen, dann meinen wir Straßen, wie sie etwa derzeit in einigen europäischen Städten, auch in Berlin, existieren, die im Wesentlichen dem Radverkehr vorbehalten sind. Eine solche Fahrradstraße kann man so gestalten, dass dort nur Fahrräder die Straße benutzen können, so wie es etwa in der Novelle zur Straßenverkehrsordnung vorgesehen war, oder aber man kann sie so gestalten, dass sie vorwiegend von Fahrrädern benutzt wird, dass sie an sich Fahrrädern vorbehalten ist, aber sehr wohl für den Anrainerverkehr die Möglichkeit besteht, sie zu befahren, etwa um zuzufahren, aber auch um Liefertätigkeiten - um Ihnen Beispiele zu geben - zu ermöglichen. Das heißt, eine Fahrradstraße muss nicht unbedingt mit einem Fahrverbot für Kfz verbunden sein, sie ist allerdings eine Straße, auf der sich vorwiegend, wie gesagt, Fahrräder fortbewegen können, sie ist eine Straße, auf der Fahrräder den Vorrang haben, sie ist eine Straße, auf der das Fahren von Fahrrädern nebeneinander möglich ist. Das heißt, sie ist eine hochleistungsfähige Verbindung zwischen - meistens - einem Ort an der Peripherie und einem zentraler gelegenen Ort, mit der ermöglicht werden soll, dass man sich eben in Sicherheit, aber auch mit dem erforderlichen Platz, den es braucht, rasch fortbewegen kann.

Das heißt, Fahrradstraßen können allein nichts ersetzen, wenn es um Infrastruktur im Sinne des Radverkehrs geht. Sie sind eine sehr sinnvolle und sehr moderne Ergänzungsmaßnahme, wenn es darum geht, etwa in einer Stadt wie Wien den Anteil von, sagen wir, derzeit bestenfalls zirka 6 Prozent Radverkehr, den wir haben, zu steigern auf die gewünschten 10 Prozent oder vielleicht eines Tages auch auf jene 15 Prozent, die in München derzeit der Fall sind.

Warum wünschen wir uns, diesen Anteil so zu steigern? - Es ist kein Zufall, dass de facto sämtliche europäischen Städte sehr, sehr stark auf das Fortbewegungsmittel Rad setzen. Ich gebe Ihnen ein Beispiel, und dieses Beispiel, glaube ich, verdeutlicht einiges: Die Stadt Sevilla hat es innerhalb eines Zeitraums von 2 Jahren geschafft, den Radverkehrsanteil von 0,2 Prozent - das heißt genau genommen, sie haben de facto keinen Radverkehrsanteil gehabt - auf ungefähr 6 Prozent mehr oder weniger über Nacht zu steigern. Sie liegen derzeit fast gleichauf mit Wien und haben das noch dazu inner-

halb von 2 Jahren erreicht.

Was haben sie getan? - Sie haben Infrastruktur geschaffen in Form von Radwegen, und sie haben darüber hinaus auch ein öffentliches Radnetz, also ähnlich dem Vienna Citybike, ins Leben gerufen, das es ermöglicht, dass sehr viele Menschen, die kein eigenes Rad besitzen, auf diese Art und Weise auf den Geschmack kommen, sich aufs Rad zu schwingen und etliche ihrer Alltagswege mit dem Rad zu erledigen.

Warum wünscht man sich das? - Man wünscht sich das aus mehreren Gründen. Erstens, wie ich vorhin erläutert habe, aus Gründen der Verkehrssicherheit, die auf diese Art und Weise in Städten auf alle Fälle steigt.

Zweitens - und das ist schon ein Argument, das meines Erachtens für uns alle sehr spannend sein sollte -, weil es günstiger ist, weil es in Summe für Städte wesentlich günstiger ist, Infrastruktur für den Radverkehr zu schaffen und den Radverkehrsanteil zu steigern. Denn die Kosten für die Allgemeinheit, die das Rad mit sich bringt, sind wesentlich geringer - sie sind, genau genommen, lächerlich gering -, verglichen mit den Kosten, die andere Fortbewegungsmittel in Wahrheit nach sich ziehen, wenn es etwa darum geht, den Belag zu erhalten, Straßen zu errichten, die man für steigenden PKW-Verkehr braucht, und dergleichen mehr. Also wenn man, wie gesagt, diese Kosten miteinander vergleicht, kommt man drauf, dass es für die Städte günstiger ist, in den Radverkehr zu investieren.

Drittens, weil es gesund ist.

Viertens, weil es Spaß macht.

Fünftens, aus Gründen des Klimaschutzes, was bedeutet, dass wir hiermit auch eine Möglichkeit haben, einen wesentlichen Beitrag zur Reduktion der CO<sub>2</sub>-Emissionen zu leisten und damit fit zu werden für jene Zeiten, die auf uns zukommen, wo wir eines Tages sehr wohl Rechnung darüber ablegen werden müssen, inwieweit wir fähig waren, die CO<sub>2</sub>-Reduktionsziele einzuhalten, was wir dafür unternommen haben - und wo im Übrigen, nur so nebenbei angemerkt, ab einem gewissen Zeitpunkt auch saftige Strafzahlungen drohen, hinsichtlich deren bis heute völlig unklar ist, wie diese Lasten zwischen Bund und Ländern aufgeteilt werden.

Es ist daher auch für Wien ein guter und kluger Weg, den Radverkehrsanteil zu steigern. Und deshalb ist es nicht nur unser erklärter Wille im Regierungsabkommen, sondern es ist darüber hinaus auch meine feste Absicht, alles zu unternehmen, was es braucht, um die notwendige Infrastruktur dafür zu schaffen.

Wenn Sie mich daher konkret fragen, was denn zu tun wäre für den Fall, dass das Unterfangen, Fahrradstraßen zu schaffen, im Rahmen der Straßenverkehrsordnungsnovelle scheitert - was wir mit dem Stand von heute, das sei noch einmal gesagt, noch nicht wissen; wir wissen nur, dass es im gestern beschlossenen Initiativantrag nicht enthalten war, aber es wird in den nächsten Monaten abzuwarten sein, ob nicht doch auch in der ÖVP, die dieses Vorhaben blockiert, noch ein Sinneswandel kommt -, dennoch: Auf Grund dessen, was ich Ihnen bereits geschildert habe, dass eben eine Fahrradstraße, so wie wir sie uns wünschen, im Wesentlichen

bedeutet, dass man mit einem PKW nicht durchfahren kann, dass aber die Zufahrt gestattet ist und dass darüber hinaus einige andere wesentliche Aspekte erfüllt sein können, ist es, glaube ich, selbsterklärend, dass es sehr wohl die Möglichkeit gibt, auch abseits der Straßenverkehrsordnungsnovelle solche Straßen, die so gestaltet sind, in Wien einzurichten.

Werden wir das tun? - Ich gehöre zu denjenigen, die immer sagen, ich greife zu dieser Maßnahme dann, wenn ich die Hoffnung aufgegeben habe, dass diese sehr sinnvolle Maßnahme im Rahmen der Straßenverkehrsordnungsnovelle kommen wird. Rechtens ist beides - und ich werde nur Dinge unternehmen, die rechtens sind. Ich werde allerdings jene rechtlichen Möglichkeiten, die sich mir bieten, sehr wohl nutzen und ausschöpfen. - Das ist im Wesentlichen meine Antwort auf Ihre Frage, und ich glaube, dass sie nicht weiter überraschend kommt.

Lassen Sie mich allerdings einmal mehr abschließend hervorheben, dass es mir persönlich sehr wichtig ist, dass diese Maßnahme in der Straßenverkehrsordnungsnovelle enthalten sein sollte, wann immer diese auch kommen möge. Nicht etwa, weil das für Wien die einzige Möglichkeit wäre, die wir haben, um Fahrradstraßen einzurichten, sondern weil das ein sehr wesentliches politisches Signal für ganz Österreich ist, dass wir für alle möglichen Gemeinden und größeren Städte die Anstrengungen, die es derzeit gibt, den Radverkehrsanteil zu steigern, unterstützen. Darum geht es, und deshalb wäre es gut und sinnvoll, wenn uns die Straßenverkehrsordnungsnovelle diese Möglichkeit dennoch eröffnen würde.

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Danke, Frau Stadträtin. Wir kommen zur 1. Zusatzfrage. Ich ersuche Herrn Abg Mahdalik darum.

Abg Anton **Mahdalik** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Sehr geehrte Frau Stadträtin!

Danke für die erschöpfende Antwort beziehungsweise auch Wahlkampfreden. Die Diskrepanz zu Ihren Antworten im Ausschuss unter dem Tagesordnungspunkt Allfälliges ist ebenfalls groß, denn dort sind Sie meistens sehr einsilbig, weil wahrscheinlich nicht auf die Fragen vorbereitet, was ich auch durchaus verstehe. (*Zwischenrufe bei den GRÜNEN.*) Und Sie haben mich ja in harschen, aber charmanten Worten angewiesen, solche Fragen gefälligst im Gemeinderat zu stellen. Ganz konnte ich dieser Anweisung nicht Folge leisten: Ich mache es eben im Landtag. Ich hoffe, ich inkommodiere Sie damit nicht über Gebühr.

Meine Zusatzfrage lautet folgendermaßen: Da die GRÜNEN sich die BürgerInnenbeteiligung auf die Fahnen geheftet haben und diese jetzt auch der Bezeichnung Ihres Ressorts hinzugefügt wurde, frage ich Sie, ob Sie für den Fall, dass Sie mit StVO-Basis oder ohne StVO-Basis die Fahrradstraßen einführen, eine Bürgerbefragung durchführen werden, in etwa vergleichbar mit jener beim Bau von Volksgaragen, wo in einem Umkreis von etwa 300 m die Bürger über ihre Meinung befragt werden.

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Frau Stadträtin, bitte.

LhptmStin Mag Maria **Vassilakou**: Sehr geehrter Herr Abgeordneter!

Sie können weiterhin damit rechnen, dass meine Antworten unter dem Tagesordnungspunkt Allfälliges im Ausschuss entweder einsilbig oder auf alle Fälle sehr knapp ausfallen werden. Ich sehe nicht, dass der Ausschuss jener Ort ist, an dem sich Debatten entfachen, die keinen Anfang und kein Ende haben. (*Abg Mag Wolfgang Jung: Wo sonst, wenn nicht im Ausschuss? – Das ist ganz schön überheblich!*) Ich ersuche Sie daher erneut, wenn Sie unter dem Tagesordnungspunkt Allfälliges eine Debatte wünschen, die länger dauern soll, es uns vorher schlicht mitzuteilen, damit wir uns das einrichten können. Wenn Sie das machen möchten, gerne. Wir können dann auch mehrere Tagesordnungspunkte behandeln. Es ist für mich überhaupt kein Problem, ich gehe sehr gerne auf Ihre Fragen ein und antworte genauso detailliert wie jetzt.

Ansonsten, wenn man den Tagesordnungspunkt Allfälliges nutzt für eine Frage, die sich spontan ergibt, oder für ein Thema, das man behandeln haben möchte, gehe ich davon aus, dass man auch bereit ist, eine entsprechend kurze, knapp gehaltene Antwort entgegenzunehmen, weil man immer die Möglichkeit hat, in der Fragestunde des Gemeinderates, so wie hier, diese Frage öffentlich zu stellen und sich dementsprechend auch lange genug auszutauschen.

Wie ich sehe, haben wir hier unterschiedliche Auffassungen, und zwar grundlegend unterschiedliche Auffassungen, wofür der Tagesordnungspunkt Allfälliges im Ausschuss vorhanden ist. Ich bleibe bei meiner Auffassung, und das ist meine Antwort zu diesem Teil Ihrer Frage.

Zum zweiten Teil Ihrer Frage: Nun, in der Verkehrspolitik pflegen wir den Grundsatz der Dezentralisierung. Das heißt, um Fahrradstraßen oder ähnliche Straßen einzurichten, brauchen wir zunächst einmal die Zustimmung der Bezirksvorsteher und Bezirksvorsteherinnen und darüber hinaus die Zustimmung der Bezirksvertretungen, die damit unmittelbar befasst sind. Und ich gehe auch davon aus, dass es keine einfache Aufgabe sein wird, hier Überzeugungsarbeit zu leisten und den einen oder anderen unter den Bezirksvorstehern und Bezirksvorsteherinnen für dieses Unterfangen zu gewinnen, wiewohl ich schon optimistisch bin, dass es gelingen wird, einige solche Straßen in Wien einzurichten.

Wovon ich nichts halte, ist, jedes verkehrspolitische Anliegen, das eine bauliche Maßnahme oder eine Veränderung bedeutet, einer Volksbefragung zu unterziehen. Denn das bedeutet nicht nur, dass wir in der Verkehrspolitik keinen Anfang und kein Ende finden werden, sondern es bedeutet darüber hinaus, dass wir für jedes Unterfangen, das uns bevorsteht, jahrelang brauchen werden, bis wir dieses umsetzen können. Wenn man auf diese Art und Weise versucht, Verkehrspolitik grundsätzlich zu machen, dann braucht man meines Erachtens auch den Gemeinderat nicht, man braucht Wahlen nicht, man kann sich immer direkt wenden an eine Gruppe von Menschen, die davon unmittelbar betroffen sein werden, wie auch immer man diese definiert. Und dann braucht



man, noch einmal, weder eine Verkehrsstadträtin noch Verkehrskommissionen noch Bezirksvorsteher und Bezirksvorsteherinnen, die für den Bereich zuständig sind.

Ich bin dafür, sehr wohl das Volk zu befragen beziehungsweise auch die Möglichkeit der Beteiligung zu eröffnen, wenn es um Maßnahmen geht, die einen wesentlichen Einschnitt, eine wesentliche Einschränkung der Lebensqualität darstellen könnten. Ich sehe kein stichhaltiges Argument, wieso die Schaffung einer Radstraße eine wesentliche Einschränkung der Lebensqualität von Anrainerinnen und Anrainern bedeuten würde. *(Abg Dipl-Ing Roman Stiftner: Weil sie keine Parkplätze mehr haben! – Ruf bei der FPÖ: Fragen Sie die Leute!)*

Lieber Herr Abgeordneter - abgesehen davon, dass Sie jetzt gerade nicht die Zusatzfrage stellen -, ich habe vorhin erläutert, dass wir die Zufahrt ermöglichen möchten, das heißt, dass Parkplätze sehr wohl auch bestehen bleiben.

Das heißt, Parkplätze gehen durch dieses Unterfangen nicht verloren, die Zufahrt ist möglich, die Straße hat kaum noch Lärm - also es ist eine Maßnahme, die für Anrainerinnen und Anrainer mit mehr Lebensqualität verbunden ist und nicht mit einem Einschnitt, der bedeuten würde, dass wir dafür unbedingt auch noch ihre Zustimmung einholen müssen, bevor wir, wie gesagt, einen derartigen „schwerwiegenden Eingriff in ihren Alltag“ beziehungsweise eine „schwerwiegende Abwertung ihres Eigentums“ vornehmen würden.

Dies ist etwa sehr wohl bei anderen Maßnahmen im Rahmen des Verkehrs der Fall, die bedeuten, dass vielfach Immobilien drastisch abgewertet werden.

Also aus diesen Gründen heraus: Nein, ich würde nicht befürworten, dass es hier zu einer Befragung kommt.

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Danke, Frau Stadträtin. Die 2. Zusatzfrage stellt Herr Abg Dipl-Ing Stiftner. – Bitte.

Abg Dipl-Ing Roman **Stiftner** (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Frau Vizebürgermeisterin!

Mit Ihrer Rhetorik schaffen Sie es sicher bald, Herrn Bundeskanzler Faymann Konkurrenz zu machen. Aber abseits davon: Ich möchte Sie nur, was die vorige Frage an Sie betrifft, insofern korrigieren, als Abg Ellensohn, Ihr Fraktionskollege, in seiner Anfrage mit keinem Wort das Wort Fahrrad erwähnt hat *(Abg David Ellensohn: Besser zuhören!)* und es deshalb auch nicht notwendig war, darauf einzugehen. Dass Sie es gemacht haben, war Ihre eigene Entscheidung, und dies offenbar auch auf Grund Ihres grundsätzlichen Prinzips, dass Ihnen das eigentlich das einzige wichtige Anliegen ist, das Sie hier besonders definiert.

Aber jetzt kommen wir zur eigentlichen Frage, die auf Fahrräder natürlich Rücksicht nimmt, und deswegen wird meine Frage auch in diese Richtung gehen, nämlich in der Form: Wie stellen Sie sich in Zukunft vor, den Radfahrverkehr mit anderem Verkehr in Einklang zu bringen? - Lassen Sie mich aber Folgendes klar feststellen - ich muss das sagen -: Ihre Unterstellung, dass die ÖVP generell gegen Radfahrverkehr ist, ist völlig falsch. Wir sind nur gegen ein Ausspielen des einen Verkehrssträ-

gers, der einen Modalität, gegen einen anderen. Es kann doch nicht sein, dass Radfahrverkehr auf Kosten von anderen Verkehrsträgern oder des ruhenden Verkehrs errichtet wird.

Und was mich jetzt wundert, und in diese Richtung geht auch meine Frage, ist Folgendes: Ich habe Sie eigentlich in Ihrer Oppositionszeit kennengelernt als eine Politikerin, die sehr viel Fingerspitzengefühl und Gefühl dafür hat, was man tun kann und was nicht. Merken Sie denn nicht, welche Polarisierung Sie auslösen zwischen dem Fahrradverkehr und den Radfahrern - die wir auch gerne sind, auch als bürgerliche Menschen – und dem motorisierten Verkehr? Es ist eine Spannung, die Sie hier induzieren und die immer stärker wird.

Daher meine Frage ganz konkret: Was tun Sie als für die Stadt verantwortliche Verkehrspolitikern, die für alle da sein sollte - zumindest ist das laut Stadtverfassung so vorgesehen -, um dieser Polarisierung zwischen Radfahrverkehr und motorisiertem und ruhendem Verkehr in Zukunft Abhilfe zu schaffen?

LhptmStin Mag Maria **Vassilakou**: Sehr geehrter Herr Abgeordneter!

Ich teile Ihre Einschätzung nicht, dass es hier zu einer Polarisierung kommt. Es ist kein Entweder-oder. Wir möchten einmal mehr die Infrastruktur ausbauen - das heißt, mehr Radwege schaffen, mehr Streifen auf der Fahrbahn schaffen -, das heißt, die Möglichkeit geben, dass man sich sicher mit dem Rad fortbewegen kann, und wir kommen damit sowohl dem Wunsch von Radfahrerinnen und Radfahrern als auch dem Wunsch von Autofahrerinnen und Autofahrern entgegen, dass es hier zu einer guten, hochleistungsfähigen Infrastruktur für den Radverkehr kommt, damit eben immer mehr Menschen das Rad in der Stadt benutzen können, ohne dass es ständig zu diesen Konflikten kommt. Das ist der Weg, den ich in beiden Anfragebeantwortungen vorgezeichnet habe.

Ich greife das Thema Fahrradstraße noch einmal auf, und zwar deshalb, weil Fahrradstraße ja auch nichts anderes bedeutet, als genau eine weitere Möglichkeit, dies zu tun. Denn wenn ich etwa eine Fahrradstraße im 16. Bezirk schaffe - um Ihnen jetzt ein Beispiel zu geben -, dann bedeutet das, dass sämtliche Radfahrerinnen und Radfahrer, die aus dem 16. Bezirk sowie aus Teilen des 17. Bezirks und des 15. Bezirks ins Zentrum gelangen möchten und abends wieder hinaus, natürlich diese Fahrradstraße bevorzugen werden, weil sie ihnen zwei Dinge gibt: Sicherheit und die Möglichkeit, in höherem Tempo unterwegs zu sein. Das bedeutet wiederum, dass man sie auf diese Art und Weise abzieht von anderen Straßen, wo sie sich derzeit fortbewegen und wo es sehr wohl zu diesen Konflikten kommt, die Sie angesprochen haben.

Ich sage Ihnen das nicht nur als Verkehrsstadträtin, sondern als jemand, die mit dem Rad sehr viel in der Stadt unterwegs ist und die sehr wohl weiß, auch aus der eigenen Erfahrung, wo es zu diesen Konflikten kommt. Und zu diesen Konflikten kommt es überall dort, wo es eng ist und wo man an den Radfahrern nicht vorbei kommt. Das sind Situationen, die wir alle aus unserem

Alltag kennen. Wenn wir diese Konflikte nicht wollen, dann sollten wir andere Mittel und Möglichkeiten für den Radverkehr schaffen, damit es zu diesen Konflikten nicht kommt. Und Radstraßen, Fahrradstraßen sind genauso ein sehr kluger Weg, den Radverkehr einmal mehr abzu ziehen aus vielen Verkehrsadern, wo es derzeit ein Problem gibt, und ihn zu kanalisieren an jenen Stellen, die dann auch dafür reserviert und vorgesehen sind - auf Freiwilligkeitsbasis, denn Menschen sind klug und nutzen jene Möglichkeiten, die ihnen zur Verfügung stehen, die für sie die bessere Alternative darstellen. - Das steckt dahinter.

Und wie Sie sicherlich auch wissen, ist es so, dass sowohl renommierte Verkehrsexpertinnen und Verkehrsexperten als auch darüber hinaus Autofahrerklubs grundsätzlich ja befürworten, dass man den Radverkehrsanteil steigert, und dass sie grundsätzlich alle sinnvollen Infrastrukturmaßnahmen, die dazu etwas beitragen, befürworten.

Das heißt, ich sehe keinen Konflikt zwischen meiner Linie und den Autofahrern, ich sehe keinen Konflikt zwischen meiner Linie und den Autofahrerklubs, ich sehe keinen Konflikt zwischen meiner Linie und den Verkehrsexpertinnen und Verkehrsexperten und glaube, dass das ein guter Weg ist, den es weiterhin zu beschreiten gilt. Grundsätzlich bin ich gerne bereit, mit Ihnen weiter über dieses sehr wichtige Thema sowohl hier im Rahmen des Gemeinderates als auch anderenorts zu debattieren.

Präsident Johann **Herzog**: Die 3. Zusatzfrage stellt Herr Abgeordneter Mag Chorherr. – Bitte.

Abg Mag Christoph **Chorherr** (*Grüner Klub im Rathaus*): Sehr geehrte Frau Stadträtin!

Da Herr Mahdalik immer, wenn das Dreibuchstabenwort Rad kommt, in Empörung verfällt, wäre ich fast versucht zu fragen, ob er nicht vertieft über Ihre Aussage nachdenken sollte, dass Radfahren Spaß machen soll, und darüber, ob das möglicherweise den Lustfaktor in der FPÖ steigern könnte. Aber da das, glaube ich, vergeblich ist, ein größeres Bild und eine Frage:

Sie haben ja an der Velo-City-Konferenz in Sevilla teilgenommen, wo international beispielgebende Projekte vorgestellt werden. Welche Projekte aus welchen Städten könnten Vorbild sein, um dieses anspruchsvolle und schwierige Ziel, den Radverkehr in Wien zu verdoppeln, umzusetzen? Welche Beispiele könnten da für Wien vorbildhaft sein?

LhptmStin Mag Maria **Vassilakou**: Sehr geehrter Herr Abgeordneter!

Ob der fortgeschrittenen Zeit werde ich hier keinen Vortrag halten. Ich möchte kurz zwei Beispiele anführen. Für mich ein sehr, sehr gutes Beispiel ist die Stadt München. An der Stadt München kann man sich gut und gerne orientieren, denn sie investiert gleichzeitig sowohl in den stetigen Ausbau der notwendigen Infrastruktur als auch in eine Vielzahl von sehr, sehr gut entwickelten Maßnahmen, die für den Radverkehr an sich werben. Denn das, was man auch im Rahmen der Velo-City-Konferenz erkannt hat, ist: Wenn man den Radverkehrsanteil erhöhen möchte, dann ist man gut beraten, wenn man zunächst einmal ein bestimmtes Ausmaß an Infra-

struktur schafft. Das wird dann auch angenommen bis zu einem gewissen Grad. Aber ab einem gewissen Zeitpunkt - und das dürfte ungefähr die Schnittstelle bei etwa 5 bis 6 Prozent Radverkehrsanteil sein - empfiehlt es sich auch, groß dafür zu werben - das heißt, sich an die Bevölkerung zu wenden und zu signalisieren, dass es seitens der Stadt gewünscht ist, dass man Rad fährt -, die Vorteile des Radfahrens in den Vordergrund zu stellen und zu versuchen, möglichst viele Menschen dafür zu gewinnen.

Das macht München bereits im dritten Jahr mit sehr großem Erfolg. Und ich denke, wie gesagt, dass das auch für Wien in den nächsten Jahren ein gutes Beispiel sein wird, das zeigt, wohin die Reise geht.

Ein zweites Beispiel, das für mich ebenfalls ein sehr beeindruckendes ist, ist die Stadt Paris. Dies deshalb, weil man dort auch mehr oder weniger in einem Zug beschlossen hat, Leihräder - ein System, das sehr ähnlich dem uns sehr bekannten System, das wir hier in Wien haben, ist - einmal mehr in einem Zug einzuführen, allerdings mit einer sehr, sehr großen Anzahl von Rädern und mit der Schaffung von sehr vielen Leihstationen, die es überall in der Stadt gibt. Es ist daher in Paris geradezu eine Selbstverständlichkeit, wenn man sich in der Stadt bewegt, dass man überhaupt nicht nachschauen muss, sich nicht sorgen muss, ob man ein Rad vorfinden wird und wo die nächste Andockstation ist, wo man es wieder abliefern kann, sondern man braucht sich wirklich sozusagen nur einmal um sich zu drehen und hat schon die nächste Andockstation vorgefunden.

Das sind Wege, die meines Erachtens für Wien auch vorbildhaft sein können.

Konkret heißt das auch für Wien, erstens einmal Anstrengungen vorzunehmen, damit die Anzahl der Vienna Citybikes erhöht wird, und zwar ordentlich erhöht wird – also: nicht kleckern, sondern klotzen!, sollte hier die Devise sein -, und zweitens jene notwendigen Maßnahmen zu setzen, die es braucht, um dafür zu werben. Das alles, wie gesagt, Schritt haltend mit dem stetigen Ausbau jener Infrastruktur, die es braucht, in Form von Radstreifen, Radstraßen, Radwegen, um jene Sicherheit zu bieten, die man zu Recht von uns erwartet.

Präsident Johann **Herzog**: Die 4. Zusatzfrage stellt Herr Abg Mahdalik. – Bitte.

Abg Anton **Mahdalik** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Sehr geehrte Frau Stadträtin!

Die Grünen haben das von den Roten in wenigen Monaten perfekt gelernt: grüner Abgeordneter wirft thematisches Hölzerl, grünes Regierungsmitglied fängt es auf und erklärt uns die Welt. Auch hier seid ihr in keinsten Weise mehr von den Roten zu unterscheiden.

Aber Sie haben uns in der vorherigen Beantwortung klar und deutlich mitgeteilt, dass Sie, als Stadträtin für BürgerInnenbeteiligung, der BürgerInnenbeteiligung bei Fahrradstraßen eine Absage erteilen, weil alles besser wird. Dass der Verkehr, der dort dann eben nicht mehr fließt, irgendwo anders fließen muss, scheint Sie nicht zu interessieren. Verkürzt könnte man das so sagen: Bürgerbeteiligung war so lange gut, als die GRÜNEN in Opposition etwas verhindern wollten. Bürgerbeteiligung

ist nicht mehr notwendig, wenn die GRÜNEN in Regierungsfunktion etwas durchdrücken wollen.

Ich hätte trotzdem noch eine Frage, weil Sie gemeint haben, der Autoverkehr kann trotzdem noch bestehen insofern, als die Anrainer zufahren können und der Lieferverkehr möglich ist, nämlich wie Sie sich da die Überwachung vorstellen. Es gibt ja heute schon sehr viele Straßen, vor allem in den peripheren Bereichen der Stadt, wo es ein Fahrverbot ausgenommen Anrainer gibt, das auf gut Deutsch für die Fische ist, weil es natürlich keiner kontrollieren kann, ob jemand Anrainer ist. Kein Polizist wird den Meldezettel kontrollieren, dafür haben die Leute keine Zeit.

Wie stellen Sie sich das in der Fahrradstraße vor? Dürfen dort nur Anrainer oder der Lieferverkehr fahren, oder dürfen die Verwandten auch hinfahren? - Vielleicht hat Ihnen der Fahrradflüsterer Chorherr schon eine Lösung vorgeschlagen oder vorgeschlagen. Mich würde interessieren, wie das kontrolliert werden soll.

LhptmStin Mag Maria **Vassilakou**: Zunächst: In der Tat ist es schwierig - und ich kann mir auch nicht vorstellen, dass es zielführend ist -, jemanden abzustellen, der nur kontrollieren soll: Ist das jetzt wirklich ein Anrainer oder nicht? Aber darum geht es hier nicht. Hier geht es darum, die Zufahrt zu ermöglichen, die Zufahrt zu gestatten und die Durchfahrt zu unterbinden. Das gibt es an verschiedenen Stellen in Wien, es funktioniert in der Regel schon. Und natürlich und wie immer und bei jeder Straßenverkehrsregel gibt es Menschen, die sie brechen. Und manche dieser Menschen werden erwischt, während sie diese brechen, und werden bestraft, und manche werden nicht erwischt und kommen ungestraft davon.

Ich stelle mir das daher so vor, dass es dort genauso kontrolliert wird wie andernorts auch Tempo 30 oder weitere sinnvolle Maßnahmen, die wir uns alle immer wieder wünschen und wo wir uns auch erhoffen, dass sich die Menschen weitestgehend daran halten. Wobei ich an dieser Stelle gesagt haben möchte, dass Wien in Summe, verglichen mit anderen Städten, eine recht disziplinierte Situation hat, wenn es darum geht, wesentliche Regeln im Straßenverkehr einzuhalten - noch einmal: immer im Vergleich.

Jedenfalls sehe ich keine besondere Notwendigkeit oder Komplexität bei der Überprüfung dieser Regelung. Es entspricht genauso allen anderen Stellen in Wien, wo die Zufahrt gestattet ist, aber nicht die Durchfahrt.

Was sonst die Frage der Bürgerinnen- und Bürgerbeteiligung betrifft, so ist es, glaube ich, wesentlich, dass wir unterscheiden zwischen Bürgerinnen- und Bürgerbeteiligung und Bürgerinnen- und Bürgerbefragungen.

Ein Bürgerinnen- und Bürgerbeteiligungsverfahren bedeutet, dass ich ein Unterfangen an die Bevölkerung herantrage und sie ersuche, so sie will, sich an der Gestaltung zu beteiligen. Ein Bürgerbeteiligungsverfahren wäre in etwa, einen Park neu zu gestalten und die Anrainerinnen und Anrainer einzubinden und sie zu fragen: Wie wünscht ihr, dass dieser Park gestaltet wird, damit er euren Bedürfnissen entspricht?

Eine Bürgerinnen- und Bürgerbefragung ist in meinen

Augen genauso zu behandeln wie die an sich sehr spannende und sehr sensible Frage der Volksbegehren oder aber auch der Volksabstimmungen. Ich gebe Ihnen nur zur Information mit, dass die GRÜNEN an sich seit jeher eine sehr differenzierte Haltung dieser Frage gegenüber hatten. Aber ich denke, dass diese Stunde nicht diesem Thema gewidmet ist. Es ist ein sehr spannendes Thema, dem man sich auch genauer widmen muss: Wo macht es Sinn zu befragen, wo macht es weniger Sinn zu befragen? Wo ist es überhaupt erforderlich? Unter welchen Kriterien genau erscheint so ein Weg notwendig und sinnvoll? Und: Gibt es Fragen, die in einer Republik außer Streit gestellt werden sollten?, wo ich zum Beispiel der Meinung bin: ja!, Ihre Partei allerdings diese Frage anders beantwortet. Also wir haben hier grundlegend unterschiedliche ideologische Herangehensweisen zum Thema: Wann ist das Volk zu welcher Frage zu befragen? - Daher, denke ich, werden wir, wie gesagt, eine befriedigende Lösung dafür heute in der Fragestunde sicher nicht erarbeiten können.

Ich würde Sie abschließend ersuchen, wenn es Ihnen bitte leichtfällt, wenn Sie sich mit mir austauschen - in der Öffentlichkeit, im Rahmen des Ausschusses oder hier in der mündlichen Fragestunde des Gemeinderates oder Landtages - Abstand zu nehmen von Tiervergleichen und dergleichen. Ich gehe sehr respektvoll mit Ihnen um, und ich würde mir wünschen, dass Sie mir denselben Respekt entgegenbringen.

Präsident Johann **Herzog**: Ich danke für die Fragen und ihre Beantwortung. Die Fragestunde ist somit beendet.

Wir kommen nun zur Aktuellen Stunde. Der Grüne Klub im Rathaus hat eine Aktuelle Stunde mit dem Thema „Verfehlte Budgetpolitik des Bundes belastet Länder und Gemeinden“ verlangt. Das Verlangen wurde gemäß § 39 Abs 2 der Geschäftsordnung ordnungsgemäß beantragt. Ich bitte den Erstredner, Herrn Abg Dipl-Ing Margulies, die Aktuelle Stunde zu eröffnen, wobei ich bemerke, dass seine Redezeit mit zehn Minuten begrenzt ist. - Bitte.

Abg Dipl-Ing Martin **Margulies** (*Grüner Klub im Rathaus*): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren!

Angesichts der Entwicklungen der letzten Tage auf europäischer Ebene und auf österreichischer Ebene und deren Auswirkungen auf Länder und Gemeinden, speziell jedoch auch auf Wien, denke ich, dass es notwendig ist, heute einmal einen Blick darauf zu werfen, was alles angesichts der katastrophalen Atomkrise in Japan, angesichts der Libyenkrise in den Hintergrund getreten ist. Denn im Endeffekt - und ich sage das mit der ganzen Schärfe - befindet sich Österreich auf dem Scheideweg zwischen einem neoliberalen Ungustilstaat oder einem solidarisch-ökologischen Staat, einem Wohlfahrtsstaat. Und ich denke, es ist unsere Aufgabe, auch von Wien aus noch stärker als bisher dafür zu arbeiten, dass auf Bundesebene und auf europäischer Ebene nicht Rahmenbedingungen geschaffen werden, die es uns in Wien verunmöglichen, Armut zu bekämpfen, Jobs zu schaffen und den ökologischen und energiepolitisch notwendigen

Umbau einzuleiten.

Ich möchte das an einigen Beispielen klarlegen. Das ist jetzt kein Angriff auf Schwarz-Rot in der Steiermark, und dennoch haben wir von der Steiermark als erstem Bundesland gehört: 604 Millionen EUR einsparen im nächsten Jahr, 908 Millionen EUR einsparen im Jahr darauf - ein knappes Fünftel des gesamten Budgets. Andere Bundesländer werden folgen. Warum ist das eigentlich der Fall? Und wo finden die Einsparungen statt? - Die Einsparungen sind: Gratiskindergarten in der Steiermark weg; im Spitalsbereich zwischen 700 und 1 400 Personen weniger; im Behindertenbereich Deckelungen, 1 000 Personen weniger; Einsparungen im Bereich der Kultur et cetera.

Ist das das, was Sie auch für die anderen Bundesländer wollen? Ist das das, was Sie für Österreich wollen? - Ich will das nicht.

Jetzt kommen wir auf die Entwicklungen auf europäischer Ebene zu sprechen, die sich in den letzten Tagen dramatisch verschärft haben. Sie sind in den Hintergrund geraten. Einerseits hat der Europäische Rat einen Rettungsschirm über 700 Milliarden EUR beschlossen, wo den Menschen vorgelogen wird, dass dieser Rettungsschirm auch nur irgendetwas mit der Stabilität des Euros zu tun hätte. Gleichzeitig, damit die Staaten das alles leisten können, wird ein Euro-Plus-Paket beschlossen - Plus soll etwas Positives symbolisieren; in Wirklichkeit bedeutet das Plus, dass auch Nicht-Euro-Staaten sich daran beteiligen sollen -, das in die Richtung geht, dass den einzelnen Nationen Lohndumping vorgeschrieben werden soll, dass die einzelnen Länder, die beteiligt sind, sich selbst verpflichten sollen, das Pensionsalter zu erhöhen, niedrigere Pensionen zu zahlen, die Sozialstandards zu senken - alles hinter dem Popanz der Aufrechterhaltung der Stabilität des Euros; der Stabilität eines Euros, der im Endeffekt dadurch gefährdet wird, dass all diese Pakete nicht damit verknüpft werden, dass den Banken und riesigen Versicherungen, den Spekulanten enge Handfesseln angelegt werden, sondern ganz im Gegenteil: Wir haben immer noch die Situation, dass sich Banken bei der Zentralbank um 1 Prozent Geld leihen, um in Anleihen mit einer 8-prozentigen Rendite zu investieren, die gesichert sind, und damit überhaupt nichts passieren kann, durch einen 700-Milliarden-EUR-Schirm, in den alle Staaten einzahlen. Das ist Diebstahl an öffentlichem Eigentum! Ich betone das: Das ist wirklich Diebstahl an öffentlichem Eigentum!

Und jetzt breche ich die Situation auf Österreich herunter: Wir werden hier darauf vorbereitet und eingestellt, dass Sparpakete kommen werden. Wissen Sie, dass die Prognosen des Vermögenszuwachses des obersten Prozents in Österreich für 2011 das Dreifache des prognostizierten Budgetdefizits betragen? Der Vermögenszuwachs des obersten Prozents beträgt das Dreifache des prognostizierten Budgetdefizits! Und zahlt das oberste Prozent irgendetwas dafür? - Nein! Denn bedauerlicherweise, und jetzt komme ich auch auf die Situation des Bundes zu sprechen: Von der ÖVP, ich sage es ganz offen, da erwarte ich es mir nicht, und gerade auf europäischer Ebene hat die Geldkofferpolitik bei der

europäischen christlichen Union Wirkung gezeigt. Die Geldkofferpolitik hat auf europäischer Ebene dazu geführt, dass Geldkoffer nur noch Politik für Geldkoffer machen. Das ist das zentrale Problem! *(Beifall bei den GRÜNEN.)*

Doch ich erwarte mir, dass dort, wo die österreichische Politik und dort, wo die Sozialdemokratie ihre Möglichkeiten haben, dem Einhalt geboten wird. Es ist daher unsinnig, dem Euro-Plus-Pakt zuzustimmen, es ist unsinnig, dem 700-Milliarden-EUR-Rettungsschirm zuzustimmen, solange es nicht auf europäischer Ebene Transaktionssteuern und Handfesseln für Spekulanten und Banken gibt.

Jetzt kommen wir auch zur österreichischen Ebene. Die Steuern in Österreich, insbesondere die, die im Zuge des Finanzausgleichs verteilt werden, werden 2011 auf demselben Niveau sein wie 2008. Die durchschnittliche Inflationsrate in diesem Zeitraum beträgt 5 Prozent. Das heißt, die an Länder und Gemeinden verteilten Mittel sind inflationsbereinigt automatisch um 5 Prozent niedriger als 2008 - dies bei einem erhöhten Maß an Arbeitslosigkeit, an Sockelarbeitslosigkeit, bei viel höheren Sozialausgaben. Jetzt frage ich Sie alle: Wie soll das funktionieren, wenn die Vermögenden nicht ihren Beitrag dazu leisten?

Die Antwort ist: Es funktioniert so wie in der Steiermark. Es zahlt die Mittelschicht die Zeche, es zahlen die Armen die Zeche. In der Steiermark wird der eben eingeführte Gratiskindergarten wieder abgeschafft - nur damit das eine Prozent derjenigen, die im Jahr 2011 zusammengekommen einen Vermögenszuwachs haben, der das Dreifache des Budgetdefizits beträgt, ungeschoren davonkommt.

Wollen Sie das, liebe Kolleginnen und Kollegen in der ÖVP? Wollen Sie das wirklich? - Das ist ja böseartig, wenn man das so will! Es geht doch darum, der breiten Masse der Bevölkerung zu helfen, jenen 99 Prozent, die nicht dem obersten Prozent angehören. Oder sind Sie wirklich nur mehr die Lobbyisten der Geldkofferpartei?

Und in diesem Sinne würde ich auch von Ihnen erwarten, dass Sie die Blockade der Vermögenssteuer aufgeben - zumindest, solange sich die Wirtschaft noch nicht erholt hat, zumindest, solange wir in Österreich eine Arbeitslosigkeit haben, die offiziell bei 250 000 Personen liegt, die aber, wenn man die prekären Beschäftigungsverhältnisse abzieht, im Endeffekt auf über 400 000 Personen steigt. Solange wir nicht hier ein Mehr an sozialer Gerechtigkeit haben: Stimmen Sie einer Vermögenssteuer zu!

Denn das bringt auch mehr Geld für die Stadt Wien. Wir haben gestern von den Freiheitlichen gehört, der Gaspreis soll sinken, der Strompreis soll sinken, die Gebühren sollen sinken, heute haben wir gehört, die Gebrauchsabgabe soll sinken - alles soll sinken. Mich würde einmal interessieren, wie das gehen soll, denn gleichzeitig sagen Sie ja, alle möglichen Leistungen sollen erhöht werden. Das geht nicht! Das, was Sie gestern vorgeschlagen haben - nur als Beispiel -, führt die Wiener Stadtwerke in den Konkurs, wo dann Herr Neuhuber hergeht und sagt: Privatisieren wir sie! - Das ist

genau die Situation.

Und genau deshalb glaube ich, dass es notwendig ist, dass wir jetzt, wo der innerösterreichische Stabilitätspakt plötzlich auch dem Land Wien vorschreibt, ungefähr 350 Millionen EUR einzusparen, die Einnahmen erhöhen, dass endlich dieses oberste Prozent, das bislang ständig ungeschoren davonkommt, seinen Anteil an den Einnahmen des Staates leistet. *(Beifall bei den GRÜNEN.)*

Präsident Johann **Herzog**: Für weitere Wortmeldungen bringe ich in Erinnerung, dass sich die Damen und Herren Abgeordneten nur einmal zum Wort melden dürfen und ihre Redezeit mit fünf Minuten begrenzt ist. Als Nächster zum Wort gemeldet ist Herr Abg Dkfm Dr Aichinger. – Bitte.

Abg Dkfm Dr Fritz **Aichinger** (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Herr Präsident! Frau Vizebürgermeisterin! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich hätte bald gesagt, dieser Rausch in die Finanzwelt des Kollegen Margulies war etwas übertrieben. Aber man sieht, dass die GRÜNEN eben mit Finanzmitteln nicht umgehen können und dass die GRÜNEN prinzipiell mehr Finanzmittel brauchen *(Beifall bei der ÖVP. – Abg Mag Rüdiger Maresch: ... Strasser! Wer ... in Niederösterreich? - Sobotka!)* und dass die GRÜNEN daher schauen, dass immer wieder Steuererhöhungen gefordert werden. Es wird nie nachgedacht: Wie geht man mit finanziellen Mitteln ganz einfach wirklich effizient und im Sinne der Bevölkerung um? Denn die finanziellen Mittel kommen nämlich auch von den Wienerinnen und Wienern oder von unseren Bürgerinnen und Bürgern. Das sind wir alle! - Das heißt, dieser Umgang mit finanziellen Mitteln ist unerhört, meine Damen und Herren von der Grünen Fraktion! So kann es nicht funktionieren.

Einen zweiten Punkt möchte ich auch noch ganz kurz ansprechen: Verbreiten Sie nicht Unwahrheiten, Unwahrheiten wie zum Beispiel hinsichtlich der Tatsache, dass Lohn- und Gehaltspolitik in Österreich auch weiterhin in Österreich bleibt und dass Lohn- und Gehaltspolitik von den Sozialpartnern gemacht wird. Auch das ist gestern hier in diesem Raum wieder bestätigt worden. Und das wird auch so sein! Und das Pensionsantrittsalter ... *(Abg Dipl-Ing Martin Margulies: Reden Sie einmal mit dem Herrn Pröll! Tritt Österreich dem Euro-Plus-Pakt bei oder nicht?)*

Das ist doch nicht wahr. Lohn- und Gehaltspolitik wird in Österreich von den Sozialpartnern getätigt. Herr Kollege, ich weiß, wovon ich spreche. Ich mache das bereits jahrelang in aktiver Position. *(Beifall bei der ÖVP.)*

So kann es nicht sein, dass wir ständig falsche Dinge in den Raum stellen!

Aber, meine Damen und Herren von den GRÜNEN, es kann ja nicht sein, dass Sie ununterbrochen auf Ihren eigenen Koalitionspartner losgehen. Es gibt ja seit wenigen Tagen einen Stabilitätspakt, den der Bund mit Gemeinden und Ländern abgeschlossen hat. Und es ist ganz einfach so, dass es keinen Sinn hat und nicht nachvollziehbar ist, dass man eine Körperschaft gegenüber der anderen Körperschaft sozusagen ausschaltet.

*(Beifall bei der ÖVP.)*

Es wurde in diesem Koalitions- und Stabilitätspakt eben beschlossen, auch mit der Finanzstadträtin von Wien und VBgmin Brauner, die sogar dann wortwörtlich gesagt hat, dass das ein guter Tag ist, ganz einfach, wo hier wirklich ein guter Abschluss getätigt worden ist, wo festgelegt worden ist, wie ganz einfach die einzelnen Körperschaften - und auf die Details will ich jetzt gar nicht eingehen - Defizit weg machen sollen und wie nicht.

Aber, es ist etwas sehr Wesentliches dazugekommen, es wurde nämlich auch eine Regelung für das Pflegegeld getroffen, und das haben, meine Damen und Herren, sogar auch die Gemeinden und der Gemeindebundpräsident Mödlhammer festgestellt, dass das ein guter Tag, ein Tag mit Freude gewesen ist, dass dieses Problem gelöst worden ist, weil der Bund wieder 680 Millionen EUR für 4 Jahre dafür ganz einfach zur Verfügung stellt und hier ganz einfach die Gemeinden entlastet.

Es kann daher nicht so sein, dass wir prinzipiell nur die Bundesregierung und ganz einfach das hier auch ankreiden, und nicht für konstruktive Vorschläge sind, wie ganz einfach in Zukunft mit dem Geld umgegangen wird. Weil es ist klar, wir hatten eine Finanzkrise noch zu dem dazu, aber das dürfte an Ihnen vorbeigegangen sein, Herr Kollege Margulies, dass es eine Finanzkrise gab und Österreich diese Finanzkrise gemeinsam sehr gut geschafft und gemeistert hat und wir ganz einfach wirklich einen sehr schwachen Rückgang gehabt haben.

Und jetzt muss man mit diesen Mitteln ganz einfach anders umgehen, und wir werden auch in Zukunft nicht mehr so hohe Wachstumsraten haben, und daher ist umso mehr ganz einfach auf Effizienz zu achten. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Und lassen Sie mich abschließend noch eines sagen, meine Damen und Herren, es ist ganz einfach so, dass wir wirklich gemeinsam schauen müssen, um hier diese finanzielle Politik gemeinsam auszuführen. Es hat ganz einfach keinen Sinn, hier Bund, Länder und Gemeinden gegeneinander auszuspielen. Und der Bundeskanzler hat in den heutigen Medien berichtet, es werde noch härter werden, wir müssen uns noch mehr anstrengen, meine Damen und Herren, weil ganz einfach, wie gesagt, hier nicht mehr eingehoben werden kann.

Und lassen Sie mich zum Abschluss ein Wort des Herrn Bgm Häupl zitieren: Man muss ja alles, was wir den Bürgern anbieten, auch bezahlen können, sagt Michael Häupl. Natürlich haben die Städte immer zuwenig Geld, aber wir sind wohlhabend, gesteht der Bürgermeister ein. Wir sind bei Weitem nicht so ausgehungert worden, wie es beispielsweise deutschen Städten widerfahren ist. Besucher staunen häufig über den kommunalen Luxus, den sie in Wien vorfinden. Eine eigene Magistratsabteilung mit 900 Mitarbeitern etwa, das Stadtgartnamt, pflegt die 19 km<sup>2</sup> Grünanlagen in Wien und sorgt für Blumenschmuck in der ganzen Stadt. Solche kostspieligen Kleinigkeiten tragen entscheidend bei, dass sich die Menschen wohlfühlen in der Stadt. Zitat Bgm Häupl in der Zeitung. *(Abg Marianne Klicka: Was sind*

denn die Alternativen dazu!) Es gibt keine Alternativen, aber da sieht man, man muss damit sorgsam umgehen und zeigen, wie man mit Geld umgehen kann. Und Sie können das anscheinend nicht, sondern Sie wollen prinzipiell, dass die Bürger mehr zahlen und Sie mehr ausgeben können. Danke schön. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident Johann **Herzog**: Als nächster Redner hat sich StR DDr Schock gemeldet. Ich erteile ihm das Wort.

StR DDr Eduard **Schock**: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Es ist ja wahrscheinlich zu viel verlangt von einem GRÜNEN, hier über Steuersenkungen nachzudenken, aber wenn Kollege Margulies überhaupt nur über Steuererhöhungen spricht, nachdem das alles noch zu wenig ist, *(Abg Dipl-Ing Martin Margulies: Die Belastungen gibt es jetzt schon!)* was es ohnedies schon gibt, dass der Steuerkuchen ihm zu langsam steigt, Herr Kollege Margulies, dann muss ich Ihnen schon in Erinnerung rufen, wir haben ja auf Bundesebene ein gewaltiges Belastungspaket hinter uns, das die Wirtschaft belastet, die Gastronomie, die Altlastensanierung verteuert, den Dienstleistungssektor belastet, die Tabaksteuer erhöht, die Flugticketabgabe schafft, Herr Margulies, ein Belastungspaket, das aber nicht nur die Wirtschaft trifft, das auch die Kleinen trifft, den Mittelstand mit einer neuen Vermögenssteuer, *(Abg Dipl-Ing Martin Margulies: Vermögenssteuer ja!)* denn die gibt es ja bereits, die ist ja eingeführt worden, mit der Erhöhung der Mineralölsteuer, die gerade die sozial Schwachen trifft, mit einer Bankenabgabe, Herr Kollege Margulies, die ja übergewälzt wird auf die kleinen Sparer und die vor allem die sozial Schwachen, ja, die sozial Schwachen trifft, die Sie eigentlich schützen wollen, Herr Margulies, und wir brauchen daher eine Steuersenkung und keine Steuererhöhung, Herr Kollege. *(Beifall bei der FPÖ. – Abg Dipl-Ing Martin Margulies: Sie unterstützen die Reichen, die Reichen stützen Sie, das sollten die Leute endlich einmal wissen!)*

Aber, Herr Kollege Margulies, es ist dieses Belastungspaket ja nicht nur unsozial, weil es eben Familien trifft, weil es Pensionisten bestraft, weil es die sozial Schwachen trifft, sondern es ist dieses Belastungspaket, das wir ja ohnedies gerade erst erlebt haben und das Ihnen immer noch zu wenig ist, für unseren Standort Wien so schädlich, und wenigstens daran sollten Sie denken, Herr Kollege Margulies. Wir stehen ja in einem beinharten Wettbewerb hier, in einem Wettbewerb mit anderen Metropolen unmittelbar in unserer Nachbarschaft, und hier gibt es ja einen Steuerwettbewerb, einen beinharten Steuerwettbewerb. Die Iren haben die Steuern gesenkt, aber auch in unseren Nachbarländern, in der Tschechei, in der Slowakei, sind massiv Steuern gesenkt worden. Die Slowakei hat mit einer Flat-Tax von 19 Prozent hier den Anfang gemacht, Herr Kollege Margulies, und die Slowakei ist erfolgreich damit. Die Slowakei ist erfolgreich, wir brauchen uns nur die Automobilindustrie anschauen in der Slowakei.

Und was machen wir in Wien? In Wien gibt es zusätzliche Belastungen, hausgemachte Nachteile, wir geraten ins Hintertreffen gegenüber München und Cam-

bridge, wo wir, Frau Stadträtin, ja auch mit unserer Biotechnologie etwa in einem beinharten Standortwettbewerb stehen. *(LhptmStin Mag Renate Brauner: Erfolgreich!)* Wir geraten aber auch ins Hintertreffen gegenüber Prag und Budapest, meine Damen und Herren, aber es ist sehr wohl vergebliche Liebesmüh von einer rot-grünen Regierung, von Ihnen, Herr Kollege Margulies, oder auch von der Frau Stadträtin, hier Überlegungen für eine Steuersenkung zu erwarten *(Abg Dipl-Ing Martin Margulies: Sie wollen alle Steuern abschaffen, wir haben es schon gehört!)* und die Fragestunde hat es ja auch schon gezeigt, wenn Kollege Margulies da bereits eine Erhöhung der Gebrauchsabgabe anklingen lässt - die ja ohnedies schon ein Konkurrenznachteil für unsere Wiener Wirtschaft ist - und damit die Verhandlungen vorwegnimmt.

Und, meine Damen und Herren, auch sonst ist in diesem rot-grünen Abkommen eine neue Parksteuer vorgesehen, denn was ist denn das anderes als eine Parksteuer, wenn es hier eine Abgabe gibt, aber kein Parkplatz garantiert wird, *(Abg Dipl-Ing Martin Margulies: Sie wollen alle Steuern abschaffen!)* oder wenn es in diesem rot-grünen Abkommen eine Planwertabgabe gibt, meine Damen und Herren, und darüber ist ja noch viel zu wenig gesprochen worden.

Eine Planwertabgabe, meine Damen und Herren von den GRÜNEN und von der SPÖ, die Sie hier einführen wollen, die ja wieder ein neuer Wettbewerbsnachteil für die Wiener Wirtschaft ist.

Meine Damen und Herren, und vor allem Kollege Margulies, die Diskussion gestern über die Rechnungshofberichte hat es ja gezeigt: Sie haben in der Opposition immer wieder die Gebührenerhöhungen in Wien kritisiert *(Abg Dipl-Ing Martin Margulies: Das war das Sanierungsgesetz!)* und gestern ist im Rechnungshofbericht nachgewiesen worden, dass Sie hier bei den Wassergebühren, bei den Abwassergebühren, bei den Müllgebühren, ein gewaltiges Körbergeld einstreifen, Herr Kollege Margulies. Und es ist die Bundespolitik nicht in unserer Kompetenz, aber die Gebühren schon, und ich fordere Sie daher auf, hören Sie auf, sich ein Körbergeld zu machen, wir wollen 15 Prozent Gebührensenkung in Wien, das sind 80 Millionen EUR Entlastung pro Jahr, das sind 80 EUR Entlastung pro Wiener Haushalt.

Meine Damen und Herren, wir fordern Sie auf, ignorieren Sie nicht länger den Rechnungshof und geben Sie den Menschen diese 80 EUR in Wien zurück, meine Damen und Herren. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Präsident Johann **Herzog**: Als Nächste hat sich Abg Mag Krottsch gemeldet.

Abg Mag Nicole **Krottsch** *(Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates)*: Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin! Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen!

Herr DDr Schock, aufgeregtes Schreien macht Inhalte nicht richtiger. Nun, ich glaube, das ist jetzt ein sehr aufgeregter Redebeitrag gewesen. Wir haben, und da sind wir uns einig, eine Krise. Sie ist noch nicht vorbei, und es geht darum, und Herr Kollege Aichinger hat das

auch bestätigt, dass hier Österreich oder Wien vor allem sehr rechtzeitig und richtig mit antizyklischen Investitionen gegengesteuert hat. Wir stehen sehr gut da im Vergleich zu anderen Bundesländern, Kollege Margulies hat die Steiermark erwähnt, ich möchte hier vor allem aber auch, was den Gratiskindergarten betrifft, hier Kärnten erwähnen, die als Erstes diesen Gratiskindergarten wieder abgeschafft haben. Also, ich möchte auch hier wieder einmal das Licht auf Kärnten lenken.

Wie gesagt, es wurde auch der Arbeitsmarkt angesprochen, die Auswirkungen auf die Wirtschaft sind spürbar. Wir haben in Wien die Arbeitslosigkeit später gehabt, sie ist natürlich dann auch weniger schnell angestiegen.

Jetzt haben wir natürlich auch ein späteres Absinken in Wien, wir haben aber trotz der Krise sozusagen ein „all time high“ an Beschäftigung, wir haben derzeit 760 000 Beschäftigte, das ein Rekordwert für Wien ist, und man sieht BOM hier, das ist die Bedarfsorientierte Mindestsicherung. Es strömen vor allem Frauen vermehrt auf den Arbeitsmarkt, und hier sind auch die richtigen Rahmenbedingungen wie ein Gratiskindergarten, ein einkommensabhängiges Kinderbetreuungsgeld, was wichtige Investitionen für die Frauen waren, die wirksam sind. Wir haben auch viel mehr PendlerInnen, die nach Wien strömen. Das sind ja auch zur Zeit 250 000, die aus dem Umland sozusagen Wien zuströmen.

Ja, Wien tut viel, die Stadt, wo sie was tun kann, tut viel, eben auch, was den Bereich der Arbeitsplätze betrifft. Wir haben hier gemeinsam mit dem AMS-Wien aber auch mit dem Bundesminister Hundstorfer viel weitergebracht, also wir setzen dann alle Hebel an, was die Qualifizierung und Weiterbildung und das Schaffen von Arbeitsplätzen betrifft, aber, Kollege Aichinger, Sie haben gesagt, gemeinsam müssen wir etwas erreichen und schaffen. Das freut mich sehr, dass Sie das hier sehr vehement auch gefordert haben, denn, liebe Kolleginnen und Kollegen, mit dem Ganzen, was Wien schafft, was Wien beiträgt, was Wien in der Krise an den verschiedenen Investitionsmaßnahmen, eben mit den Konjunkturpaketen et cetera, geleistet hat, müssen wir uns generell schon die Frage stellen und da bin ich ganz beim Kollegen Margulies: Wer bezahlt die Krise? Wer wird sozusagen hier einspringen, wer wird sozusagen die notwendigen Sanierungsmaßnahmen und Rettungsmaßnahmen bezahlen? Also, die Steuerzahler, die in dem letzten Jahr Millionen, Milliarden sozusagen hier beisteuern haben müssen, ja, es kann so nicht weitergehen, es muss ein rasches Umdenken passieren, es müssen dringend Maßnahmen gesetzt werden, um eben hier die Menschen, die bis jetzt so viel bezahlen haben müssen, davor zu bewahren, auch weiterhin die Zeche zu bezahlen. *(Abg Dkfm Dr Fritz Aichinger: Und was ist mit der Bundesregierung!)* Und da kann ich Sie auch beruhigen, aber Ihnen auch noch einmal mitgeben, dass hier vor allem aus Wien die Initiative auch auf EU-Ebene was weiterzubringen ausgeht. Also, mit unserer Vizebürgermeisterin und Finanz- und Wirtschaftsstadträtin Renate Brauner haben wir, und das ist hier auch zu sagen, eine große Kämpferin, was eine Finanztransaktionssteuer

betrifft, was eine Vermögenszuwachssteuer betrifft, was eben die verschiedenen Maßnahmen betrifft, dass nicht wieder die SteuerzahlerInnen, sondern die, die die Krise verursacht haben, hier bezahlen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Ich habe schon gesagt, wo Wien arbeiten kann, wo Wien die Hebel ansetzen kann, passiert das, es ist ein intelligentes Sparen, wie es unsere Frau Vizebürgermeisterin immer auch nennt, es ist ja im Budgetvollzug sozusagen einerseits strukturell umgesetzt, wir haben Schwerpunkte gesetzt mit Soziales, Gesundheit, Bildung, Kinderbetreuung, die uns einfach die wichtigen Themen sind hier in dieser Stadt, eben aber auch mit einer gleichzeitigen Rückführung von Ausgaben auf das Niveau vor der Krise.

Wir haben zusätzlich viele andere Initiativen, also ich möchte hier auch noch einmal erwähnen, dass wir uns vor allem jetzt auch die verstärkte Kooperation mit der Wirtschaftsagentur Wien und dem WAFF anschauen und tiefgründige Evaluierung haben.

Privates Kapital für Ausgaben der Stadt zu mobilisieren, ist auch ein wichtiger Punkt. Hier hatten wir ein jüngstes Beispiel mit der aktuellen Wohnbau-Neubauintiative des Finanz- und Wohnbauressorts. Also es sind sehr viele Initiativen und Maßnahmen, die in Wien passieren, eben auch zum Beispiel erfolgreiche PPP-Modelle voranzutreiben, wie das auch am Nordbahnhof sehr positiv geschehen ist.

Aber, Wien tut etwas. Wir schauen darauf, dass wir für die öffentliche Hand einen Handlungsspielraum haben, dass wir weiter für die Menschen in dieser Stadt arbeiten können, und was Maßnahmen auf Bundesebene und EU-Ebene betrifft, sind wir auch Initiator und sind dahinter, dass da auch etwas passiert. Danke schön. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident Johann **Herzog**: Als nächster Redner hat sich StR Mag Gerstl gemeldet.

StR Mag Wolfgang **Gerstl**: Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Vor Kurzem, in der Fragestunde, stand hier noch Frau VBgmin Vassilakou und legte Wert auf die Feststellung, dass sie einen respektvollen Umgang mit uns hat und gleichzeitig, und daher möchte ich auf das noch einmal zurückkommen, hat sie eine äußerst einsichtige Vorgangsweise gewählt in der Betrachtung, warum die Straßenverkehrsverordnungs-Novelle noch nicht weiter ist. Und jetzt muss ich ihr aus ihrer eigenen Stellungnahme der Stadt Wien zur Straßenverkehrsordnung zitieren, warum die Novelle noch nicht weiter ist. Da heißt es: Die Einführung der Fahrradstraße und die mit dieser Radfahranlage konkret verbundenen Verhaltensbestimmungen erweisen sich als unzulänglich. Dann heißt es in der Stellungnahme der Stadt Wien: Es ist insbesondere lebensfremd, anzunehmen, es könnten ganze Straßenzüge ausschließlich dem Radverkehr vorbehalten werden.

Und es geht noch weiter, meine sehr geehrten Damen und Herren: Sie verlangen ein anderes Verkehrszeichen als das, was Frau Ministerin Bures vorgestellt hat, und dasselbe macht die Arbeiterkammer. Ich bin nicht verdächtig zu sagen, dass die Arbeiterkammer

irgendwo etwas mit der ÖVP zu tun hat. Genauso sagt die Arbeiterkammer, dass dieser Entwurf nicht den Rahmenbedingungen einer Verbesserung für den Radverkehr entspricht.

Das sind Ihre Stellungnahmen. Offensichtlich können Sie sich nicht bei der SPÖ durchsetzen. Strengen Sie sich an und reden Sie mit Frau Ministerin Bures, dann können Sie vielleicht Ihr Ziel erreichen. Aber sie ist nicht bereit gewesen, auch einen ordentlichen Entwurf vorzulegen und da sind wir nicht bereit, mit Ihnen mitzumachen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Meine Damen und Herren, damit lassen Sie mich zum Thema kommen. Auch hier sieht man ganz genau, dass es offensichtlich keine Zusammenarbeit zwischen Grün und Rot gibt. Es ist ganz klar und anders nicht zu erklären, dass die Frau Vizebürgermeisterin sagt, der Stabilitätspakt sei ein beachtlicher Wurf, gerade aus Wiener Sicht, und sich hier Kollege Margulies herstellt und sagt, es ist alles schlecht. Nein, so können wir es nicht machen. Sie können nicht hergehen und auf der einen Seite sagen, wir arbeiten hier zusammen mit der SPÖ und auf der anderen Seite kritisieren Sie jede Entscheidung, die wir mit dem Bund machen. Nein, das können Sie nicht machen, meine Damen und Herren! Sie haben mit Ihrer Politik nämlich schon genug Schaden in der Glaubwürdigkeit angerichtet. Sie haben alle Ideale, die Sie vor Ihrem Regierungseintritt gehabt haben, abgegeben, als Sie beim Regierungseintritt waren. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Sie haben aufgehört, für Container zu kämpfen, Sie haben aufgehört, für Bürgerbeteiligung zu kämpfen, Sie sind die Partei, die heute alles alleine umsetzen möchte, und da unterscheiden Sie sich nicht mehr von anderen Parteien und von einer Partei, mit der Sie jetzt in der Regierung sitzen.

Meine Damen und Herren, Sie sind in Ihrer Budgetpolitik auch Ihrem Ruf gerecht geworden, denn was jeder ordentliche Kaufmann tun würde, wenn er Verantwortung in einem Unternehmen übernimmt, ist, er würde zuerst die Finanzen überprüfen und daraus die entsprechenden Konsequenzen ziehen. Sie haben das nicht einmal ignoriert, sondern im Gegenteil, Sie haben Maßnahmen getroffen, die sofort mehr Geld kosten. Sie haben sofort eine Ausgabenerhöhung gemacht und Sie hatten überhaupt keinen Zugang, wie Sie zu mehr Einnahmen kommen können. Sie bauen nun einen Ring-Radweg, der zehn Mal so teuer ist wie ein normaler Radweg, wie dies der Rechnungshof festgestellt hat. Sie wollen mit Prestigeprojekten auf Kosten der Steuerzahler hier Ihr Profil schärfen. Das lassen wir nicht zu, meine Damen und Herren! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Und Sie haben hier ein Budget zu verantworten, mit dem Sie arbeiten könnten. Von 2007 bis 2010 ist der Schuldenstand der Stadt Wien um 51 Prozent gestiegen. Was würde ein ordentlicher Kaufmann machen? Er würde schauen, wie er die Schulden runterbringt. Was sagt Ihr Kollege Margulies? „Nein, wir sind nicht für Schuldenabbau da, wir wollen, dass alles so bleibt.“ Sparen Sie, beginnen Sie endlich, Reformen zu machen. Strukturereformen und Aufgabenreformen, dann könnte sich

Wien mehr leisten, meine Damen und Herren! *(Beifall bei der ÖVP.)* Sie haben andererseits eine zusätzliche Magistratsabteilung geschaffen, eine Magistratsabteilung 20, für Ihre Positionen, die auch die Wienerinnen und Wiener zusätzlich eine dreiviertel Million Euro kostet. Sie haben auch für einen direkt gewählten Landtagsabgeordneten, der sich bis heute hier nicht eingefunden hat und noch immer unentschuldigt fehlt, um 200 000 EUR ein Büro geschaffen. Das ist das, was Ihnen wichtig ist. Sie kämpfen nicht für Leistungsgerechtigkeit, Sie wollen neue Verteilungskämpfe. Ich sage Ihnen, verabschieden Sie sich von Ihren Ideen nach neuen Steuer- und Gebührenerhöhungen, beginnen Sie, für mehr Leistungsgerechtigkeit zu arbeiten. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident Johann **Herzog**: Als nächster Redner hat sich Herr Abg Ellensohn gemeldet.

Abg David **Ellensohn** *(Grüner Klub im Rathaus)*: Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Also, wenn die ÖVP da hergeht und das Wort Glaubwürdigkeit in den Mund nimmt, so ist das ein starkes Stück, ein starkes Stück. So eine gekaufte Partie, und das kann man sagen ohne Ordnungsruf, weil das ist nur eine Faktenlage aus den Zeitungen, und es werden die Gerichte alles noch genau abklären. So eine gekaufte Partie, und sich dann daher stellen und dann sagen, Glaubwürdigkeit! Entschuldigung, Sie sollten sich alle in einem schwarzen Loch verstecken und eine Weile lang nicht herauskommen und dann überlegen, ob irgendjemand noch in der Politik sein möchte oder nicht. Ungeheuerlich ist das. *(Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.)*

Nun, entschuldigen Sie, wenn der Herr Strasser auffliegt als Lobbyist, der sogar völlig gewissenlos sagt: „Mir doch wurscht, worum es geht, wie viel Geld bekomme ich und dann stecke ich es irgendwo ein, gebt mir den Antrag, ja.“ Und dann kommt der Nachfolger und der Nachfolger ist was? Der Herr Pirker ist es, und was hat der für einen Beruf? Lobbyist. Und wo ist sein Büro? Beim Karas in der Wohnung in Brüssel, *(Heiterkeit bei GRÜNEN und SPÖ.)* und falls der Herr Pirker nicht kommt, falls der Herr Pirker nicht kommt, kommt der Nächste, heißt, glaube ich, Santer aus Kärnten. Und was ist der? Lobbyist. Habt ihr keine anderen Leute, nämlich solche, die sich nicht kaufen lassen von der Wirtschaft? Das gibt es ja überhaupt nicht. Das ist wirklich schlimm. *(Beifall bei den GRÜNEN.)* Sagen Sie nie wieder was zum Thema Glaubwürdigkeit.

Und als Nächstes eine kleine Bitte: Legen sie bitte alle Ihre Berater- und Lobbyistenverträge offen, das wäre eine gute Idee. *(Heiterkeit.)* Ja, da wird gelacht, weil das tun Sie natürlich nicht, ja, bis einer auffliegt, ja. Wir werden Ihnen englische Journalisten an den Hals schicken, dann werden wir es schon sehen.

Wer immer, ohne einen Einzelnen beleidigen zu wollen, aber wer immer diese Positionen was alles nicht geht und wer alles nicht was bezahlen soll, da vertritt, also entweder ja oder nein, da gibt es ein schönes Buch von Ulrike Herrmann „Hurra, wir dürfen zahlen. Der Selbstbetrug der Mittelschicht“. Das ist, glaube ich, der Selbstbetrug, den Sie vorantreiben die ganze Zeit. Schade ist, dass es wahrscheinlich ein paar von Ihnen selber



trifft und deswegen, ohne einen Einzelnen im Raum zu meinen, aber wer diese Programme vertritt, dass es nichts anderes gibt wie Gürtel enger schnallen, ist entweder blöd, böse oder bestochen, das kann man sich dann selber aussuchen, und ich meine natürlich niemanden im Raum.

Die Politik, die da gemacht wird und die leider jetzt, ja, nicht leider, sondern erwartungsgemäß ja auch von der FPÖ gemacht wurde, Sie machen ungefähr Folgendes: Sie gehen in ein Lokal, ich sage, zusammen, in ein Haubenlokal und dann gönnen Sie sich ein schönes Essen, das ist alles in Ordnung und dann sitzen Sie lange und eine Flasche Wein und eine zweite und dann summiert sich die schöne Rechnung. Und die Sissi und der Franz gehen ins Lokal ums Eck und nehmen sich ein Zweiermenü und einen G'spritzten. Alles normal und alles in Ordnung, beim Wirt ums Eck kann man hervorragend essen. Das Problem kommt nachher. Sie gehen mit Ihrer Rechnung von Ihrem Haubenlokal zu Sissi und Franz und legen sie dort ab und sagen: Ihr zahlt die Rechnung, weil wir übernehmen die kleine Rechnung und zahlen das Zweiermenü. Das ist das Problem, das wir haben in dem Land und dafür stehen Sie, so wie Sie da sitzen, und deswegen auch der Angriff, der Angriff auf die Maßnahmen, die hier gesetzt werden. So, ganz einfach zum Nachlesen, ganz einfach zum Nachlesen. *(Beifall bei den GRÜNEN.)*

Lesen bildet, „wege-aus-der-krise.at“, jeweils mit Bindestrich. Wege Bindestrich aus der Krise.at, eine Kampagne, die jetzt anläuft und da sind sehr, sehr viele Organisationen dabei, die wir hier im Haus wahrscheinlich größtenteils gut finden. Da sind Gewerkschaften dabei, die PRO-GE, da ist die VIDA dabei, SOS Mitmensch, Attac, der Katholische ArbeitnehmerInnenbund, Greenpeace, Global 2000, die Armutskonferenz, sehr viele, sehr viele, inklusive des Katholischen ArbeitnehmerInnenbundes, mit denen haben Sie ja auch Wickeln mit Ihrer Politik. Was möchten die alle? Die möchten, dass wir alle ein schönes Leben führen können und machen ganz einfache Rechnungen. Sie können das alles nachlesen, alles online zum Lesen. Die Idee wäre, das muss mir einmal irgendeiner im Raum sagen, ob er da dagegen ist, das Budgetdefizit zu verkleinern mit 5 Milliarden. Wir geben 1 Milliarde mehr aus für die Gemeinden, für die Kindergärten, wir erhöhen die thermische Sanierung um 1 Milliarde, umweltfreundliche Mobilitätsoffensive, 1 Milliarde für Gesundheit, mehr Geld fürs Bildungspersonal, 2 Milliarden in Österreich, und wir verstärken die Entwicklungszusammenarbeit. Kostet 13 Milliarden EUR, bringt 247 000 Jobs. 247 000 Leute haben Arbeit und alle Sachen, die ich vorgelesen habe, müssten eigentlich einstimmig durchgehen. Ja, man kann es auch finanzieren, und dann steht daneben halt die ... und jetzt fängt das Problem mit Ihnen an: Nur zahlen wollen Sie es nicht, weil Sie Ihre Haubenlokalrechnungen nicht selber bezahlen wollen, und das werden wir Ihnen abgewöhnen, weil da gibt es einen ganzen Paken an Kampagnen und Veranstaltungen und die Antworten, das was auch noch schön ist für die, die es nachlesen wollen, Antworten auf häufig gestellte Fragen

und die Gegenargumente zu diesen häufig gestellten Fragen, also all die Schmäh, die immer kommen von dieser Seite, nämlich: Vermögenssteuern treffen die kleinen Leute, Quatsch, noch mehr Steuern zerstören jeden Leistungsansatz, Blödsinn, schön aufgelistet.

Ungefähr der gleiche Quatsch, wie der, dass die ÖVP weiß, wie man mit Geld umgeht. Die Frau Ranner, die auch aus dem EU-Parlament geflogen ist, die hat gezeigt, wie man mit Geld umgeht. Man haut es hinaus und steht am Ende schlecht da und ist arm dran. Aber sagen Sie mir nicht, Sie kennen sich mit Geld aus, außer Sie meinen den Herrn Strasser, der weiß tatsächlich, wie man die eigenen Taschen füllt, aber auf diese Art und Weise wollen wir das nicht haben. Vielen Dank. *(Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.)*

Präsident Johann **Herzog**: Es ist in der Wortmeldung des Herrn Abg Ellensohn das Wort von „gekaufter Partie“ gefallen. Ich ersuche um Übermittlung des Protokolls zwecks Feststellung der Notwendigkeit eines Ordnungsrufes. *(Abg Dipl-Ing Martin Margulies: Ja, ist denn das nicht der Fall!)* Die Frage ist nicht eine Frage der inhaltlichen Bewertung, sondern einzig und allein die Frage, ob ein solches Wort zulässig ist, weil wir hier gewisse Formen einzuhalten haben, die also sich aus dem ... *(Abg Mag Rüdiger Maresch: Aber die Frage ist doch, was ist gekauft!)* Nur wegen der Form, es geht immer um die Form.

Weiters, als nächster Redner hat sich der Abgeordnete, *(Abg Marianne Klicka: Das ist doch eine Frau!)* die Frau Abg Mag Dr Kappel gemeldet.

Abg Mag Dr Barbara **Kappel** *(Klub der Wiener Freiheitlichen)*: Sehr geehrter Herr Präsident! Frau Vizebürgermeisterin! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ja, ich bin eine Frau, aber lassen Sie uns zu einer sachlicheren Diskussion zurückkommen.

Ich bin der Grünen Fraktion für die Auswahl des heutigen Themas für unsere Sitzung sehr dankbar, weil ich der Meinung bin, aktueller hätte man den Zeitpunkt für dieses Thema nicht wählen können. Denn gestern wurde eine Studie der Statistik Austria veröffentlicht, die zeigt, dass das Budgetdefizit durch die Einbeziehung der ausgelagerten Schulden um mehr als ein Viertel in die Höhe geschwollen und nun eine Marke von 4,6 Prozent des Bruttoinlandsproduktes in der Verschuldung erreicht ist. Das ist ein Höchststand seit 15 Jahren. Das ist an sich ein sehr sachliches Thema, das ist gar nicht emotional und wir sollten auch schauen, dass wir uns sachlich dem annähern, weil es auch sachlich gelöst werden soll.

Für jene, die es noch nicht wissen sollten: Diese nachträgliche Adaptierung wurde auf Grund strengerer Vorschriften der EU-Statistikbehörde notwendig. Die Adaptierung sieht vor, dass Teile der ÖBB-Schulden, Verbindlichkeiten von Landeskrankenanstalten, 1 Milliarde an Transfers für die Bad Bank der Kommunalkredit und die Schulden der Wohnbau Burgenland GmbH nun den Staatsschulden zugerechnet werden müssen. Für die Staatsschulden bedeutet diese nachträgliche Zuordnung der außerbudgetären Verbindlichkeiten einen Anstieg von 9,5 Milliarden EUR.

Ende 2010 betrug der Schuldenstand des Staates

205,2 Milliarden EUR oder 72,3 Prozent des Bruttoinlandsproduktes, das entspricht einer Schuldenlast von 25 540 EUR pro Bürger in Österreich. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Meine Damen und Herren, der Schuldenstand der Gemeinde Wien hat sich im Jahr 2010 ebenfalls dramatisch erhöht, nämlich mit einem Anstieg von 57 Prozent im Vergleich zum Vorjahr auf einen Höchststand von 2,939 Milliarden für die laufende Periode, bei einer Neuverschuldung von 790 Millionen EUR für das laufende Geschäftsjahr. Der innerösterreichische Stabilitätspakt verpflichtet die Länder und Gemeinden zu einem Budgetüberschuss von 0,5 Prozent des BIP, das hörten wir heute schon, das wurde jedoch nie erreicht! - das wurde noch nicht gesagt. Im Jahr 2010 erwirtschafteten die Länder und Gemeinden ein Defizit von 1 Prozent des BIP. Der neue Stabilitätspakt 2011 erlaubt den Ländern für 2011 ein Defizit von 0,75 Prozent des BIP, was jedoch schwer zu erreichen sein wird. Es bedeutet für uns alle eine große Aufgabe, dieses ambitionierte Ziel zu erreichen, meine Damen und Herren, und für diese Zielerreichung gibt nur ein Zauberwort, welches man zuerst nicht hören wollte, und dieses Zauberwort heißt Sparen. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Sparen, sparen, sparen, das fordert auch Bernhard Felderer, Chef des Staatsschuldenausschusses, im heutigen „Kurier“. Sparen heißt das Gebot der Stunde auch für den Haushalt der Gemeinde Wien. Generell müssen sich die öffentlichen Haushalte auf eine lange Phase der Konsolidierung einstellen. Konsolidierung bedeutet ein Sparprogramm mit umfassenden Reformen. Reformen bei Verwaltung, Gesundheit und Pensionen, in der Bildung und bei den Spitälern. Davon sind wir in Wien aber noch weit entfernt.

Meine Damen und Herren, setzen Sie Ihre Ankündigungen zügig um, auch die Pensionsreform 2000 in Wien und warten Sie nicht zu bis 2045.

Sparen Sie in der Verwaltung, reformieren sie das Finanzsystem der Spitälern, indem sie das Finanzierungsübereinkommen mit dem KAV endlich auf neue Beine stellen, schaffen sie Transparenz in der öffentlichen Finanzgebarung und entlasten Sie den Steuerzahler in Wien und in Gesamtösterreich. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Präsident Johann **Herzog**: Als nächster Redner ist Herr Abg Woller gemeldet. Abg Ernst **Woller** *(Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates)*: Sehr geehrte Damen und Herren!

Es stimmt, wir befinden uns in einer wirtschaftlich sehr schwierigen Zeit, in einer Phase der Meisterung der größten Wirtschaftskrise seit den 30er Jahren. Es stimmt aber nicht, dass es eine verfehlte Budgetpolitik des Bundes gibt, und es gibt schon gar keinen Streit zwischen Bund, Ländern und Gemeinden darüber. Tatsache ist, dass wir die größte Wirtschaftskrise seit den 30er Jahren zu bewältigen haben und dass der Staat, die Länder und die Gemeinden gegensteuern und so Konjunkturmaßnahmen ergreifen mussten und dadurch die Ziele des Stabilitätspakts des Jahres 2008 nicht erreicht werden konnten. Wien hat bekanntlich diese Krise besser ge-

meistert als alle anderen Länder und Gemeinden, hat entscheidende Maßnahmen zur Bewältigung der Krise gesetzt und hat trotzdem die geringste Pro-Kopf-Verschuldung in Österreich.

Die Rede des Kollegen Gerstl war ja eine einzige Themenverfehlung, die Zahlen, die er hier groß präsentiert hat, waren falsch, und ich kann hier richtigstellen, dass die Pro-Kopf-Verschuldung der österreichischen Länder inklusive der Gemeinden nach den Zahlen des Rechnungsabschlusses des Jahres 2009 so ausschauen, *(Der Redner hält ein Plakat in die Höhe.)* dass hier, wie man sieht, der Pro-Kopf-Schuldenstand der einzelnen Länder dargestellt ist. Die größte Säule mit einer Pro-Kopf-Verschuldung von 4 300 EUR pro Person in Niederösterreich, 3 339 EUR in Kärnten und Wien hat eine Pro-Kopf-Verschuldung von 1 099 EUR. Wien ist von den 9 Bundesländern das beste Bundesland und hat damit die Krise und die Finanzsituation am besten gemeistert. *(Beifall bei der SPÖ.)* Es gibt in der Frage der Budgetpolitik und des Finanzausgleichs keinen Streit zwischen Bund, Ländern und Gemeinden. Wir haben uns gerade auf einen neuen Stabilitätspakt und auf eine Verlängerung des Finanzausgleiches bis inklusive des Jahres 2014 geeinigt, ein Drittel der Einnahmen des Bundes stehen den Ländern und Gemeinden zur Verfügung und dieser neue Stabilitätspakt inkludiert auch eine Vereinbarung zur Sicherung der Pflegefinanzierung und der Reform der Verwaltung des Pflegegeldes, und es ist dies vor allem ein Verdienst unseres Sozialministers Rudolf Hundstorfer. Dadurch wird ermöglicht, dass die hohe Qualität der Pflege in Wien auch in Zukunft abgesichert ist.

Nun, der Stabilitätspakt verpflichtet Wien auch zur Budgetkonsolidierung, und wir werden das auch in Zukunft ohne Kürzungen des dichten sozialen Netzes in Wien, ohne Gefährdung der hohen Qualität der Pflege in Wien und ohne Verzicht auf weitere Maßnahmen zur Schaffung von Arbeitsplätzen in Wien machen.

Wenn man das Budget konsolidieren muss, wenn man sparen muss, dann stellt sich immer die Frage, wo konsolidiert man und wer zahlt die Krise. Und da war es vor allem die Anstrengung der SPÖ in der Bundesregierung, dass die Budgetkonsolidierung in Österreich sozial ausgewogen erfolgt. Ich erwähne hier, dass die Bankenabgabe neu eingeführt wird und 500 Millionen zusätzlich zur Budgetkonsolidierung bringen wird, dass eine Vermögenszuwachssteuer beschlossen wurde, auf Druck der SPÖ, die 250 Millionen bis zum Jahr 2014 bringen wird, dass die Abschaffung von Stiftungsprivilegien 100 Millionen EUR bringen wird, dass die Verschärfung der Konzernbesteuerung 200 Millionen bis 2012 bringen wird, und dass der Kampf gegen den Steuerbetrug zusätzlich 400 Millionen EUR bringen wird, zur Budgetkonsolidierung und zur Bewältigung der Krise.

Und diese Politik wird weitergehen, und die SPÖ ist der beste Garant für eine sozial gerechte Politik, insbesondere auch in der Budgetpolitik. Unser Bundeskanzler Werner Faymann und der Staatssekretär Andreas Schieder führen einen heldenhaften Kampf gegen die europäischen und konservativen Windmühlen zur Einfüh-

zung einer Finanztransaktionssteuer europaweit und zur Einführung stärkerer Vermögensbesteuerung auch in Österreich.

Und während wir den Kampf gegen die Krise führen, während wir den Kampf für eine sozial gerechte Budgetpolitik führen, versinken die ÖVP und die FPÖ, die uns hier alles Mögliche vorwerfen wollen, im Korruptionssumpf. Die ÖVP muss derzeit gerade die halbe Riege der EU-Abgeordneten austauschen, damit sie wenigstens halbwegs unbeschädigt aus dieser Situation herauskommt, insgesamt ist die ÖVP auf Bundesebene jetzt so angeschlagen und im Tiefflug, wie es die Wiener ÖVP schon immer ist. Die FPÖ kann überhaupt nicht erklären, wie man, wofür, wie viel Geld bekommen hat, und die FPÖ hat es trotzdem in Kärnten geschafft, ein ganzes Bundesland zu verscherbeln und hat ein ganzes Bundesland an den Rand des finanziellen Ruins geführt.

Soweit zur Wirtschaftskompetenz von ÖVP und FPÖ. Wir werden dem entgegenhalten. Das Traurige aber ist, dass nicht nur die Wirtschaft und die Bundesländer, sondern dass auch insgesamt die Politik und die Politikerinnen und Politiker durch diese Vorgangsweise beschädigt werden. Daher brauchen wir strenge Antikorruptionsgesetze und -regeln. Wir in Wien werden weiter versuchen, dass wir eine sozial ausgewogene Finanz- und Budgetpolitik machen im Interesse der Wienerinnen und Wiener.

Präsident Johann **Herzog**: Die Aktuelle Stunde ist damit beendet. Zur Geschäftsordnung hat sich Frau Abg Marek gemeldet.

Abg Christine **Marek** (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Ich verlange nachdrücklich, Herr Präsident, - Sie haben ja angekündigt, dass Sie sich das Protokoll ansehen werden und hier dann entscheiden -, aber ich verlange nachdrücklich einen Ordnungsruf für den Klubobmann der GRÜNEN, Herrn Kollegen Ellensohn. Pauschale Vorverurteilung und Ausdrücke wie „gekauft Partei“ und vieles mehr, Herr Kollege Ellensohn, sollten sogar unter Ihrer Würde sein, und hier die gesamte ÖVP und auch unsere Fraktion pauschal in Geiselhaft zu nehmen und zu unterstellen, wir wären alle korrupt und gekauft, ist unter Ihrer Würde, selbst unter Ihrer Würde, Herr Kollege Ellensohn (*Beifall bei der ÖVP.*) und ist absolut unter der Würde dieses Hauses. Wenn Einzelfälle vorkommen, wird ermittelt und sind sie abzulehnen, sie sind unanständig, aber Pauschalverurteilungen tun der gesamten Politik nicht gut und sind in Summe massiv unfair gegenüber vielen engagierten Politikerinnen und Politikern, die Tag für Tag für Wien und für dieses Land engagierte Arbeit leisten.

Präsident Johann **Herzog**: Ich habe veranlasst, dass das Protokoll so bald wie möglich beigebracht wird und wir werden auf Grund des Textes entscheiden, welche Vorgangsweise zu wählen ist.

Von den Abgen Mag Johann Gudenus und Mag Wolfgang Jung wurde ein Antrag an den Herrn Landeshauptmann betreffend generelles Bettelverbot gerichtet. Das Verlangen auf dringliche Behandlung dieses Antrages wurde von der notwendigen Anzahl von Abgeordnete-

ten unterzeichnet. Gemäß § 36 Abs 5 der Geschäftsordnung wird die Beantwortung des Dringlichen Antrages vor Schluss der öffentlichen Sitzung erfolgen. Ist diese um 16 Uhr nicht beendet, wird die Landtagssitzung zur tagesordnungsmäßigen Behandlung des Dringlichen Antrages unterbrochen.

Die Postnummer 1 der Tagesordnung betrifft den Bericht des Rechnungshofes gemäß Art 1 § 8 Bezügebungsgesetz, BGBl I Nr 64/97 für die Jahre 2008 und 2009. Ich bitte die Berichterstatlerin, Frau Amtsf StRin Frauenberger, die Verhandlung einzuleiten.

Amtsf StRin Sandra **Frauenberger**: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich bitte um Zustimmung zur Postnummer 1.

Präsident Johann **Herzog**: Zum Wort ist niemand gemeldet. Wir kommen zur Abstimmung. Ich bitte jene Mitglieder des Landtages, die den vorliegenden Bericht des Rechnungshofes zur Kenntnis nehmen wollen, um ein Zeichen mit der Hand. - Das ist einstimmig beschlossen. Ich danke.

Postnummer 2 der Tagesordnung betrifft die Ermächtigung des Ausschusses für europäische und internationale Angelegenheiten zur Abgabe von Stellungnahmen an den Bundesrat beziehungsweise an den EU-Ausschuss des Bundesrates. Ich bitte den Herrn Berichterstatter, Herrn Abg Strobl, die Verhandlung einzuleiten.

Berichterstatter Abg Friedrich **Strobl**: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich bitte Sie um Zustimmung zu Postnummer 2.

Präsident Johann **Herzog**: Ich danke. Zu diesem Tagesordnungspunkt hat sich Abg Dr Tschirf gemeldet, ich erteile ihm das Wort.

Abg Dr Matthias **Tschirf** (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Das Thema Europa ist eines, das zu Recht als erster inhaltlicher Punkt auf der Tagesordnung steht, und der Vertrag von Lissabon, der eine Vertiefung der Mitwirkung auch der Parlamente vorsieht, setzt hier einen richtigen Schritt. Ich möchte in Erinnerung rufen, dass die Diskussion des Einbindens von Parlamenten und Parlamentariern eigentlich zurückgeht auf die Situation Mitte der 80er Jahre, als damals Jaques Delors mit dem Vertiefungsprozess ein völlig anderes Europa geschaffen hat, einen Vertiefungsprozess, den wir heute mehr denn je brauchen, Vertiefung vor allem in wirtschaftlichen Fragen, Vertiefung auch von Europa als Gemeinsames in einer Zeit, in der dieses Europa noch nicht gedacht hat, dass der Eiserne Vorhang fällt.

Gerade diese Vertiefung war der Grund, warum deutsche Bundesländer damals hergegangen sind - es waren das schwarze Bayern und das rote, ich glaube, rote oder rot-grüne Bundesland Nordrhein-Westfalen, die als erste gesagt haben, der politische Prozess darf nicht auf der Ebene der Regierungen und der Beamten enden, sondern es müssen auch die Landtage einbezogen werden. Und es gab auch einen längeren Prozess, den wir ebenfalls verspürt haben, denn diese Diskussion haben wir auch hier in diesem Landtag geführt, dass sehr wohl EU-Angelegenheiten, der Prozess der Weiterentwicklung

des Acquis, ein Prozess ist, der auch hier in diesem Landtag zu diskutieren ist und in diesem Landtag auch zur Sprache kommen sollte.

Das war nicht so und ich bin froh, dass es jetzt einen Europausschuss gibt mit echten Möglichkeiten, und dass das nicht nur eine Kommission ist, und es ist wichtig so, weil es geht letztlich in der Frage Europa um mehr. Wir wissen gerade aus den Krisensituationen der letzten Wochen - ich sage jetzt nur, Libyen, ich sage auch, der Umgang mit der Situation in Japan -, dass alles nur auf europäischer Ebene lösbar ist, und wenn wir uns die Situation in unserer Nachbarschaft ansehen: Der Erweiterungsprozess, der sich hier abgespielt hat, ist nur gesamteuropäisch möglich und nicht, indem das einzelstaatliche Denken des 18. und 19. Jahrhunderts noch gang und gäbe wäre.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, daher ist es für uns wichtig, dass wir gerade auch hier in diesem Landtag erkennen, dass wir gerade aus unserer Verantwortung für Europa, umgeben auch von sehr schwierigen Regionen, damit meine ich nicht nur Nordafrika, sondern auch Teile von Asien und gleichzeitig im wirtschaftspolitischen Wettbewerb mit den Großen, mit China, mit Indien, nicht als Österreich alleine agieren können, sondern da müssen wir im europäischen Gesamtkontext entsprechend in Erscheinung treten.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Europa darf aber nicht nur ein Lippenprojekt sein, Europa muss ein Projekt sein, wo die Menschen mitgenommen werden, und das ist auch die Aufgabe der Landtage, das ist die Aufgabe von uns auf der kommunalen Ebene, dass wir hier vermitteln, dass das eigentlich völlig alternativlos ist. Alternativlos, damit Europa nicht in irgendeiner Nische dieser Welt lebt, sondern dass Europa tatsächlich etwas ist, was in Wien, in den Bezirken, auf der regionalen Ebene, mitgelebt wird. Wir sind daher für die Fortsetzung des Prozesses, dass in den Rechtssetzungsprozess auch die kommunale Ebene eingebunden wird.

Ich möchte aber zum Schluss etwas noch sagen, weil vorhin Kollege Woller die Finanztransaktionssteuer in einer rot-schwarz Mentalität dargestellt hat, und dass das eine Frage ist, die jetzt auf der einen Seite von den guten Sozialdemokraten gewünscht und von den bösen Konservativen abgelehnt wird. Lieber Ernst Woller, das ist nicht so, weil gerade Österreich, und zwar schon die letzten Regierungen, haben immer das vertreten, Angela Merkel vertritt das, und zufälligerweise ist es am Finanzplatz London egal, ob das eine Labour-Regierung ist oder ob es eine konservativ-liberale Regierung ist, wo halt einfach wahnsinnig viel Geld damit gemacht wird. Interessanterweise holen sich die Briten das dann aus den individuellen Besteuerungen, aber da sind Sie dagegen. Aber daraus sieht man, dass es auch hier notwendig ist, mehr gemeinsame Möglichkeiten in diesem Europa zu haben, damit wir wirtschaftlich und auch was den Friedensprozess betrifft, in die Zukunft gehen. Das ist ein Anliegen für Wien, ein Anliegen für Österreich, für ganz Europa. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident Johann **Herzog**: Die nächste Wortmeldung ist von Abg Mag Jung.

Abg Mag Wolfgang **Jung** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Das eigentliche Geschäftsstück ist in der Umsetzung an sich eine Selbstverständlichkeit auf Grund des Ergebnisses von Lissabon. Ich teile allerdings nicht ganz den Optimismus meines Vorredners. Die Einbindung ist ein richtiger Schritt, ob eine wirkliche Vertiefung damit erfolgen wird, da habe ich Zweifel, er hat es selber angesprochen. Das Ganze darf nicht auf Beamtenebene hängen bleiben.

Wie schaut die ganze Sache aber wirklich in der Praxis aus? Die Kommission, ein nicht demokratisch gewähltes und nicht direkt demokratisch legitimes Instrument, sondern das Ergebnis des Auspackelns verschiedener Staaten mit dem Schwergewicht der Großen Deutschland, Frankreich, Großbritannien - Italien ein bisschen im Hintergrund -, die bestimmen, wer in die Kommission kommt. Die Kommission betätigt sich als Gesetzgeber, das Europäische Parlament, normalerweise sind die Parlamente die Gesetzgeber, kann im Wesentlichen abnicken und ein bisschen was dazu sagen, nicht viel mehr. Wenn jetzt ein Kommissar vor hat, eine Regelung einzuführen, dann gibt er uns die bekannt, dann geht es jetzt an das österreichische Parlament, an den Nationalrat, an den Bundesrat, der gibt es an uns weiter und wir werden das dann, wie weit, das ist ohnehin leider noch offen, da ist ja vieles noch ungeklärt, hier bei uns im zuständigen Ausschuss behandeln. Dazu sind insgesamt acht Wochen Zeit, einschließlich der Übersetzungen und Übersendungen und der Antwort. Sie können sich vorstellen, wie viel Zeit wirklich besteht, diese zahllosen, ja wirklich zahllosen Regelungen, dann zu überprüfen, wobei wir ja heute noch gar nicht wissen, wie wir uns im Land Wien diese Regelungen ansehen werden. Was werden wir bekommen, wie viel Zeit werden die Mandatare in Wirklichkeit haben. Und außerdem besteht ein geradezu unglaubliches Ungleichgewicht zwischen dem jeweiligen Parlament und der Bürokratie. Die Bürokratie hat massenhaft Beamte zur Verfügung, hier sitzt jeder von uns Mandataren im Wesentlichen für sich alleine, wenn der Klub groß genug ist, gibt es vielleicht noch einen Referenten oder einen halben Referenten für diesen Bereich. So sieht es in Wirklichkeit aus, und das ist, wie alles in der EU, großes Blendwerk, es wird viel Durchsichtigkeit, viel Durchschaubarkeit vorgeheuchelt, die Praxis schaut anders aus. Und selbst dann, wenn wir uns an den Bundesrat wenden und eine dieser Subsidiaritätsrügen oder Subsidiaritätsklagen vielleicht anregen - weil mehr als anregen können wir es ja nicht -, da muss einmal dort das beschlossen werden und dann muss einmal die Bundesregierung in Wirklichkeit, theoretisch ist es das Parlament, in Wirklichkeit aber die Bundesregierung, zustimmen und auch die kann noch abgewiesen werden. Und wie es mit der Härte unserer Bundesregierung gegenüber Brüssel bestellt ist, das haben wir ja zur Genüge negativ erfahren.

Wir haben heute sehr viel über Budget und über Geld geredet, man blendet hier das Parlament oder die Parlamente vom Nationalrat bis zu uns herunter, darin, dass man ihnen vorgaukelt, dass sie wirklich Möglichkeiten

haben, Einfluss zu nehmen, aber man blendet noch viel mehr die Bürger, denen man vorgaukelt, hier etwas für Österreich und für die österreichischen Interessen tun zu können. Und nachdem auch die budgetären Auswirkungen des Bundes, wie wir ja heute bereits gehört haben, sich massiv auf die Stadt Wien auswirken, und vorher Kollege Woller den heldenhaften oder heroischen Kampf, oder wie immer er es genannt hat, der sozialistischen Regierungsmitglieder für Österreich in Brüssel angesprochen hat, da muss ich ihn zum Abschluss schon eines fragen:

Herr Kollege Woller, wo war denn der heldenhafte Kampf Ihres Bundeskanzlers, als es darum ging, uns gewaltige Schulden aufzuhalsen in dieser Zeit? 28 Milliarden EUR an Haftungen, Zusagen und Einlagen allein in diesem Jahr. 28 Milliarden EUR! Wir reden da um zig Millionen oder um Millionen streiten wir hier, und dort geht es um 28 Milliarden EUR. Es haut uns hinauf mit der Staatsverschuldung, es haut uns damit auch mit unserer Kreditwürdigkeit hinauf auf einen Bereich von 80 Prozent des BIP nach den letzten Regelungen. Das heißt, auch für Österreich wird es nicht so leicht werden, relativ günstige Kredite zu bekommen, ganz abgesehen von den Haftungen und von den Direkteinzahlungen, die wir hier zu leisten haben. Es ist eine Änderung - sie ist ja noch nicht umgesetzt - der Verfassung notwendig. Und zu dem allen geben die GRÜNEN ihre Zustimmung. Hätten Sie es nicht getan, wäre uns das erspart geblieben. Aber Sie klopfen hier große Sprüche.

Sie reden über Strasser und sonstige Leute, Sie reden Ihren Frust hinaus, weil Sie sich gegenüber der SPÖ nicht durchsetzen können und versuchen dann dauernd, diese schon langweilig gewordene und für unsere Arbeit relativ unwichtige Geschichte, mittels Strassers und anderer, abzulenken. Ich bin kein Freund von Herrn Strasser, ich habe mit ihm schon gestritten, da waren Sie noch in keinem Parlament, Herr Kollege. Aber, das hat mit unserer Arbeit wirklich nichts zu tun, und sie wollen nur ablenken von Ihrer eigenen Ohnmacht, und das geht einem mit der Zeit ein bisschen auf die Nerven. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Aber zurück hier zu diesen Milliardenbeträgen. Hier haben wir einen Bundeskanzler, der uns einmal etwas versprochen hat, in der Hoffnung, damit die Wahlen großartig zu gewinnen. Sie alle kennen das, was er gesagt hat: Dass zukünftig Vertragsänderungen, die österreichische Interessen berühren, durch eine Volksabstimmung in Österreich entschieden werden. Vertragsänderungen haben wir zweifellos da, sogar eine Änderung der Verfassung, die österreichische Interessen berührt. Ja, Herr Bundeskanzler, berührt diese enorme Neuverschuldung, berühren diese 2,8 Milliarden EUR Direktzahlung nicht österreichische Interessen? Da frage ich Sie auch, Herr Kollege Woller, wo war denn da der heroische Kampf des Bundeskanzlers? Ein Bauchfleck war es, ein ganz jämmerlicher Bauchfleck, und nicht mehr. Keine Rede davon, österreichische Interessen zu wahren.

Und jetzt frage ich Sie schon, denn er hat das ja ganz groß in einem Brief angekündigt. Wenn jemand etwas

verspricht und das nicht einhält, was ist der dann? Wenn jemand etwas sagt und es ist die Unwahrheit, was ist er denn dann, Herr Kollege Woller? Ist der dann wirklich ein großer Heroe, eine großer Held? Was ist mit der Volksabstimmung, die Ihre Regierung versprochen hat? Nichts, heiße Luft so wie alles, was Sie tun und wie so vieles, das Sie hier reden. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Präsident Johann **Herzog**: Zum Wort gemeldet ist Herr Abg Florianschütz.

Abg Peter **Florianschütz** (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*): Herr Präsident! Herr Berichterstatter! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich habe an und für sich auch auf Grund der Diskussion im Ausschuss gehofft, dass das jetzt hier eine ruhige, sachliche, und am Geschäftsstück orientierte Diskussion wird. So ganz ist das nicht gelungen, daher eine Zweiteilung.

Zuerst einmal zum eigentlichen Inhalt. Es vollzieht pragmatisch die Tatsache nach, dass zwischen der Anfrage und dem Einlangen einer Anfrage des Bundesrates an den Wiener Landtag und der Notwendigkeit einer Stellungnahme lediglich eine Frist von acht Wochen liegt, und diese Acht-Wochen-Frist nicht verstreichen soll. Wien ist ja nicht irgendeine Region, Wien ist eine der großen europäischen Metropolen und daher legen wir Wert darauf, dass unsere Meinung gehört wird. Demzufolge hat man sich pragmatisch entschieden - und das, denke ich, ist eine sehr kluge Lösung -, hier vorzuschlagen, den Ausschuss zu ermächtigen, eine Stellungnahme abgeben zu können, sodass diese auch rechtzeitig einlangt, damit der Vertrag von Lissabon mit Leben gefüllt wird. Das war ja einstimmig, und das ist ja eine kluge Geschichte, das kann man jetzt positiv und negativ sehen. Negativ hat es keiner gesehen, man kann es optimistisch oder pessimistisch sehen, ich sehe das jetzt optimistisch. Es ist eine Stärkung des Parlamentarismus, es ist eine Stärkung der Regionen, es ist ein wichtiger Schritt hin zu einem echten europäischen Parlamentarismus. Das beklage ich durchaus auch, dass die parlamentarischen Formen im Bereich Europas noch nicht so sind, wie ich mir das persönlich wünschen würde, mit einer viel stärkeren Rolle des Europäischen Parlaments. In dem Zusammenhang sei erwähnt, ganz wahr ist es nicht, was hier gesagt wurde, dass die Kommission so völlig losgelöst vom Europäischen Parlament ist. Gerade auch der Vertrag von Lissabon gibt ja dem Europäischen Parlament auch stärkere Mittel in die Hand. Zu wenig, zugegeben, aber es ist auch das ein Schritt in die richtige Richtung und man soll nicht immer alles, auch wenn es langsam geht, schlechtreden, sondern man soll sich an Fortschritten dieses Prozesses erfreuen, und das tue ich jetzt hier.

Das Zweite ist, der Ausschuss für europäische und internationale Angelegenheiten, und auch da bin ich sehr glücklich, dass es einen solchen Ausschuss gibt, wird, denke ich, eine wichtige Rolle spielen. Das zeigt sich alleine daran, dass sich der Herr Landeshauptmann persönlich die Zuständigkeit für diesen Ausschuss zugeordnet hat, und das zeigt auch, dass das eine wichtige

Frage der Stadtaußenpolitik und der städtischen Gestaltung ist. Und das hängt auch damit zusammen, meine Damen und Herren, dass uns nicht egal sein kann, wie sich Europa und unser europäisches Umfeld entwickeln.

Und dazu ein Gedankengang, auch weil es heute angesprochen worden ist: Natürlich hat Österreich und natürlich hat auch die Region Wien, das Bundesland Wien, Interesse, dass es so etwas wie eine starke gemeinsame europäische Währung gibt. Und so finde ich es natürlich richtig, dass sich der Herr Bundeskanzler auf europäischer Ebene bemüht hat, mit vielen anderen, über viele Parteigrenzen hinweg, einen Rettungs- und Stabilitätsschirm zu entwickeln, der diese europäische gemeinsame Währung stabilisiert. Und richtig ist, dass die Republik Haftungen übernommen hat. Haftungen sind nicht Zahlungen, (*Abg Mag Wolfgang Jung: Aber auch Zahlungen hat sie übernommen!*) Gott sei Dank sind Haftungen nicht Zahlungen, sonst säße das Bundesland Kärnten jetzt auf 20 Milliarden EUR wegen einer Bank. Und das ist ungefähr die Dimension des österreichischen Anteils am europäischen Rettungsschirm. Das muss man auch sagen. Jetzt wünsche ich uns allen, um es in den Worten meines Freundes Omar Al-Rawi zu sagen, Inshallah!, dass alles das nicht schlagend wird. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Das wünsche ich mir, aber wahr ist schon, dass es richtig gewesen ist, diesen Rettungsschirm zu errichten, genauso, wie es richtig gewesen ist, die Haftung für die Bank in Kärnten zu übernehmen, (*Abg Mag Wolfgang Jung: Zahlungen auch!*) weil sonst dort Blut, Schweiß und Tränen, mit Betonung auf Tränen, über uns nieder-sinken würden, meine Damen und Herren.

Also, das muss man schon auch gesagt haben, ohne Freude, und sine ira et studio, und nur sachlich merke ich es an, dass das auch kein, um es auf Wienerisch zu sagen, „Lercherlschäß“ ist. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Und das Zweite, als Gedankengang, meine Damen und Herren: Reden wir uns auch nicht immer, und das ist mir von der Begrifflichkeit, von der Terminologie wichtig, reden wir uns nicht immer die eigenen Institutionen schlecht. Da gibt es ein paar Ausdrücke, die ich gerne tunlichst meiden würde. Einer davon betrifft zum Beispiel das Wort des Packelns, das klingt so komisch. Es hat nichts mit Paket zu tun, sondern es hat damit zu tun, dass Menschen miteinander reden und Absprachen treffen, das hat viel mit Parlamentarismus und Demokratie zu tun, wenn sich die Menschen zusammensetzen und miteinander reden, und das hat nichts mit Einstimmigkeit zu tun, sondern sie sprechen sich ab. Wenn sie das so machen, dass es den demokratischen Gepflogenheiten entspricht, dass es transparent und öffentlich ist und dass niemand dabei unlauter profitiert, ist es legitim und daher nicht böse. Sagen wir lieber, wir halten uns an bestimmte Gepflogenheiten, und das würde ich mir wünschen. Und im Übrigen denke ich, und das hoffe ich auch, dass man diesem Geschäftsstück einstimmig zustimmen kann. Danke schön! (*Beifall bei der SPÖ.*)

Präsident Johann **Herzog**: Zum Wort gemeldet ist Herr Abg Margulies.

Abg Dipl.-Ing Martin **Margulies** (*Grüner Klub im Rat-*

*haus*): Sehr geehrte Damen und Herren!

Nachdem meine Kollegin Monika Vana heute in Budapest im Zuge einer Tagung der Europäischen Grünen ist und es für sie eine Sternstunde wäre, heute diesen Beschluss mitzuerleben, das heißt, dass es tatsächlich einen Ausschuss gibt, der auch Stellungnahmen abgeben kann, habe ich mir gedacht, so ganz kurz muss ich mich doch zum Wort melden, um einer ihrer Herzensangelegenheiten der letzten Jahre tatsächlich Tribut zu zollen. Und ich freue mich, dass es unter Rot-Grün gelungen ist. (*Abg Mag Wolfgang Jung: Eine alte freiheitliche Forderung! – Heiterkeit im Saal.*) Der Kollege Jung hat so etwas von überhaupt keine Ahnung, das ist wirklich unglaublich, es strotzt vor ... Nein, ich erspare mir jetzt den Ordnungsruf, Hauptsache der Kollege Jung spricht.

Es macht ihm unglaublich viel Freude, sich reden zu hören. Es macht ihm unglaublich viel Freude zu applaudieren. Er ist auch gern der Klassenkasperl hier im Saal. Hauptsache er ruft hinein, Hauptsache er ist zufrieden, dann ist der Kollege Jung von der Freiheitlichen Partei tatsächlich in seinem Element. Inhaltlich zu sagen hat der Kollege Jung nie etwas, sonst würde er sich öfters zum Wort melden. Das macht er so gut wie nie. (*Abg Dr Kurt Stürzenbecher: Das ist eine positive Formulierung!*) Hin und wieder kommt er heraus und schimpft dann in einer Tirade, aber zur Europapolitik hat er noch nie geredet. Auch sonst hat der Kollege Jung bislang noch nicht gezeigt, weshalb er eigentlich in diesem Hause sitzt. Macht nichts, lassen wir ihn weiterreden!

Nichtsdestoweniger möchte ich auf die Europäische Union zu sprechen kommen und den einen oder anderen Punkt, wo ich es dann auch für wesentlich halte, dass dieser Ausschuss tatsächlich Stellungnahmen abgibt, anreden.

Ich glaube, einer der zentralen Punkte, wo es schon bisher ganz wichtig war, dass insbesondere die Städte in Europa erbitterten Widerstand geleistet haben, war die immer wieder in der Kommission aufkeimende Idee der Liberalisierung des öffentlichen Nahverkehrs, der gänzlichen Liberalisierungen im Sozialbereich, im Gesundheitsbereich et cetera. Hier bedarf es einer starken Phalanx der Städte, um diesem entgegenzuwirken. Auch wenn kurzfristig jetzt mit der PSO-Verordnung, im Jahr 2007 wurde sie beschlossen, 2010 hat sie Gültigkeit erlangt, ein kleiner Erfolg errungen wurde, dass tatsächlich Kommunen ihren öffentlichen Personennahverkehr direkt vergeben können, sich selbst überlegen können, wie sie den öffentlichen Nahverkehr gestalten wollen, so merkt man, dass die Geldkofferpolitiker der christlich-demokratischen Reichshälfte immer wieder versuchen, aufs Neue alle Bereiche des öffentlichen Lebens zu liberalisieren. Da liegt es gerade an den Städten, ganz massiv dagegen aufzutreten und ganz massiv darauf zu schauen, dass Ländern, Gemeinden die Möglichkeit erhalten bleibt, ihren eigenen Wohlfahrtsstaat, ihren Sozialstaat, ihren öffentlichen Verkehr so zu erbringen, wie sie es für richtig halten. Denn hier gilt das Subsidiaritätsprinzip. Hier gilt, dass die kleineren Einheiten sehr wohl oft wissen, was richtig ist und dass man sich nicht

von einer Europäischen Union vorschreiben lassen muss, alles und jedes wäre an Private auszuschreiben und zu vergeben.

In einem anderen Punkt, mag ich nicht verhehlen, ist die Europäische Union tatsächlich auch ein Vorbild und könnte es für viele andere Länder, aber auch noch für Wien sein. Die öffentliche Sichtbarkeit von Dokumenten innerhalb der Europäischen Union ist in extrem hohem Ausmaß gegeben. Von einem Gesetzwerdungsprozess, ich sage jetzt bewusst dazu, nicht Richtlinie, bis hin zu Verwaltungsakten ist in der Europäischen Union unglaublich viel nachzuvollziehen. Die Schwierigkeit daran ist nur, dass es nicht so einfach ist, diese Vielzahl von Texten zu finden, zu ordnen und auch für die politische Arbeit tatsächlich zu verwenden. *(Abg Mag Wolfgang Jung: Genau das habe ich gesagt!)* Die Aufbereitung der Texte, die Aufbereitung der Dokumentation der Europäischen Union lässt zu wünschen übrig, ist aber vorhanden. Deshalb glaube ich, dass sich hier die öffentliche Hand in Österreich, in Wien sehr wohl ein Beispiel daran nehmen kann.

Wo ich hingegen, und deshalb möchte ich ganz bewusst in aller Ruhe noch einmal auf die letzten Entscheidungen innerhalb des Europäischen Rates, möglicherweise auch in der Europäischen Union, zurückkommen, große Skepsis habe, ist die ganze Frage Euro-Rettungsschirm, Euro-Plus-Pakt. Ich möchte versuchen, kurz zu erklären, wo die zentrale Kritik am Euro-Rettungsschirm liegt. Wir sind momentan in einer Situation, durch Griechenland, durch Portugal, durch Irland ... Ich war ganz überrascht, als seitens der FPÖ gekommen ist, wir befinden uns in einem Wettbewerb mit Irland. *(Abg Mag Wolfgang Jung: Mit den niedrigen Steuern!)* Gerade gestern wurde bekannt, dass die Banken zusätzlich 24 Milliarden EUR benötigen. Wer wird diese denn schon wieder bezahlen? - Die breite Masse der Bevölkerung. Nicht diejenigen, die von den Gewinnen dieser Banken profitiert haben. *(Abg Mag Wolfgang Jung: Das hat aber auch niemand gesagt!)* Die einzige Möglichkeit, dass man diejenigen trifft, die dabei gewonnen haben, nämlich die Menschen, die damit ein Vermögen angehäuft haben, weil wer kein Vermögen angehäuft hat, hat diese 24 Milliarden EUR wahrscheinlich nicht, das heißt, wenn man wirklich will, dass diejenigen die Zeche bezahlen, die diese Bankenkrise verursacht und dabei auch noch profitiert haben, wird man um eine Vermögenssteuer nicht herumkommen. Ich sehe Nicken. *(Abg Mag Wolfgang Jung: Ja, ich stimme Ihnen zu!)* - Sie stimmen mir zu! Jetzt habe ich leider vergessen, wer von Ihrer Partei gesprochen hat. Nein, der Kollege Schock hat die Vermögenssteuer auf das Schärfste verdammt. *(Abg Mag Wolfgang Jung: Nein, hat er nicht gemacht!)* O ja, aufs Schärfste verdammt! Vermögenssteuern sind fast kommunistisch, hat er gesagt. Und Sie stimmen zu, wenn man sozusagen diejenigen, die die Bankenkrise verursacht haben, treffen will, dann braucht es eine Vermögenssteuer. Ich nehme das zur Kenntnis. *(Abg Mag Wolfgang Jung: Es ging um die Erhöhung der Gebühren und Abgaben! Das haben Sie verwechselt!)*

Aber ich wollte eigentlich ausführen, was die Proble-

matik hinter diesem Rettungsschirm ist, wenn im Normalfall in Österreich eine Firma in Konkurs geht. Wenn wir uns die Konkursstatistik anschauen, um mit einem weiteren Märchen aufzuräumen, nur die öffentliche Hand wirtschaftet schlecht, waren die 10 größten Konkurse, weit über 3 Milliarden EUR, private Firmen, die alle nicht wirtschaften können. *(Abg Mag Wolfgang Jung: Das ist die öffentliche Hand!)* Nur, um einmal klarzulegen, es ist nicht die öffentliche Hand, es gibt verantwortliche Personen. Manchmal können verantwortliche Personen etwas, manchmal können sie es nicht. *(Abg Mag Wolfgang Jung: Zum Beispiel Bundesbahnen, Flughafen Wien!)*

Die Bundesbahnen. Das war ein Hölzl. Das wollte ich mir eigentlich sparen, aber Sie sprechen es an. Es gab zwei Bereiche, in denen die FPÖ vom Jahr 2000 bis zum Jahr 2006 maßgeblich tätig war. Das waren die ÖBB und Seibersdorf. Sie haben mit den ÖBB das gemacht, was den Kollegen Neuhuber freut. Sie haben die ÖBB zu einem Konkursfall gemacht, und der Kollege Neuhuber würde es am liebsten privatisieren. Aber es waren Ihre Leute, die sich an den ÖBB und an Seibersdorf gestoßen haben! Minister, die nichts zusammengebracht haben, wurden Vorstandsdirektoren bei den ÖBB! Selbst ein Martin Graf war drei Jahre lang in Seibersdorf und hat es an den Rand gefahren. Mit welcher Abfertigung wurde Martin Graf für sein Nichtstun verabschiedet? Was hat er geleistet? 240 000 EUR für sein Nichtstun hat sich Martin Graf als Abfertigung noch nachwerfen lassen! *(Beifall von Abg Senol Akkilic.)* Der Herr Parlamentspräsident, der es notwendig hat! Und Seibersdorf war am Rande des Konkurses! Noch immer sitzen viel zu viel FPÖler in leitenden Funktionen und verhindern, dass Seibersdorf, das Austrian Research Center, wieder gescheit arbeiten kann! *(Abg Mag Wolfgang Jung: Jetzt hören Sie doch einmal auf damit! Zählen Sie mir bitte die vielen FPÖler auf!)*

Aber kommen wir zurück zu Griechenland, zu Portugal und zu Irland. Was hat den Euro in Gefahr gebracht? Wirklich das griechische Defizit oder die Zusicherung, man darf Griechenland nicht in ein Ausgleichsverfahren gehen lassen? Bei allen ist es dasselbe. Ein Ausgleichsverfahren darf nicht passieren. Das bringt den Euro unter Druck. Wenn für einen Staat, der überschuldet ist, ein Ausgleichsverfahren so wie für einen Privaten möglich wäre, hätte das null Auswirkung auf die Stabilität des Euros. Das ist das zentrale Problem dahinter. *(Abg Ing Mag Bernhard Dworak: Aber die Kommunen sind alle vernetzt, Herr Kollege!)*

Noch einmal, es geht darum, wer die zentralen Käufer in Europa von griechischen Staatsanleihen zu einem Zeitpunkt gewesen sind, wo die griechische Staatsanleihe 8 Prozent Rendite geboten hat. Wer war das? *(Abg Ing Mag Bernhard Dworak: Banken!)* - Banken und Versicherungen, die sich, um diese Staatsanleihen zu kaufen, von wem um 1 Prozent Euro-Geld geliehen haben? Von der Europäischen Zentralbank. Das heißt, das, was wir jetzt mit dem Rettungsschirm machen, ist, die Differenz von 7 Prozent, weil es mit Sicherheit keinen Abschlag gibt, den Banken zuzuschieben und bezahlen tun es wir alle. Bezahlen tun es wir mit 400 Millionen EUR

jährlich, die uns fehlen, die uns fehlen zur Bekämpfung von Arbeitslosigkeit, die uns fehlen für einen Gratiskindergarten, die uns fehlen zur Bekämpfung von Armut, die uns in Wirklichkeit fehlen im Bereich der Pflege, im Bereich der Gesundheitssicherung, im Bereich der Bildung, die uns fehlen beim ökologischen Umbau.

Öffentliche Gelder, die eigentlich sinnvoll genutzt werden können, fließen in die Banken. Und wem gehören diese Banken und Versicherungen? Die gehören ja jemandem. Irgendwo stehen am Ende entweder ein Großunternehmen, das viele Aktien hat, oder Einzelpersonen. Ganz am Ende stehen immer irgendwo Einzelpersonen, die daran verdienen. So werden öffentliche Gelder zu den Reichsten der Welt auf Kosten von uns allen verschoben.

Das lehne ich ab! Ich würde mich freuen, weil Sie oft zustimmend genickt haben, wenn Sie uns in diesem Kampf unterstützen würden! - Ich danke sehr. *(Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.)*

Präsidentin Marianne **Klicka**: Zum Wort ist niemand mehr gemeldet. Die Debatte ist geschlossen. Der Herr Berichterstatter verzichtet auf das Schlusswort.

Wir kommen daher zur Abstimmung. Ich bitte jene Mitglieder des Landtages, die der Postnummer 2 ihre Zustimmung geben wollen, um ein Zeichen mit der Hand. - Ich stelle die Einstimmigkeit fest.

Wir kommen nun zur Postnummer 3 der Tagesordnung. Sie betrifft den Bericht des Kuratoriums der Museen der Stadt Wien über das Jahr 2009. Ich ersuche den Berichterstatter, Herrn Amtsf StR Dr Mailath-Pokorny, die Verhandlung einzuleiten.

Berichterstatter Amtsf StR Dr Andreas **Mailath-Pokorny**: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich bitte um Zustimmung zu diesem Akt.

Präsidentin Marianne **Klicka**: Zu diesem Tagesordnungspunkt hat sich Herr Abg Ing Mag Dworak zum Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

Abg Ing Mag Bernhard **Dworak** (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Ich wünsche dem Herrn Berichterstatter baldige Genesung. *(Amtsf StR Dr Andreas Mailath-Pokorny: Danke sehr!)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordneten! Frau Präsidentin! Herr Landesrat!

Wir diskutieren heute leider den Bericht aus dem Jahre 2009. Wir hätten das vielleicht schon früher machen können, aber hier war der Gemeinderatsausschuss Kultur und Wissenschaft etwas säumig. Wir hätten das nämlich schon im Vorjahr machen können.

Trotzdem, auch wenn der Bericht etwas älter ist, bleibt die zentrale Frage zum Thema Wien Museum. Es geht um die Neuaufrichtung der Dauerausstellung im Haus des Wien Museums am Karlsplatz. Diese wartet bekannterweise noch immer auf eine Lösung. Auch wenn im rot-grünen Koalitionspapier festgehalten wurde, dass es ein neues Wien Museum geben soll und dass es sich um ein architektonisches Leitturmprojekt handeln sollte, steht heute dieses Projekt - ich kann das ruhig sagen - in den Sternen. Bekannterweise ist Geld in dieser Stadt knapper geworden. Die Frau Finanzstadträtin hat gestern in einem Interview und heute im „Kurier“

davon gesprochen, dass es noch lange ein Defizit für diese Stadt geben wird. Also, Geld muss man in Zeiten wie diesen suchen.

Aber für uns steht nicht zuerst der Bau zur Diskussion, sondern der Inhalt dieses Museums. Auch wenn Herr Direktor Kos mit seinen zehn Thesen zu einem neuen Wien Museum interessante Vorschläge zu seinem Haus - seine unter Anführungszeichen gesetzt - hat, ist uns das insgesamt zu wenig. Hier sind nämlich zuerst die Inhalte breit auf wissenschaftlicher Ebene unter Beteiligung nationaler und internationaler Experten zu diskutieren und festzulegen. Auch in der Öffentlichkeit muss diese breite Diskussion einen Niederschlag finden. Für uns ist dann erst ein Flächen- und Raumbedarf auszuarbeiten und dann kann man erst von einem Standort für ein Wien Museum sprechen.

Die ÖVP spricht sich natürlich für die Möglichkeit der Neuaufrichtung der Schausammlung aus. Für uns gibt es derzeit drei Varianten:

Zuerst die Renovierung und der Ausbau des Haerdtl-Baus am Karlsplatz, auch eventuell unter Einbeziehung des Künstlerhauses. Aber, wie Sie, meine Damen und Herren, sicher wissen, ist die Renovierung eines Museums, auch wenn es ein noch so kleines Museum ist, nicht einfach. Ich meine, das Jüdische Museum in Wien ist sicherlich kein kleines Museum, aber Sie wissen, welche Problematik bei dieser Renovierung entstanden ist. Der Neid ist ein Hund, wie man so schön in Wien sagt. Hier ist die Diskussion um die Renovierung keine einfache und das wünsche ich dem Wien Museum nicht. Also für uns zuerst die Renovierung und dann sollte es eben auf dem Karlsplatz sein. Das wäre eine sehr interessante Variante.

Der zweite Punkt, bei einem kompletten Neubau haben mein Kollege Franz Ferdinand Wolf in der letzten Periode und auch meine Kollegin Isabella Leeb von einem Standort am Ende des Naschmarkts gesprochen, wo derzeit Parkflächen vorhanden sind.

Oder als dritten Standort eines Neubaus könnte ich mir auch den Morzinplatz vorstellen.

Ablehnen würde ich die Wüste um den neu zu errichtenden Zentralbahnhof. Ich kann mir nicht ein Wien Museum neben einem Hochhaus der Erste Bank vorstellen. Ich glaube, das wäre nicht unbedingt der beste Standort.

Ich halte es aber auch für vollkommen falsch, dass Herr StR Mailath-Pokorny in einer Aussendung von 30 bis 70 Millionen EUR für einen Neubau spricht, wenn man heute nicht einmal die Flächen und die Inhalte festlegt. Das ist mein wesentlicher Beitrag zum Standort und zur Renovierung des Wien Museums.

Dann möchte ich auch noch zu ein paar Punkten, die in diesem Kuratoriumsbericht enthalten sind und die mit dem Neubau zusammenhängen, sprechen: Einerseits ist es das Depot, das im Jahr 2008 und 2009 auf gutem Wege war und wo man sich darauf geeinigt hatte, dass es neu errichtet werden wird. Das ist im Zuge dieser Neubaudiskussion auf der Strecke geblieben. Das tut mir persönlich leid, denn nach wie vor ist bekannt, dass das Kontrollamt im Jahre 2006 von Gefahr in Verzug für rund 1,5 Millionen Kunstgegenstände, die im Besitz des Wien



Museums sind gesprochen hat. Man weiß nicht, wo diese 1,5 Millionen Kunstgegenstände hinkommen sollen. Ich hoffe, dass man im Zuge des Projekts auch für dieses Thema eine Lösung findet.

Positiv finde ich im Kuratoriumsbericht die Eingliederung der Stadtarchäologie in das Wien Museum. Hier konnte man sogar einmal eine Einsparung vornehmen. Unsere Kritik hat sich offensichtlich durchaus bewährt. 281 000 EUR konnten eingespart werden.

Abschließend möchte ich noch zu den Außenstellen des Wien Museums etwas sagen: Der positive Umbau des Römermuseums und die Renovierung des Haydn-Museums sind in dem Sinn hervorzuheben. Aber es gibt natürlich auch Probleme, wie unter anderem die Hermesvilla und die schwierige Location, die Gastronomie, die Schließung des Modemuseums. All diese Dinge stehen dort an. Und als letzten Punkt der Otto-Wagner-Hofpavillon, der offensichtlich für längere Zeit nicht nutzbar wird.

Wir werden dem Kuratoriumsbericht für das Jahr 2009 selbstverständlich zustimmen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsidentin Marianne **Klicka**: Als Nächste zum Wort gemeldet ist Frau Abg Schinner. Ich erteile es ihr.

Abg Katharina **Schinner** *(Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates)*: Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Herr Berichterstatter! Sehr geehrte Abgeordnete!

Zuallererst bedanke ich mich eigentlich schon einmal, oder führe das vielleicht als Erstes an, dass es im Ausschuss und jetzt, so wie ich es sehe, auch hier bereits eine Einstimmigkeit gegeben hat.

Ich glaube, damit ist schon einmal ganz viel dazu gesagt worden, was diesen Kuratoriumsbericht betrifft.

Zu meinem Vorredner: Was für mich irgendwie nicht ganz logisch nachzuvollziehen ist, man sagt einerseits, das steht jetzt in den Sternen und tut irgendwie so, da gibt es irgendwie gar nichts, es geht alles zu langsam, dann sagt man aber irgendwie, drei Minuten später, man hätte eigentlich gern, dass das alles schon gestern passiert wäre und man irgendwie schon ein Museum hat. Da bin ich schon der Meinung, wenn man sich mit so einer wichtigen Entscheidung trägt, ist das klein Spleen, weil das auch vorher gefallen ist, der Geschäftsführung, sondern das ist eine große und wichtige Entscheidung der Stadt Wien, ein solches Wien Museum zu errichten. Man macht es auch nicht so, wenn man sich ein Einfamilienhaus kaufen möchte, dass man sagt, schnell werden ein paar Entscheidungen getroffen und dann stellt man das hin, weil man muss schlussendlich eine Zeit lang, und meistens eine lange Zeit, in diesem Haus leben. Dieses Haus wird schlussendlich auch von den Wienerinnen und Wienern angenommen oder nicht angenommen. Es soll ein Meilenstein für unsere Stadt sein. Ich glaube, eine solche Entscheidung hat jedes Recht für Zeit, für Geduld, für Grundlagen, die evaluiert werden müssen, und für einen Prozess, bei dem sich alle beteiligen. Ich glaube, gerade wenn man sich das Wien Museum und diesen Prozess, der dort stattfindet, anschaut, sowohl mit externen wie mit internen Experten, sowohl mit der Kulturab-

teilung wie auch mit der Geschäftsführung, wenn ich an das Symposium denke, wo, glaube ich, auch Sie, Herr Dworak, dort waren, dass gerade so ein großer Diskussionsprozess aufgesetzt ist, der ganz wichtig ist und jede Zeit erlaubt.

Erlauben Sie mir auch zu sagen, wenn man sich zum Beispiel das Ruhr Museum in Essen anschaut, hat es dort acht Jahre Planungszeit gebraucht, die notwendig waren. Dann ist es auch, wenn man den Vergleich nicht scheut, gang und gäbe.

Dieses Zeitfenster möchten wir uns nicht wegnehmen lassen. Das möchten wir uns nicht kleinreden lassen, sondern darauf bestehen wir, weil wir bauen dieses Museum im Auftrag der Wienerinnen und Wiener. Darunter verstehe ich, man muss sich auch anschauen, welche Möglichkeiten man hat. Ich finde es superkonstruktiv, dass auch von euch sehr konkrete Vorschläge gekommen sind, ob man dann eben sagt, man schaut sich das doch am Karlsplatz an, wie man das umbauen und ausbauen kann. Das finde ich toll. Ich glaube, alle diese Anregungen sind sowohl von der Geschäftsführung des Wien Museums als auch vom Stadtrat herzlich willkommen. Vielleicht gibt es da auch die Möglichkeit, denn vorhin ist auch das Wort Naschmarkt gefallen, auch diese Ideen irgendwie konkreter auf den Tisch zu legen. Ich glaube, dass es nämlich gerade auch darauf ankommen wird, wie breit wir diese Diskussion miteinander führen und dass das, was schlussendlich am Ende des Tages herauskommt, dann auch wirklich etwas ist, auf das wir alle stolz sind. Dafür, glaube ich, aus der Erfahrung heraus, darf man sich auch Zeit nehmen.

Zur Depotsituation noch ein Satz: Natürlich sehen wir, dass es dort Veränderungsbedarf gibt. Aber man muss doch schon ehrlich sagen, wenn wir jetzt davon reden, wie wir dieses Wien Museum neu gestalten, dann ist das Depot doch der Teil B und wir werden uns zuerst um den Teil A kümmern. Das Depot wird natürlich in allen Varianten mitgedacht werden. Ich glaube, auch hier bedarf es eines Moments mehr Ruhe und Zeit.

Abschließend, und das möchte ich schon noch hinausstellen, und ich glaube, das ist dann sozusagen auch die Brücke, die uns eint, möchte ich bei dieser Gelegenheit einfach Danke sagen. Das Wien Museum hat eine hervorragende wirtschaftliche, sparsame Führung, wie man sich das nur erwarten kann. Ich glaube, es ist wirklich unser Stadtmuseum, auf das die Kleinsten bis zu den Ältesten in unserer Stadt stolz sind und wo man jedes Mal echt das Gefühl hat, dass man wieder ganz viel über unsere Stadt gelernt hat. Wenn man sich auch die Projekte anschaut, die letztes Jahr umgesetzt wurden, mit dem Haydn-Jahr und anderem, möchte ich Danke sagen. Ich möchte dem Direktor Wolfgang Kos Danke sagen. Ich möchte dem Finanzdirektor Christian Kircher Danke sagen. Und ich möchte vor allen Dingen, weil das weiß ich auch, es hängt immer von ganz vielen kleinen und großen Händen ab, die hier zusammenarbeiten, jedem Mitarbeiter, der in dieser Museumslandschaft rund um das Wien Museum tätig ist, meine ausgesprochene Wertschätzung und Dankbarkeit zukommen lassen, denn das ist nicht selbstverständlich, dass wir so

gute und so viele Mitarbeiter in unserer Stadt haben, die sich hier engagieren. – Danke schön. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Präsidentin Marianne **Klicka**: Zum Wort ist niemand mehr gemeldet. Die Debatte ist geschlossen. Der Herr Berichterstatter hat, trotz starker Verkühlung, das Schlusswort.

Berichterstatter Amtsf StR Dr Andreas **Mailath-Pokorny**: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren!

Angesichts des ärztlichen Konsiliums, ich möge meine Stimme schonen, möchte ich nur das Dankeschön, das die Frau Abgeordnete gesagt hat, verstärken und mich bei den Mitarbeitern des Wien Museums herzlich bedanken.

Ich bitte darob um Ihre Zustimmung zu diesem Akt. - Danke sehr. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Präsidentin Marianne **Klicka**: Wir kommen nun zur Abstimmung. Ich bitte jene Mitglieder des Landtages, die den vorliegenden Bericht des Kuratoriums der Museen der Stadt Wien über das Jahr 2009 zur Kenntnis nehmen wollen, um ein Zeichen mit der Hand. - Ich stelle die Einstimmigkeit fest. Somit ist die Kenntnisnahme beschlossen.

Wir kommen zur Postnummer 4. Sie betrifft die erste Lesung der Vorlage eines Gesetzes, mit dem das Wiener Tierzuchtgesetz geändert wird. Berichterstatterin ist die Frau Amtsf StRin Mag Sima. Ich bitte sie, die Verhandlung einzuleiten.

Berichterstatterin Amtsf StRin Mag Ulli **Sima**: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich ersuche um Zustimmung zum vorliegenden Gesetzesentwurf.

Präsidentin Marianne **Klicka**: Da zu diesem Tagesordnungspunkt keine Wortmeldung vorliegt, kommen wir gleich zur Abstimmung. Ich bitte jene Mitglieder des Landtages, die der Vorlage einschließlich Titel und Eingang in erster Lesung ihre Zustimmung geben wollen, um ein Zeichen mit der Hand. - Ich stelle auch hier die Einstimmigkeit fest.

Ich schlage vor, die zweite Lesung dieser Gesetzesvorlage sofort vornehmen zu lassen. Ich ersuche jene Mitglieder des Landtages, die diesem Vorschlag ihre Zustimmung erteilen wollen, um ein Zeichen mit der Hand. - Das ist einstimmig beschlossen. Ich bitte daher jene Mitglieder des Landtages, die dem Gesetz in zweiter Lesung zustimmen wollen, um ein Zeichen mit der Hand. - Auch die zweite Lesung ist einstimmig beschlossen.

Wir kommen nun zur Postnummer 5 der Tagesordnung. Sie betrifft den Tätigkeitsbericht 2010 der Kinder- und Jugendanwaltschaft Wien.

Ich darf bei uns ganz herzlich die Anwälte der Kinder- und Jugendanwaltschaft, Frau Monika Pinterits und Herrn Dr Anton Schmid, begrüßen. - Herzlich willkommen bei uns im Wiener Landtag! (*Allgemeiner Beifall.*)

Ich ersuche den Berichterstatter, Herrn Amtsf StR Oxonitsch, die Verhandlung einzuleiten.

Berichterstatter Amtsf StR Christian **Oxonitsch**: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich bitte um Zustimmung zu diesem Bericht

der Kinder- und Jugendanwaltschaft, der wieder sehr ausführlich die Situation der Kinder und Jugendlichen und vieler damit in Verbindung stehender Projekte darstellt.

Präsidentin Marianne **Klicka**: Zu diesem Tagesordnungspunkt hat sich Frau Abg Dr Pils zum Wort gemeldet, und ich erteile es ihr.

Abg Dr Sigrid **Pilz** (*Grüner Klub im Rathaus*): Frau Präsidentin! Herr Berichterstatter! Meine Damen und Herren!

Das Tempo ist heute groß. Ich habe gedacht, es redet vorher noch jemand von der ÖVP. Aber sei's d'rum. Danke für die Worterteilung.

Ich habe mich gemeldet, weil wir heute bei diesem Tagesordnungspunkt, zu dem ich dann auch noch kurz in der Sache Stellung nehmen wollte, einen All-Parteien-Antrag hier einbringen wollen. Ich werde ihn einbringen, weil er auf Initiative der GRÜNEN und der SPÖ zurückzuführen ist.

Es geht nämlich um die aktuelle Debatte rund um die In-vitro-Fertilisation. Das hat sehr viel mit der Lebensqualität von Kindern, mit den Zukunftshoffnungen von Menschen, die sich mittels der In-vitro-Fertilisation für die Familiengründung von der Reproduktionsmedizin helfen lassen wollen, zu tun. Die Tatsache, dass es seit 1978 dazu auch die technische und medizinische Unterstützung gibt, hat für viele Paare die Möglichkeit eröffnet, sich mittels In-vitro-Fertilisation einen Kinderwunsch zu erfüllen. Die Bandbreite der Frauen, die das in Anspruch nimmt, ist sehr groß. Es gibt in ausgerissenen Fällen sogar 60-Jährige, die mittels IVF Kinder geboren haben. Es gibt in seltenen Fällen sogar Achtlinge, die da auf die Welt gekommen sind.

Das alles ist vermeintlich ein Erfolg, wiewohl es für viele Frauen ganz wichtig ist, dass es dieses Instrument gibt und dass der Wunsch sehr gut nachvollzogen werden kann, dass sich Paare mittels dieser reproduktionsmedizinischen Möglichkeiten ihren Kinderwunsch erfüllen. Aber man muss auch die Schattenseiten sehen. Man muss auch sehen, dass mit den Hoffnungen vieler Paare erstens Geschäfte gemacht werden und zweitens, dass die Erfolgsrate, von der hier gesprochen wird, in vielen Fällen eine ist, die sich dann nicht darin äußert, dass diese Frauen, die die In-vitro-Fertilisation an sich vollziehen lassen, dann nicht unbedingt glücklich mit einem Baby im Arm nach Hause gehen. Denn die Zentren, die hier die IVF anbieten, unterscheiden zwischen Schwangerschaftsrate und Baby-Take-Home-Rate. Die Baby-Take-Home-Rate ist jener Faktor, der wohl die Frauen und Paare veranlasst, eine In-vitro-Fertilisation zu machen. Niemand möchte einfach nur schwanger sein, sondern die Frauen wollen ein Baby bekommen.

Zwischen dieser Schwangerschaftsrate und der Baby-Take-Home-Rate klafft eine große Kluft. Es ist nämlich so, dass der IVF-Fonds, der seitens des Staates eine Förderung unter bestimmten Bedingungen für die Reproduktionsmedizin, also für die In-vitro-Fertilisation, vorsieht, damit sich Institute hier eintragen und registrieren lassen können, eine 18-prozentige Schwangerschaftsrate vorsieht. Das ist auch noch nicht berau-

schend, aber diese Schwangerschaftsrate ist noch lang nicht die Baby-Take-Home-Rate.

Die Frauen und die Paare, die sich hier vom Fonds unterstützen lassen, können bis zu 70 Prozent der Kosten seitens des IVF-Fonds übernehmen lassen. Das ist für viele sehr wichtig. Sie könnten sonst vielleicht gar nicht die Behandlung in Anspruch nehmen. Aber nachdem die Anzahl der Versuche limitiert ist, bei denen man finanziert wird, steigt der Druck auf die Frauen, Erfolg zu haben.

Der Druck steigt unter anderem auch dadurch, dass viele Frauen, die schon, was ihre Gebärfähigkeit betrifft, in ein höheres Alter kommen, den Eindruck haben, wenn sie es nicht durch verstärkte Versuche ermöglichen, dass sie vielleicht die Frist verpassen, in der sie ihr Kind auf die Welt bringen können. Das veranlasst dann durchaus Reproduktionsmediziner und -institute zu einem Vorgehen, das man hier nur kritisieren kann, nämlich dass vor allem in privaten Instituten die Zahl der Embryonen, die in die Gebärmutter transferiert wird, nicht begrenzt ist. Die Tatsache, dass es möglich ist, und dazu gibt es auch keine gesicherten Zahlen, dass drei und mehr Embryonen eingepflanzt werden, erhöht das Risiko für die Frauen des Mislingens der Schwangerschaft, aber auch das Risiko, durch Frühgeburten und ganz besonders frühe Frühgeburten eine Schädigung des Kindes und gesundheitliche Beeinträchtigungen in Kauf nehmen zu müssen.

Denn die Mehrlingsschwangerschaften nach IVF liegen in etwa bei 40 bis 50 Prozent. Renommierte Mediziner und Medizinerinnen in diesem Bereich sprechen davon, dass Mehrlinge kein Erfolg der Reproduktionsmedizin sind, sondern ein Ausdruck des Versagens derselben. Das sollte uns zu denken geben, denn diese extreme Frühgeburtsrate endet dann logischerweise in einer neonatologischen Intensivbehandlung, die invasiver, längerfristiger und risikoreicher ist. Sie können, wenn Sie sich dazu vertiefen wollen, im HTA-Newsletter vom vergangenen Dezember den Artikel von Frau Dr Maier, der Leiterin der Ambulanz für gynäkologische Endokrinologie und assistierte Reproduktionsmedizin in Salzburg, nachlesen, einer Frau vom Fach, die sehr kritisch mit der geltenden Praxis in Österreich umgeht.

All diese Umstände haben uns dazu veranlasst, das einmal auch von politischer Seite her kritisch anzuschauen. Sie haben sicher in den Medien verfolgt, der „Kurier“ hat eine ganz besondere Artikelserie dazu gemacht, dass es nicht nur die In-vitro-Fertilisation ist, sondern auch die hormonbehandlungsstimulierten Mehrlingsschwangerschaften, jetzt diese Fünflinge, die in Niederösterreich hoffentlich schlussendlich gesund aufwachsen können, ähnlich riskant zu bewerten sind wie die In-vitro-Fertilisation mit zu viel eingesetzten Embryonen.

All das hat die Regierungsparteien eben dazu veranlasst, hier einen Beschlussantrag vorzubereiten, dem heute die Oppositionsparteien dankenswerterweise beigetreten sind. Wir wollen, dass man die Erkenntnisse aus allen diesen Fakten zieht, dass man das in Erwägung zieht, was Schweden, England und Belgien mittlerweile schon getan haben, nämlich die Zahl der Embryonen, die man einsetzt, zu begrenzen.

In Schweden ist es überhaupt nur möglich, einen einzigen Embryo pro Versuch zu transferieren. Frauen können sich allerdings, damit die Belastung nicht zu groß ist, durch Einfrieren der anderen Embryos die Möglichkeit weiterer Versuche offenhalten. Das Fortpflanzungsmedizingesetz in Österreich erlaubt das Einfrieren von Embryonen bis zu zehn Jahren. Also wäre auch hier die Möglichkeit gegeben, dass man nicht nach dem Motto „Probieren wir, auf einmal alles zu erreichen!“ den Frauen die Möglichkeit gibt, das Risiko für eine Komplikation in der Schwangerschaft gering zu halten. Die schwedischen Erfahrungen sind da sehr gut. Die Baby-Take-Home-Rate ist nicht signifikant geringer als in jenen Ländern, wo man offensichtlich nach oben völlig unbegrenzt Einsetzungen erlaubt.

Die Datenlage in Österreich ist sehr schlecht. Das ist eines der Probleme. Private Institute teilen genau gar nichts mit. Der Bericht des Fonds über die In-vitro-Fertilisation spricht von Schwangerschaftsraten, aber nicht von Baby-Take-Home-Raten. All das ist, finde ich, auch im Sinne der informierten Patientenentscheidung, die die Frauen, die Paare treffen sollen, keine gute Ausgangslage. Ich habe mir die Mühe gemacht, mir die einzelnen Seiten, die es im Netz über die Zentren, die In-vitro-Fertilisation anbieten, gibt, anzuschauen. Es gibt keinerlei Hinweise auf die möglichen Komplikationen. Es werden keine Baby-Take-Home-Raten mitgeteilt. Generell wird die Information über all das, was schiefgehen kann, viel zu klein gedruckt angeboten. Ich freue mich daher, dass wir hier einen Beschlussantrag vorlegen können:

„Der Landtag wolle beschließen, die Bundesregierung möge das Fortpflanzungsmedizingesetz dahin gehend überprüfen, ob es laut aktuellem Stand der Wissenschaft und Forschung geboten ist, die Zahl der im Rahmen der IVF zu transferierenden Embryonen auf eine Höchstzahl zu begrenzen.“

In formeller Hinsicht beantragen wir die sofortige Abstimmung des Antrages.“

Jetzt lassen Sie mich noch zur ausgezeichneten und wirklich kämpferischen Arbeit der Kinder- und Jugendanwaltschaft einfach ein paar Worte der Anerkennung sagen. Ich verfolge und schätze Ihre Arbeit seit vielen Jahren mit großem Interesse und mit großem Respekt, dafür, was Sie für die Kinder und Jugendlichen hier in der Stadt tun, und auch zu den politischen Haltungen, die Sie einnehmen. Politisch im Sinn von parteilich für die Interessen von Kindern und Jugendlichen. Das ist zu unterstützen und das ist wichtig in einem Klima in Österreich, wo wir, was die Kinderrechte betrifft, leider ein Entwicklungsland sind, wenn ich es so ausdrücken darf.

Denn es waren nur die GRÜNEN, die auf Bundesebene die Aufnahme der Kinderrechte in die Verfassung abgelehnt haben, und zwar nicht, weil wir dagegen sind, sondern ganz im Gegenteil, weil das, wie das meine Kollegin, die Jugendsprecherin im Parlament, ausgedrückt hat, ein verstümmelter Entwurf war, der hier eingebracht wurde. Man hätte schlicht und einfach die gesamte UN-Konvention in den Verfassungsrang nehmen müssen, denn da wären dann die wirklich relevanten

Themen angesprochen worden, wie die Tatsache, dass das Recht auf beste Gesundheitsversorgung nicht gewährleistet ist, wenn es überlange Wartezeiten auf Therapien gibt, wenn es so ist, dass die Armutgefährdung, die Bildung, die Gleichbehandlung von Kindern mit und ohne Reisepass in Österreich nicht gegeben ist. All das sind Themen, die uns Anlass hätten geben sollen, die Kinderrechte zur Gänze in der Verfassung zu verankern. Ich freue mich sehr, dass sich die Kinder- und Jugendanwälte ausdrücklich in diesem Sinn parteilich, nicht für die GRÜNEN, sondern für die Kinderrechte geäußert haben.

Ich finde, man sollte auch andenken, ob man nicht die Kompetenzen der Kinder- und Jugendanwaltschaft weiter stärkt in der Stadt. Die Tatsache, dass wir mit Ihnen beiden so engagierte, ausgewiesene, kämpferische und durchsetzungskräftige Persönlichkeiten an der Spitze der Einrichtung haben, soll uns sozusagen nicht die Augen davor verschließen, dass es auch strukturell gut ist, wenn die Kinder- und Jugendanwaltschaft die Rechte hat, die sie braucht, um ihrer Arbeit gut nachkommen zu können. Das bezieht sich auf Akteneinsicht und Parteienstellung im gegebenen Fall. Darüber nachzudenken, glaube ich, sollte uns ein Anliegen sein.

In diesem Sinn danke für Ihre Arbeit. Wir werden Sie weiterhin in Ihrer Arbeit, so gut wir können, unterstützen. *(Beifall bei den GRÜNEN.)*

Präsidentin Marianne **Klicka**: Als Nächster zum Wort gemeldet ist Herr Abg Dr Frigo. Ich erteile es ihm!

Abg Univ-Prof Dr Peter **Frigo** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrter Herr Berichterstatter! Meine Damen und Herren!

Ich wollte nur kurz zum IVF und unserem gemeinsamen Antrag sprechen. Es freut mich wahnsinnig, dass wir hier einen gemeinsamen Antrag zustande bringen.

Prinzipiell ist es eine langjährige Forderung der Gynäkologen, der Fachgesellschaft für Gynäkologie beziehungsweise auch der Fachgesellschaft für Reproduktionsmedizin, dass die Anzahl dieser Embryonen auf drei begrenzt wird. Selbstverständlich ist es auch eine langjährige Forderung von mir persönlich und auch der FPÖ. Auch Dr Karlsböck hat es im Parlament von Bundesminister Stöger gefordert. Wie gesagt, ich freue mich über diese Initiative.

Warum bringt es etwas? Frau Dr Pilz hat es schon umrissen. Es geht prinzipiell darum, dass die Anzahl der Mehrlingsschwangerschaften und damit letzten Endes die Frühgeburtlichkeit, die wahnsinnig teuer ist, erhöht wird. Die Neonatologie, speziell im AKH, wird damit überlastet. Entsprechend ist auch die Tragik, das Einzelschicksal der Frauen, aber auch der Kinder, und wir reden heute von Kindern, die dann bis zum Tod behindert sind und wo schreckliche Sachen auftreten.

Warum passiert das eigentlich? Das passiert eigentlich aus der Gewinnsucht einiger Institute. Hier gibt es in Wien eigentlich nur ein Institut, das eben auffällig viele Embryonen beziehungsweise auffällig viele Mehrlingsschwangerschaften hat, denn die Anzahl der transferierten Embryonen wird zum Teil verleugnet. Schwarze Schafe gibt es überall, aber wir haben bis jetzt keine

gesetzliche Handhabe, zu intervenieren. Bis jetzt ist diese Anzahl der Embryonen unbestimmt.

Es gibt auch noch einen weiteren Aspekt, und zwar den berühmten Medizintourismus, oder, wie man jetzt in diesem Fall sagen will, Embryontourismus, dass nämlich Frauen, die einen besonders starken Kinderwunsch haben, durchaus auch nach Österreich kommen und sich dann fünf, sechs Embryonen implantieren lassen, und zwar eben in speziellen Instituten.

Leider geht dieser Tourismus zum Beispiel aber auch in die andere Richtung. Das wäre wahrscheinlich ein nächster Schritt im Fortpflanzungsgesetz, die berühmte Eizellspende. Derzeit ist es so, dass diese Eizellspende - ich will jetzt nicht zu ausführlich werden, aber das sei vielleicht noch kurz erwähnt - in Österreich verboten ist. Das führt dazu, dass viele Institute Dependancen in Nachbarländern haben, in Ungarn, in Serbien, in Tschechien, in der Slowakei, wo das erlaubt ist. Dementsprechend gibt es hier einen Eizelltourismus. Das betrifft vor allem ältere Frauen, die selbst keine Eizellen mehr produzieren. Sie kennen alle diese Beispiele von über 60-, 65-jährigen Frauen, die noch schwanger und in den Medien erwähnt werden. Das passiert nämlich alles mit fremden Eizellen. Dieser Tourismus, glaube ich, ist ein europäisches Problem und schreit nach einer Vereinheitlichung.

Ich freue mich, dass wir jetzt mit diesem Antrag einen ersten Schritt setzen und dementsprechend zumindest einmal das Parlament damit beschäftigen, wenn man es genau nimmt, damit man zu diesen drei Embryonen kommt, wie es auch in Deutschland der Fall ist. - Danke schön. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Präsidentin Marianne **Klicka**: Als Nächster zum Wort gemeldet ist Herr Abg Peschek. Ich erteile es ihm.

Abg Christoph **Peschek** (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Herr Berichterstatter! Sehr geehrte Damen und Herren!

Die Stadt Wien ist sehr darum bemüht, möglichst optimale Rahmenbedingungen für Kinder und Jugendliche zu ermöglichen, das heißt, von Bildungsangeboten, von Freizeitangeboten, von Unterstützungen in jeder Lebenssituation. Doch natürlich geht es auch ständig darum, diese Angebote, diese Zielsetzungen weiterzuentwickeln, zu optimieren. Da ist die Kinder- und Jugendanwaltschaft sehr wichtig, ein sehr wichtiger Partner. Daher gleich zu Beginn ein großes Dankeschön für die hervorragende Zusammenarbeit und für Ihre Tätigkeit! *(Beifall bei der SPÖ.)*

Sehr geehrte Damen und Herren, der Tätigkeitsbericht der Kinder- und Jugendanwaltschaft liest sich sehr interessant, ist ein hervorragender Bericht. Man sieht, welch großartige Arbeit hier geleistet wird. Ich bin mir ziemlich sicher, dass die meisten von Ihnen diesen ohnehin gelesen haben. Dennoch möchte ich das eine oder andere hier hervorstreichen, weil es mir besonders wichtig erscheint.

Beispielsweise die Präventionsarbeit in den Wiener Sportverbänden, was sexuelle Übergriffe angeht. Das ist ein wichtiges Projekt. Da auch ein großes Danke-

schön für die Initiative, für dieses Bemühen. Doch natürlich wird es hier auch noch an weiteren Bewusstseinsarbeiten von uns allen liegen, dass dieses Projekt mit voller Kraft fortgesetzt wird.

Wir haben auch die Aktivitäten gelesen, was kleine Kinder vor Gericht anbelangt, insbesondere wenn es zum Beispiel sexuelle Übergriffe gegeben hat. Hier ist ein wichtiges Projekt von der Kinder- und Jugendanwaltschaft unterstützt und initiiert, das absolute Notwendigkeit hat.

Auch der Kinderbeistand beispielsweise in Fragen von Scheidung der Eltern. Wir kennen alle die Situation, wenn es eine Scheidung zwischen den Eltern gibt, ist es nicht immer ganz friktionsfrei. Das heißt, es sind häufig auch Emotionen dabei. Daher ist es besonders wichtig, dass es nicht auf den Rücken der Kinder und Jugendlichen ausgetragen wird, sondern dass das Kindeswohl, das Jugendwohl im Mittelpunkt steht.

Besonders wichtig erscheint mir auch die Fachtagung des Wiener Netzwerkes gegen sexuelle Gewalt an Mädchen, Buben und Jugendlichen. Speziell, was die Fragen der Sexualität, der Pornographie, der Internet-Kinderpornographie anbelangt, braucht es viel an Aufklärung, braucht es viel an offensiver Auseinandersetzung und letztlich natürlich auch an Schutz, vor allem, was die Internet-Kinderpornographie anbelangt. Daher auch ein großes Dankeschön für diese Auseinandersetzung, für diese Tätigkeit.

Unterstützung auch, was das Projekt „Soziales Lernen“ anbelangt. In diesem Projekt geht es konkret darum, dass Konfliktlösung ohne Gewalt gelehrt werden soll, dass man sich damit auseinandersetzt, aber natürlich auch um das kritische Hinterfragen von Konfliktsituationen, wie es dazu kommt, und eine entsprechende Zielsetzung, möglichst Konflikte, was Gewalt anbelangt, zu vermeiden. Daher, denke ich, ist es auch eine sehr großartige Initiative.

Auch bei der Fragestellung, die wir im Bericht lesen, was den Übergang von der Jugend zu jungen Erwachsenen anbelangt, hat die Stadt Wien ein großes Bemühen gesetzt, was auch die Wohnungsvergaben anbelangt. Ich darf Sie daran erinnern, dass wir bereits ab 17 die Möglichkeit haben, dass sich Lehrlinge und Schülerinnen und Schüler auf der einen Seite für eine Wohnung der Stadt Wien, eine Gemeindewohnung, vormerken lassen können. Auf der anderen Seite haben wir die Wohnungskommission, die da auch noch unterstützt. Aber man wird sich natürlich auch überlegen müssen, was differenzierte Angebote anbelangt, dass man das eine oder andere weiterentwickelt. Auch hier ein großes Dankeschön für den Hinweis.

Die Kampagne „Kinder sind Kinder“ möchte ich auch noch einmal hervorstreichen. Auch das ist wichtig, ins Bewusstsein der Gesellschaft zu rufen, dass Kinder junge Menschen mit Persönlichkeit sind. Kinder haben Rechte. Daher soll man auch die Bedürfnisse der Kinder ernst nehmen, soll man diese auch in den Mittelpunkt stellen. Daher ist diese Kampagne, die als Ziel die Akzeptanz von Kindern als Persönlichkeiten anbelangt hat, eine sehr gute.

Es wurde zuvor die Frage der Kinderrechte in der Verfassung angesprochen. Auch das findet sich im Bericht der Kinder- und Jugendanwaltschaft. Jawohl, natürlich, es ist ein erster Schritt. Es ist gut, dass es diese Kinderrechte in der Verfassung gibt, aber wir machen auch keinen Hehl daraus, dass wir als Wienerinnen und Wiener dafür sind, dass das weiterentwickelt wird, dass wir da die Kinderrechte noch stärker hineinholen. Aber zumindest ist das ein erster Schritt. Wir werden uns darum bemühen und auch dafür kämpfen, dass das entsprechend weiterentwickelt wird. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Der letzte Punkt, den ich in diesem Zusammenhang noch erwähnen möchte, ist der Wiener Jugendschutzbeirat, der ein ziemlich einzigartiges Gremium ist. Es gibt bereits viele Bundesländer, die Interesse daran bekundet haben, so etwas bei sich selbst einzuführen. Das bedeutet ein Beratungsgremium, was die Jugendschutzbestimmungen anbelangt, um auch darauf zu schauen, wie sich das Ganze entwickelt und wo es das eine oder andere Mal vielleicht auch gesellschaftliche Entwicklungen gibt, auf die man Rücksicht nehmen sollte. Daher, wie gesagt, liest sich der Kinder- und Jugendanwaltschaftsbericht als ein sehr wichtiger Bericht, den es nur zu unterstützen gilt.

Ich möchte aber noch, sehr geehrte Damen und Herren, abschließend zwei Punkte erwähnen, die vor allem auch politisch immer wieder debattiert worden sind:

Das eine betrifft die Hilfe für Opfer von Gewalt in Heimen der Stadt Wien. Ich denke, dass wir als Stadt Wien hier die Verantwortung wahrgenommen haben, dass wir sehr offensiv mit der Thematik umgegangen sind, dass wir an Aufklärung, an Hilfe, an Schutz und natürlich auch an Weiterentwicklung interessiert sind, dass wir das auch bewiesen haben. Das Unterstützungsangebot für Opfer ist von Entschädigungen bis hin zur Psychotherapie mit einem entsprechenden Experten- und Expertinnengremium gegeben. Es ist auch sichergestellt, dass es diese notwendigen Verbesserungen für die Zukunft gibt. Ich denke, das ist eine sehr wichtige Maßnahme. Natürlich, wie gesagt, muss man auch daraus lernen. Das haben wir, und das ist auch gut so.

Daher, sehr geehrte Damen und Herren, der letzte Punkt, den ich noch ansprechen möchte und der auch im Tätigkeitsbericht seinen Widerhall findet, ist die Frage des Glücksspiels. Ich darf Ihnen an dieser Stelle sagen, dass wir zu hundert Prozent daran interessiert sind, dass der Jugendschutz im Vordergrund steht, und das ohne Kompromisse, dass es für uns darum geht, strengste Zugangskontrollen in den Spielsalons sicherzustellen, dass das Kleine Glücksspiel zurückgedrängt werden muss und dass das mit entsprechenden Identifikations-Cards sichergestellt wird, die aber für das gesamte Bundesgebiet gelten müssen, damit nicht, wenn einer in Wien gesperrt ist, er in Niederösterreich einfach weitermachen kann. Daher geht es auch um harte Strafen für jene Wirte, die sich nicht daran halten werden, die Jugendliche sozusagen spielen lassen und sich somit nicht an die Spielregeln halten. Daher abschließend, es geht darum, dass das Glücksspiel verantwortungsvoll auf

Basis von klaren Spielregeln umgesetzt wird. Darum werden wir uns bemühen. (*Abg Mag Wolfgang Jung: Hoffentlich!*)

Daher möchte ich noch einmal abschließend ein großes Dankeschön an die Kinder- und Jugendanwaltschaft sagen. Vielen Dank für Ihre Unterstützung, für Ihre Arbeit! Sie ist sehr gut. Vielen Dank! - Danke für die Aufmerksamkeit. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Präsidentin Marianne **Klicka**: Zum Wort ist niemand mehr gemeldet.

Ich frage die Kinder- und Jugendanwaltschaft, ob sie noch eine Wortmeldung hat? - Danke vielmals.

Ich möchte mich im Namen des Wiener Landtages für den vorliegenden hervorragenden Bericht, aber vor allem auch für die engagierte Arbeit der Wiener Kinder- und Jugendanwälte Dr Anton Schmid und Monika Pinterits ganz herzlich bedanken. Kinder und Jugendliche haben meist keine Lobby, zumindest meist keine große Lobby. Daher ist es mehrfach wichtig, sie zu unterstützen und so in ein gutes Erwachsenenleben zu führen. - Herzlichen Dank! (*Allgemeiner Beifall.*)

Die Debatte ist geschlossen. Der Herr Berichterstatter hat das Schlusswort.

Berichterstatter Amtsf StR Christian **Oxonitsch**: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren!

Ich könnte es mir jetzt leicht machen und sagen, es ist gerade durchaus das gesagt worden, was auch ich zum Ausdruck bringen möchte. Nichtsdestotrotz, ich glaube, gerade das Jahr 2010 war durchaus auch für die Kinder- und Jugendanwaltschaft ein sehr forderndes, gerade auch durch das klare Bekenntnis der Stadt Wien, die Verantwortung für Vorfälle, die es in Heimen der Stadt Wien gegeben hat, zu übernehmen. Ich war sehr froh und dankbar dafür, dass die Kinder- und Jugendanwaltschaft sehr rasch bereit war, uns hier zu unterstützen und als Anlaufstelle für Betroffene tätig zu sein. Denn es geht hier letztendlich nicht nur um persönliche Kontaktnahme und damit um Zeit, sondern vor allem natürlich auch um einen entsprechend sensiblen Umgang mit Personen, die sehr schlechte, negative Erfahrungen gemacht haben und teilweise unter diesen Erfahrungen bis heute leiden. Ich denke, die Kinder- und Jugendanwaltschaft hat das hervorragend betreut.

Ein herzliches Dankeschön auch von meiner Seite an euch beide, nicht nur dafür, sondern für die gesamte Arbeit. Ich glaube, es war wieder ein Musterbeispiel, wie toll die Wiener Kinder- und Jugendanwaltschaft arbeitet. Darum ein herzliches Danke.

Ich bitte um Kenntnisnahme dieses Berichts. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Präsidentin Marianne **Klicka**: Wir kommen nur zur Abstimmung. Ich ersuche all jene Mitglieder des Landtages, die den vorliegenden Tätigkeitsbericht 2010 der Kinder- und Jugendanwaltschaft Wien zur Kenntnis nehmen wollen, um ein Zeichen mit der Hand. - Ich stelle die Einstimmigkeit fest.

Wir kommen nun zur Abstimmung über den eingebrachten Beschluss- und Resolutionsantrag, der von allen vier Parteien dieses Wiener Landtages gestellt wurde, betreffend In-vitro-Fertilisation, Anzahl der trans-

ferierten Embryonen. Wer für den Antrag ist, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. - Ich stelle auch hier die Einstimmigkeit fest. Somit ist der Antrag einstimmig angenommen.

Es gelangt nunmehr Postnummer 6 der Tagesordnung zur Verhandlung. Sie betrifft eine Meldung gemäß Unvereinbarkeitsgesetz 1983 für die Wahlperiode 2010 bis 2015 hinsichtlich der Betätigung von Mitgliedern des Landtages in der Privatwirtschaft.

Ich ersuche den Berichterstatter, Herrn Abg Dipl-Ing Al-Rawi, die Verhandlung einzuleiten.

Berichterstatter Abg Dipl-Ing Omar **Al-Rawi**: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Hohes Haus!

Die abgegebenen Meldungen wurden vom Amt der Wiener Landesregierung dahin gehend geprüft, ob eine Zustimmung erforderlich ist. Bei etlichen Meldungen war eine Zustimmung nicht erforderlich, weil diese Gesellschaften nicht auf den Gebieten des Bankwesens, des Handels, der Industrie oder des Verkehrs tätig sind.

Der Unvereinbarkeitsausschuss hat in seiner gestrigen Sitzung den Antrag des Amtes der Wiener Landesregierung behandelt und die Betätigung von jenen Mitgliedern des Wiener Landtages in den von ihnen genannten Unternehmen überprüft, einstimmig zur Kenntnis genommen und zugestimmt.

Ich ersuche das Hohe Haus, dies ebenfalls zu tun. - Danke.

Präsidentin Marianne **Klicka**: Zum Wort ist niemand gemeldet. Wir kommen daher zur Abstimmung. Ich ersuche jene Mitglieder des Landtages, die dem Antrag des Unvereinbarkeitsausschusses zustimmen wollen, die Hand zu erheben. - Ich stelle auch hier die Einstimmigkeit fest.

Wir kommen nun zu dem Verlangen, dass der von den Abgen Mag Johann Gudenus und Mag Wolfgang Jung eingebrachte, an den Herrn Landeshauptmann gerichtete Dringliche Antrag betreffend generelles Bettelverbot gemäß § 38 Abs 2 der Geschäftsordnung verlesen und hierauf mündlich begründet werde. Ich ersuche daher den Schriftführer um Verlesung dieses dringlichen Antrages.

Schriftführer Abg Mag Günter **Kasal**: „In den vergangenen Wochen ist in Wien ein seit Langem bekanntes und vernachlässigtes Problem wieder aktuell geworden, nämlich - die organisierte Bettelei – Klammer: Bettlermafia.

Sowohl in der Innenstadt als auch in den Stationsbereichen diverser Verkehrsmittel, in Einkaufsstraßen, vor Kirchen, auf Märkten oder anderen öffentlichen Plätzen, es hat sich eine regelrechte Bettlerszene, oft mit fixen ‚Standplätzen‘ in der Stadt entwickelt. Unter den Bettlern befinden sich viele Behinderte, die ganz offensichtlich eingesetzt werden, um besonderes Mitleid zu erregen.

Die Transportmodalitäten - Klammer: organisierte Anreise in Klein-Bussen aus osteuropäischen Ländern -, die strategische Verteilung der Bettler, ihre Unerbringung in Massenquartieren sowie die Kontrolle der Bettelnden und das regelmäßige Abkassieren des erbettelten Geldes durch eigens dafür abgestellte Personen zeigen deutlich, dass es hier um ein gut organisiertes Bettel-

netzwerk geht. Dabei werden gezielt Menschen ausgebeutet, die keine Chance haben, aus dieser Falle zu gelangen.

Immer mehr Wienerinnen und Wiener, die dieses Bettelunwesen bisher geduldig ertragen haben, erkennen zunehmend, dass ihre Gutherzigkeit ausgenützt wird und ihre Spenden nicht den Armen, sondern ihren Hintermännern zugute kommen. Der Unmut über diesen Missstand steigt daher bei der Bevölkerung deutlich an.

Die Wiener Linien haben die Tatsache dieser organisierten Kriminalität bereits erkannt und einen ersten Schritt in die richtige Richtung getan, indem sie ihre Fahrgäste in regelmäßigen Abständen nicht nur vor Dieben, sondern auch vor den Bettlern warnen und raten, allfällige Spenden besser an anerkannte karitative Organisationen zu leisten.

Es ist der Polizei aber bisher nicht möglich, effektiv gegen diese Missstände vorzugehen, weil die jeweiligen Qualifizierungen, wie zum Beispiel Gewerbsmäßigkeit, im Wiener Landes-Sicherheitsgesetz kaum nachgewiesen werden können. Die Stadtregierung zieht sich auf den Bereich von Begrifflichkeiten zurück und nimmt diese besorgniserregende Situation und die unzureichende Rechtslage schweigend zur Kenntnis.

Faktum ist: Um der organisierten Bettelei wirkungsvoll entgegenzutreten, ist unbedingt ein generelles Bettelverbot nötig.

In einigen Bundesländern, wie zum Beispiel Salzburg und Steiermark, beide regiert von SPÖ-Landeshauptleuten, wurden daher generelle Bettelverbote erlassen. Trotz Protesten befanden diese Länder das Verbot für verfassungskonform. Weder das Grundrecht auf Privatsphäre noch jenes auf persönliche Freiheit wurde verletzt.

Die gefertigten Landtagsabgeordneten stellen daher gemeinsam mit den Mitunterzeichnern gemäß § 27 Abs 4 der Geschäftsordnung des Landtages für Wien nachfolgenden Dringlichen Antrag:

Der Landtag wolle beschließen:

Der Herr Landeshauptmann möge unter Einbindung des zuständigen Mitgliedes der Wiener Landesregierung der Geschäftsgruppe Integration, Frauenfragen, Konsumentenschutz und Personal dem Wiener Landtag einen Novellentwurf zum Wiener Landes-Sicherheitsgesetz vorlegen, mit dem ein generelles Bettelverbot für Wien eingeführt wird.

Gemäß § 36 der Geschäftsordnung des Wiener Landtages wird beantragt, dass der Antrag verlesen und mündlich begründet wird und hierauf eine Debatte über den Gegenstand stattfindet."

Präsidentin Marianne **Klicka**: Für die nun folgende Begründung des Verlangens auf dringliche Behandlung dieses Antrages sieht die Geschäftsordnung gemäß § 38 Abs 3 eine Redezeit von 20 Minuten vor. Zur Begründung des Verlangens erteile ich nun Herrn Abg Mag Gudenus das Wort.

Abg Mag Johann **Gudenus**, MAIS (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Der Dringliche Antrag der Freiheitlichen Fraktion auf

ein generelles Bettelverbot liegt vor, und ich gebe zu, die Forderung ist nicht neu. Wir stellen diese Forderung schon wiederholt die letzten Jahre aus einem guten Grund, und die Forderung ist notwendiger denn je. Wir haben schon sehr oft über das Phänomen des Bettelns und das Problem des Bettelns geredet – erst vor einem Jahr haben wir das Landes-Sicherheitsgesetz verschärft –, aber solange es kein generelles Bettelverbot gibt, werden wir auch in Zukunft öfter darüber reden müssen, weil leider der vorherrschende Zustand in Wien unerträglich ist.

Es stimmt schon, es hat sich in den letzten Jahren einiges getan, auf unseren Druck hin. Ohne uns Freiheitliche wäre überhaupt nichts passiert in dieser Frage. Also man sieht, dass sich konsequente Politik lohnt und auszahlt nach dem Motto: „Steter Tropfen höhlt den Stein“.

Wir hatten im Jahre 2008 eben eine Novelle, die das Kinderbettelverbot normiert hat, vor einem Jahr kam der nächste Schritt, das Verbot des gewerbsmäßigen Bettelns. Also alles Schritte in die richtige Richtung, und da sieht man auch, dass wir Freiheitliche uns durchsetzen konnten. Aber ich sage Ihnen, auch wenn es heute und in den nächsten Wochen nicht zu einem generellen Bettelverbot kommen wird, so wird es aber früher oder später zu einem generellen Bettelverbot kommen müssen. Spätestens dann, wenn wir Freiheitliche den Landeshauptmann stellen, den Bürgermeister stellen, wird dieses generelle Bettelverbot umgesetzt, meine sehr geehrten Damen und Herren. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Es hat sich eben herausgestellt, dass die bisherige Regelung nicht reicht. Wir haben schon vor einem Jahr, als wir hier im Hohen Haus über das Landes-Sicherheitsgesetz und das Verbot des gewerbsmäßigen Bettelns diskutiert haben, gesagt, es handelt sich um eine reine SPÖ-Beruhigungsspielle. Es ging darum, kurz vor der Wiener Wahl den Bürgern Sand in die Augen zu streuen, so ein bisschen Law-and-Order-Politik zu betreiben, aber in Wirklichkeit hat man damit eigentlich so gut wie nichts bewirkt. Wir haben schon damals gesagt, dass es ein Problem geben wird mit der Beweisbarkeit und auch mit der Exekutierbarkeit dieses Gesetzes. Was ist im konkreten Einzelfall gewerbsmäßig? Wie ist das im Einzelfall feststellbar? Darum geht es ja auch bei dem vorliegenden Gesetz, das einen Änderungsbedarf hat, und daher wäre eben das generelle Bettelverbot die einzig effiziente Lösung.

Wir haben damals vor einem Jahr gesagt, das ist eine typische SPÖ-Halblösung, und wir haben recht behalten. Die Bürger wissen ganz genau, wer die einzige Sicherheitspartei ist in Wien und in Österreich. Das sind wir Freiheitliche, und es bestätigen nicht zuletzt die Umfragen, die heute vorliegen, dass wir mittlerweile stärkste Partei in Österreich sind mit 29 Prozent, meine sehr geehrten Damen und Herren. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Jedenfalls Faktum ist: Der Frühling ist da, es wird wärmer, die Bettler belästigen wieder in ganz Wien die Bürger. Ob in der Innenstadt, in Stationsbereichen der U-Bahnen, in Einkaufsmeilen, auf Märkten und öffentlichen Plätzen, die Bettler sind wieder unterwegs, und sie sind

unterwegs trotz der bisherigen Bestimmungen. Man ersieht daraus, dass das Verbot des gewerbsmäßigen und aggressiven Bettelns einfach zu wenig ist. Die einzige Möglichkeit, der Bettlermafia den fruchtbaren Boden zu entziehen, ist eben die Verhängung eines generellen Bettelverbots. Daher stellt meine Fraktion in der heutigen Sitzung diesen Dringlichen Antrag an den Herrn Landeshauptmann.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Kampf gegen die Bettelei ist ein Kampf gegen die organisierte Kriminalität. Es ist ein sehr, sehr einträgliches Geschäft für die Bettlermafia, ein einträgliches Geschäft aber auf Kosten der Bedürftigen. 80 EUR pro Tag sind drinnen, die könnte ein Bettler pro Tag erreichen, vielleicht sogar mehr, und das sind bei einer Fünftageweche 1 600 EUR pro Monat, und das natürlich unversteuert. Das ist mehr, als ein Supermarkt-Filialeiter laut Kollektivvertrag im 18. Dienstjahr netto bekommt. Das geht aber bitte so gut wie ein zu eins in die Taschen der Bandenbosse, und den Armen, Unterjochten, meist Behinderten bleibt so gut wie überhaupt nichts. Die müssen zusammengepfercht in ihren Kleinstwohnungen leben. Ja, die Bettler sind größtenteils selbst Opfer, und die Bandenbosse bauen sich ihre teuren, protzigen Villen irgendwo in Rumänien oder anderswo.

Genauso wie wir sieht das auch der Oberst im Bundeskriminalamt, Gerald Tatzgern, der gesagt hat, Bettelei ist eine dramatische Form des Menschenhandels. Bitte hören Sie vielleicht auch auf solche Experten, oder hören Sie auf den roten Bürgermeister von München, den Herrn Christian Ude, der gesagt hat: Jeder gespendet Euro verschärft das Problem. Bettelei ist ein angereistes Phänomen, straff organisiert und effektiv inszeniert. – Meine sehr geehrten Damen und Herren von der SPÖ, hören Sie vielleicht auf den roten Bürgermeister in München!

Und jetzt ein kleines Beispiel der organisierten Bettlermafia. Es wurde letzten Sommer einer rumänischen Bande seitens österreichischer und rumänischer Kriminalisten das Handwerk gelegt. Da zwang eine Bande dutzende Menschen zum Betteln. Da wurden 60 Verdächtige in Wien und Rumänien verhaftet. Dieses Netzwerk schleuste gezielt behinderte Menschen nach Wien ein und zwang sie hier zum Betteln. Diese Menschen wurden unter den menschenunwürdigsten Bedingungen untergebracht und auch misshandelt. Da gab es monatelange Erhebungen.

Diese Menschen wurden gezielt in Rumänien angeworben und nach Österreich gebracht, und sie mussten sogar im Winter stundenlang auf der Straße stehen und betteln. Rund 80 Bettler wurden im Rahmen dieser Struktur identifiziert, aber es dürften vielleicht sogar mehr gewesen sein. Das waren betagte Menschen, behinderte Menschen, die eben in Kleinstwohnungen untergebracht wurden. Bis zu 40 Personen mussten in einer kleinen Wohnung übernachten, und sie erwirtschafteten pro Kopf und Tag bis zu 80 EUR.

Also das ist nur ein Beispiel von vielen, ein Beispiel, das durch die Polizei dankenswerterweise aufgedeckt wurde, und ein Beispiel, das zeigt, dass es sich hier um

organisierte Kriminalität handelt. Wir könnten durch eine Novellierung des Landes-Sicherheitsgesetzes ganz, ganz klar der Bettlermafia den Boden entziehen. Und deswegen hoffe ich, dass der Herr Bürgermeister und Landeshauptmann das auch so umsetzt, meine sehr geehrten Damen und Herren. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Und es ist ja auch österreichweit nichts Neues. Es wurde ja schon in einigen Bundesländern ein Bettelverbot verhängt. Zum Beispiel gibt es im SPÖ-regierten Salzburg ein generelles Bettelverbot, ebenso gibt es in Tirol schon sehr, sehr lange ein generelles Bettelverbot, und die Bestimmung in Tirol ist sehr, sehr effizient. Ich darf das kurz vorlesen, wie das dort normiert ist: „Wer an einem öffentlichen Ort oder von Haus zu Haus von fremden Personen unter Berufung auf wirkliche oder angebliche Bedürftigkeit zu eigennützigen Zwecken Geld oder geldeswerte Sachen für sich oder andere erbittet, begeht eine Verwaltungsübertretung.“

Das heißt, wir brauchen ja das Rad nicht neu zu erfinden. Es gibt sehr, sehr gute, effiziente Bestimmungen auch in anderen österreichischen Bundesländern.

Erst unlängst wurden in Kärnten und auch in der Steiermark das Bettelverbot verschärft. Dort ist das alles möglich, aber nur bei uns in Wien, wo es leider noch schlimmer zugeht als in den anderen Bundesländern und Städten in Österreich, solidarisiert man sich anscheinend mit den Ausbeutern. Und jetzt, wo es in der Steiermark und in Graz ein Bettelverbot gibt, besteht ja die Gefahr – und das befürchten Polizisten –, dass 400 Bettler aus Graz eins zu eins nach Wien kommen und hier sozusagen durch die Straßen strömen und betteln. Also man sieht, es handelt sich hier um ein Phänomen, dem man begegnen muss.

Es handelt sich natürlich nicht nur um Menschenhandel, es handelt sich auch um freiwillige Aktionen, überhaupt keine Frage. Ich darf hier aus einem „Falter“ aus dem letzten Jahr zitieren. Da gibt es ein slowakisches Dorf namens Hostice, ein Dorf mit 100-prozentiger Arbeitslosigkeit und 70-prozentiger Roma-Bevölkerung, schreibt der „Falter“, und der dortige Bürgermeister, selbst ein Roma, beschreibt die Situation wie folgt – ich darf das zitieren: Es wird ein Schock für die Bevölkerung, wenn in Graz ein absolutes Bettelverbot ausgesprochen wird, da Betteln bei uns eine Form der Selbsthilfe darstellt und damit einhergehend unserem Ort eine einzigartige Erfolgsgeschichte in den letzten 15 Jahren bescherte. Über Mundpropaganda sei man auf das 550 km entfernte Graz gekommen. Scheinbar herrschen dort paradiesische Zustände für Bettler, nur die Roma-Frauen aus Ex-Jugoslawien stellen eine Konkurrenz dar.

Also jetzt haben wir das Bettelverbot in Graz. Wir werden sehen, wie viele Bettler von Graz nach Wien kommen, wenn nicht in Wien endlich schärfere Bestimmungen umgesetzt werden. Aber, meine sehr geehrten Damen und Herren, wir brauchen diese Leute nicht, wir brauchen weder die Bettlermafia noch brauchen wir freiwilligen Bettlertourismus. Das müssen wir abstellen, meine sehr geehrten Damen und Herren! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Hoher Landtag! Liebe Kollegen! Wie viele Argumente



brauchen wir noch? Auch der Herr Landeshauptmann hat heute in der Beantwortung der mündlichen Anfrage des Kollegen Jung durchaus durchklingen lassen, dass er mit der Situation nicht glücklich ist, aber anscheinend ist er, obwohl es möglich wäre, nicht bereit, etwas zu ändern.

Es braucht ganz, ganz dringend ein generelles Bettelverbot für Wien, meine sehr geehrten Damen und Herren. Dafür kämpfen wir Freiheitliche. Ich bitte Sie, diesem Antrag zuzustimmen beziehungsweise die Umsetzung einzuleiten. – Danke. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Präsidentin Marianne **Klicka**: Ich danke für die Begründung. Wir kommen nun zur Debatte, wobei ich bemerke, dass die Dauer der Diskussion maximal 180 Minuten beträgt. Zur Besprechung des Dringlichen Antrages hat sich Frau StRin Matiassek zu Wort gemeldet. Ich erteile es ihr, wobei ich aufmerksam mache, dass die Redezeit mit 20 Minuten begrenzt ist. Ausgenommen von dieser Redezeitbegrenzung sind der Landeshauptmann und das sonst zuständige Mitglied der Landesregierung. - Frau StRin Matiassek, bitte.

StRin Veronika **Matiassek**: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren!

Viele Argumente für dieses aus unserer Sicht dringend notwendige generelle Bettelverbot in Wien sind ja bereits von meinem Vorredner, unserem Klubobmann Gudenus, gekommen. Ich möchte aber doch noch einiges ergänzen, das ja darauf hinweist, dass in Wirklichkeit seitens der SPÖ hier auch nichts anderes gewünscht oder gesehen wird, man traut sich nur nicht, beziehungsweise sind Sie, wie schon vorhin angesprochen, offensichtlich nur in der Lage, hier die Missstände zu beseitigen, indem Sie halt in kleinen Schritten vorgehen. Ich denke da zuerst an das Verbot des Bettelns mit Kindern, der nächste Schritt war das gewerbsmäßige Betteln. Wir werden aber nicht nachlassen, diesen Schritt in Richtung generelles Bettelverbot zu verlangen, weil es einfach notwendig ist.

Ich verweise auf einen Medienbericht vom 8. Juli 2010: „Plakataktionen von Stadt Wien, Wirtschaftskammer und Polizei: Geschäftsleute in Einkaufsstraßen sollen Kunden auffordern, Bettlern kein Geld zu geben.“

Wer in den nächsten Tagen auf einer der Wiener Einkaufsstraßen flaniert, dem könnte ein violettes Plakat in Schaufenstern ins Auge stechen. Auf diesem rufen die Stadt Wien, die Polizei und die Wirtschaftskammer Wien einkaufende Kunden dazu auf, Bettlern, die vor den Geschäftslokalen um Almosen bitten, kein Geld zu geben. Denn ‚gut gemeinte Spenden vor Supermärkten und in Einkaufsstraßen können ungewollt das gewerbsmäßige Betteln fördern‘, heißt es im Wortlaut.“

Es ist vorhin auch schon angesprochen worden, dass die Wiener Linien die Fahrgäste dazu auffordern, kein Geld an Bettler zu geben. Auch hier ist man an die Wirtschaftstreibenden herantreten, und zwar von der Stadt Wien, und das im Sommer 2010, in Zeiten einer SPÖ-Alleinregierung in Wien, das heißt, es war also politischer Wunsch der Stadtregierung Wien, dass man auf dieses Phänomen aufmerksam macht.

Es steht hier: „Bettlern kein Geld zu geben“, es steht

nicht: „ausgesuchten Bettlern kein Geld zu geben“, sondern selbstverständlich ist es die Aufforderung der Stadt, allen Bettlern kein Geld zu geben, weil, so wird befürchtet, dieses in finstere Kanäle fließt oder eben nicht dort ankommt, wo es der gutherzige Passant, der gutherzige Kunde in Einkaufszentren sehen will, nämlich bei dem armen Menschen selbst. Die Stadt Wien ist überzeugt, dieses Geld fließt in dunkle Kanäle. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Welchen Schluss können wir daraus ziehen? Die Stadt Wien ist überzeugt, dass ein überwiegender Anteil der Bettelei in dieser Stadt organisiert ist, denn wenn ich der Auffassung bin, dass nicht der Bettler selbst, der Bettelnde oder die Bettelnde selbst dieses Geld bekommt, dann muss es ja woandershin fließen. Wohin wird es wohl fließen? An die, die dieses Bettelnetzwerk organisieren – nennen wir es Bettelmafia, Hintermänner, Bosse, Bettelbosse –, die sich dann an der Arbeit und dem Einsatz dieser Bettler in Wien bereichern.

Es ist kein Geheimnis, und es ist eine Tatsache, die überwiegende Mehrheit will das, und da sind Sie ja selbst ganz genau dieser Meinung, sonst hätten Sie ja – es ist ja auch interessant, man hat die Wirtschaftskammer daraufhin angesprochen, und die sagt, die Stadt Wien wollte das, also das ist nicht von der Wirtschaftskammer ausgegangen, sondern es ist von der Stadt Wien ausgegangen –, sonst hätten Sie von der politischen SPÖ-Alleinregierung ja nicht die Stadt Wien zum Handeln bewegt und natürlich gewollt, dass man diese Wamp plakate aufhängt.

Gut, das war natürlich eine Reaktion auf die Einführung des Verbotes gewerbsmäßigen Bettelns, das Sie ja in einer, glaube ich, doch ganz gezielten Aktion noch vor der Wiener Wahl beschlossen haben. Aber ich bin überzeugt davon, auch dem Großteil der Damen und Herren in der SPÖ ist schon klar, dass ein überwiegender Teil der Bürgerinnen und Bürger in Wien das Betteln hierzulande ablehnt. Wer wirklich Bettler im öffentlichen Raum sehen will, das ist eine kleine Gruppe linker AkteurInnen, denen eben Bettler im öffentlichen Raum offensichtlich – denn ich kann es nicht anders interpretieren – genauso gut gefallen wie andere Sachen, die die Mehrheit der Bürger ablehnt, von verschmierten öffentlichen Objekten angefangen bis über das wilde Plakatieren. Sie finden das offensichtlich – das ist ja öfter in Ihren Reden vorgekommen – irgendwie für eine Stadt bereichernd oder finden das zu einem Stadtbild gehörig.

Sehr geehrte Damen und Herren! Die Mehrheit der Wienerinnen und Wiener will das nicht, und zwar nicht deshalb, weil die Leute so hartherzig und so böse sind, sondern weil mittlerweile die Menschen auch wissen, was mit dem Geld geschieht, das erbettelt wird, was mit dem Geld geschieht, das die Wienerinnen und Wiener gutherzig an Menschen geben, denen es ja selbst nicht bleibt. Es ist ja nicht so, dass alle mit solchen Scheuklappen durch die Stadt gehen, sondern selbstverständlich beim Einkauf, beim Flanieren durch die Geschäftsstraßen, wie es hier angesprochen wird, bei der Abwicklung der täglichen Geschäfte erleben die Menschen ja, wie es tatsächlich passiert. Da wird nämlich in regelmäßigen Abständen der Becher mit dem Geld entleert, und

zwar nicht in die Taschen des armen Menschen, der da im Rollstuhl sitzt oder auf dem Boden kauert, sondern da kommt einer und holt das Geld. Vielleicht mögen Sie jetzt sagen, das wird damit gesichert – das wäre eine Ausrede oder eine Interpretation, wie ich sie mir von Ihnen ja vorstellen kann –, nein, da wird abkassiert, das ist überhaupt keine Frage.

So wie natürlich auch die Menschen in die Stadt gebracht werden. Das geschieht organisiert, das geschieht zum Teil in Kleinbussen, an zentralen Plätzen, wo dann die Menschen ausschwärmen und sich die Plätze suchen. Wer offenen Auges durch die Stadt geht und wer in seinem Viertel unterwegs ist, der sieht ja Tag für Tag dieselben Menschen dort sitzen. Wo ist denn dann der Unterschied, wo ist hier die Trennlinie? Das hat der Herr Bürgermeister heute in der Früh im Rahmen der mündlichen Anfrage von Mag Jung ja auch nicht beantworten können. Es gibt ja keine. Es gibt ja keine scharfe Trennlinie zwischen der von Ihnen angesprochenen oder inszenierten gewerbsmäßigen Bettelei und der Bettelei, die hier stattfindet. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Sie können diese Trennlinie nicht ziehen, die Polizei kann sie nicht ziehen, und daher gibt es natürlich nur ein einziges Mittel, um diese – alles weist darauf hin, und x Experten sagen das – organisierte, gewerbsmäßige Bettelei in Wien zu unterbinden, und das ist selbstverständlich ein generelles Bettelverbot.

Ich möchte – auch das ist in der Früh schon angesprochen worden, und es wird auch dazu noch ein Antrag eingebracht werden – auf noch ein Phänomen hinweisen: Selbstverständlich werden hier auch Schlupflöcher gesucht. Wer offenen Auges durch die Stadt geht – und das, davon bin ich überzeugt, werden ja die meisten von Ihnen tun –, wer seine ganz persönlichen Dinge wie den täglichen Einkauf oder den wöchentlichen Einkauf verrichtet, der sieht das ja auch: Vor nahezu jedem Supermarkt dieser Stadt werden – und ich setze das jetzt ganz bewusst unter Anführungszeichen – Zeitschriften verkauft – und gleich vor weg, ich nehme jetzt die Zeitung „Augustin“ aus, die klammere ich aus –, werden Zeitschriften verkauft oder angeboten, die bei genauem Hinsehen ein Deckblatt haben, das uralt ist, darunter liegt irgendein Papier, Altpapier wenn Sie so wollen, dann gibt es zwei oder drei Exemplare, die irgendwo danebenliegen. Es wird nicht verkauft, und deswegen habe ich das auch unter Anführungsstriche gesetzt, sondern hier wird gebettelt unter dem Vorgeben des Zeitschriftenverkaufes. In der Regel – und das kann man ja beobachten – ist die Abfolge so, dass eben die dort angeblich Zeitschriften Verkaufenden Ihren Euro, Ihre zwei Euro oder Ihre 50 Cent entgegennehmen, ohne dass die Zeitung oder ein Druckwerk hier den Besitzer wechselt.

Dazu kommt noch ein Umstand, den ich ganz bewusst ansprechen möchte und der ganz schlimm ist. Im Zuge dieses Umgehens des Bettelverbotes unter dem Vorwand, hier einen Zeitschriftenverkauf zu betreiben, findet eines wieder statt – Gott sei Dank nicht im großen Rahmen, aber es findet statt –, dass kleine Kinder mitgenommen werden, und zwar zu allen Jahreszeiten, bei

allen Temperaturen, und das über Stunden. Nur gibt es da keine Handhabe, weil ja angeblich die Mama hier Zeitschriften verkauft; die Mama oder eine Frau, die das Kind mitgenommen hat.

Sehr geehrte Damen und Herren! Wir haben heute über die Rechte der Kinder, über die Situation der Kinder gesprochen, und es ist auch betont worden, es ist ganz egal, woher diese Kinder kommen und welchen Pass sie haben. Das ist ein Zustand, der mit Kinderrechten und mit Kinderglück wahrlich nichts zu tun hat, und den wollen wir abgestellt wissen. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Wir werden dieses Thema so lange ansprechen, bis dieser Missstand – und ich sage jetzt nicht, zu unserer, sondern zur Zufriedenheit der Wienerinnen und Wiener –, bis dieser Missstand zur Zufriedenheit der Wienerinnen und Wiener beseitigt ist, bis dieses Problem gelöst ist. Denn es kann nicht sein, es ist nicht sozial, es kann hier auch nicht Humanität als Vorwand verwendet werden, dass Menschen herbeigeschleppt werden, die bei jeder Wetterlage den ungünstigsten Bedingungen ausgesetzt sind, die sogar Behinderungen vortäuschen müssen, indem ein Bein den ganzen Tag mühsam unter das Gesäß gezogen wird, um vorzugeben, hier als Einbeiniger im Rollstuhl zu sitzen und so weiter und so fort, die also in mühsamsten Verkrümmungen Geld erbetteln, das dann andere kassieren, und damit einen Kreislauf ins Leben rufen, der natürlich auch eine Berührung zur Kriminalität hat. Denn das ist untrennbar miteinander verbunden.

Ich habe es schon einmal gesagt, ich werde es auch wiederholen, und man weiß es ja auch: Es werden die gutherzigen Bürgerinnen und Bürger dabei beobachtet, wenn sie ihre Geldtasche ziehen. Sie werden dabei beobachtet, wie sie Geld entnehmen und wohin sie dann ihre Brieftasche, ihren Geldbeutel wieder stecken. Und beim Einkaufen im Supermarkt oder dann spätestens beim Bezahlen an der Kassa ist zu bemerken, dass diese Brieftasche fehlt. Hier ist ein Zusammenhang zu sehen, nicht in 100 Prozent der Fälle, aber das ist auch mitzuberücksichtigen, dass es hier auch keine Trennung zur Kriminalität, zum Diebstahl, zu Eigentumsdelikten gibt.

Sehr geehrte Damen und Herren von der SPÖ! Sie sind heute ganz besonders angesprochen. Bitte sorgen Sie dafür, bitte tun Sie das, was in Ihrer Kraft steht, um einem Missstand in Wien endlich ein Ende zu bereiten, nämlich der Bettelei, die zu einem großen Teil organisiert ist, die mit Kriminalität verbunden ist und die die Wienerinnen und Wiener zu Recht ärgert. Tun Sie das Richtige, machen Sie den Schritt in die richtige Richtung und erlassen Sie endlich ein generelles Bettelverbot in dieser Stadt! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Präsidentin Marianne **Klicka**: Die nächste Wortmeldung kommt von Herrn Dr Ulm. Ich erteile ihm das Wort.

Abg Dr Wolfgang **Ulm** (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Ich stelle fest, dass, obwohl zwei FPÖ-Redner am Wort waren, es in den Reihen der SPÖ sehr ruhig war. Es gab nicht, wie man es sonst gewohnt ist, aufgeregte Zwischenrufe, Proteste. Man könnte fast so etwas wie

ein schlechtes Gewissen bei Ihnen erkennen. Aber ich habe schon ein bisschen Verständnis dafür und kann Ihnen sogar sagen, dass es bei Ihrem Verhalten bei der Behandlung des Problems Bettelerei ein Schema gibt und dass Sie dieses Problem so behandeln, wie Sie viele Probleme in dieser Stadt behandeln, nämlich nach dem bekannten SPÖ-Schema, nach einem 5-Punkte-Prozess:

Erstens: Problem leugnen. Zweitens: Wenn es ein Problem gibt, sind andere schuld. Drittens: Eine Idee von anderen wird als die eigene ausgegeben. Viertens: Man bekommt Angst vor der eigenen Courage. Fünftens: Letztendlich bleibt das Problem ungelöst. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Lange haben Sie das Bettelproblem in Wien gelehnet. Als es dann gar nicht mehr anders gegangen ist, haben Sie gesagt, der Bund ist schuld – natürlich, wer denn sonst –, die Bundespolizei soll dieses Problem lösen. Sie sind dann aber doch draufgekommen, dass es ein Wiener Landes-Sicherheitsgesetz gibt und eine Landeskompetenz in dieser Frage, und Sie haben die Idee der ÖVP, nämlich die gewerbsmäßige Bettelerei zu verbieten, aufgenommen und als die eigene ausgegeben.

Letztendlich haben Sie dann aber doch Angst vor der eigenen Courage bekommen und gemeint, ganz so haben wir das nicht gemeint mit dem Verbot der gewerbsmäßigen Bettelerei, eigentlich ist ja nach wie vor nur die organisierte Bettelerei verboten und nicht jene, die dazu dient, eine wiederkehrende Erwerbsquelle zu schaffen. Und das ist natürlich völlig unverständlich, wenn man weiß, dass der Begriff der Gewerbsmäßigkeit im Strafgesetzbuch definiert ist und jede andere Interpretation eine geradezu mutwillig unrichtige ist, noch dazu, wenn man die Idee des Verbots der gewerbsmäßigen Bettelerei als die eigene ausgibt. Lesen Sie den § 70 des Strafgesetzbuches nach! Da steht ganz eindeutig drinnen, dass eine gewerbsmäßige Begehung immer dann vorliegt, wenn die Absicht besteht, durch ihre wiederkehrende Begehung eine fortlaufende Einnahme zu verschaffen. Das ist ausjudiziert, und da gibt es eigentlich relativ wenige Probleme im Verwaltungsrecht.

Wer allerdings der Bundespolizeidirektion Wien und den einzelnen Polizisten auf der Straße Probleme macht, sind Sie mit Ihrer Interpretation, obwohl es schon die Aufgabe von Politikern, vom Bürgermeister abwärts, wäre, den einschreitenden Polizeibeamten den Rücken zu stärken. Die tun sich natürlich sehr schwer, wenn sie von Ihnen ganz andere Signale bekommen. Denn das ist natürlich eine exponierte Amtshandlung, und warum sollte ein einzelner Polizist sie vornehmen, wenn er den Eindruck hat, es ist ja von der Politik, vom Bürgermeister abwärts, gar nicht gewollt.

Es war ein bisschen besser. Die Polizei hat unter den gegebenen Umständen ihr Bestes versucht, war auch nicht erfolglos. Wir hatten in den letzten Monaten sicherlich einen Rückgang bei der Bettelerei zu verzeichnen. Es gab hunderte Anzeigen und Festnahmen, letztendlich ist es aber in den letzten Wochen mit dem wärmeren Wetter wieder schlecht geworden. Vorgestern gab es alleine auf der Wollzeile zu einem einzigen Zeitpunkt 4 Bettler auf einem Abschnitt von weniger als 100 m.

Es ist daher richtig, ein generelles Bettelverbot zu verlangen, nicht, weil man aus rein juristischen Gründen nicht auskommen könnte mit der gewerbsmäßigen Bettelerei – das wäre schon möglich, schon jetzt sind an die 99 Prozent aller Bettelhandlungen in Wien verboten –, aber Sie wollen es nicht so verstehen und Sie sagen wider besseren Wissens andere Dinge. Daher ist es notwendig, sich für ein generelles Bettelverbot einzusetzen, nämlich aus politischen Gründen und weniger aus juristischen Gründen.

Dann darf ich auch noch einen Mehrparteiantrag einbringen, der sich genau mit dem Phänomen befasst, mit dem sich Kollegin Matiasek jetzt ausführlich beschäftigt hat, nämlich mit der Bettelerei unter dem Vorwand des Zeitschriftenverkaufs. Ich darf diesen Antrag gemeinsam mit den Herren von der FPÖ Johann Gudenus und Johann Herzog einbringen, weil man es sich nicht gefallen lassen kann, dass das Betreten eines Supermarktes nur noch sehr erschwert möglich ist. Es ist dies ein Phänomen, das es vor ein bis zwei Jahren noch nicht gegeben hat, dieses vorgebliche Anbieten von Zeitschriften, nur damit man sich etwas erbetteln kann.

Machen Sie Zählungen, schauen Sie sich an, vor wie vielen Supermärkten tatsächlich die Bettler mit diesen Zeitschriften stehen. Ich glaube, es sind mehr als 50 Prozent. In absoluten Zahlen ist das eine ganz, ganz hohe Zahl. Das hat es vor kurzer Zeit, wie ich sagte, noch nicht gegeben, mittlerweile stehen vor ganz, ganz vielen Supermärkten diese Bettler mit ihren Zeitschriften, und es ist ganz schwer für die Polizei, dagegen vorzugehen.

Ich darf also beide Beschluss- und Resolutionsanträge einbringen. Der erste wird ausschließlich von der ÖVP eingebracht und betrifft ein generelles Bettelverbot, der zweite ist gemeinsam mit der FPÖ. Ich appelliere in erster Linie an die Abgeordneten der SPÖ, sich diese Sache zu Herzen zu nehmen und einen Beitrag zu leisten für mehr Sicherheit und für mehr Lebensqualität in dieser Stadt. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Als Nächste zu Wort gemeldet ist Frau Abg Hebein. Ich erteile es ihr.

Abg Birgit **Hebein** (*Grüner Klub im Rathaus*): Werter Herr Vorsitzender! Werte Abgeordnete!

ÖVP und FPÖ sind schon unsagbar dankbar und so was von erleichtert, dass sie immer wieder Ausreden hernehmen können, um einfach der Wirklichkeit ja nicht in die Augen zu sehen. Es gibt Armut, es gibt Bettler und Bettlerinnen. Und das, was Sie machen, ist so was von abgrundtief armselig, indem Sie hier hergehen und Bilder suggerieren, wonach alle von Bettelbanden gesteuert sind, alle werden verstümmelt. Sie arbeiten mit Behinderung, mit Bildern, mit Mercedes, mit Villen, um nur ja nicht hinzuschauen, was denn hinter diesen Menschen steckt. Wer sind denn diese Menschen? (*Abg Johann Herzog: Sie verteidigen das noch!*)

Aber nein, Sie gehen sogar einen Schritt weiter und sagen den Menschen, die helfen wollen, die selber entscheiden wollen, ob sie einem Bettler oder einer Bettlerin was geben wollen oder nicht: Macht euch nicht mitschuldig, denn die bekommen das Geld nicht, sondern nur die

Villenchefs!

Ich finde es abgrundtief armselig, wie Sie hier argumentieren und wie sehr Sie sich weigern, den Realitäten in die Augen zu sehen, nämlich dass es Armut gibt. Unbestritten kein schöner Anblick, das ist unbestritten, nur das, was Sie hier machen, ist, auf liegende Menschen noch hinzutreten, und ich weiß nicht, wie das die ÖVP vertreten kann.

Zu den Fakten. Im Wiener Landes-Sicherheitsgesetz steht eindeutig geschrieben, das aggressive Betteln ist verboten, das organisierte Betteln ist verboten, das Betteln unter Mitnahme unmündiger Minderjähriger ist verboten, und die Stadt Wien ist letztes Jahr noch einen Schritt weitergegangen und hat auch das gewerbsmäßige Betteln verboten.

Das heißt konkret, wenn jemand, ein Mensch – wir reden übrigens von Menschen, sollten Sie das vergessen haben –, wenn jemand tatsächlich so in Notlage ist und die Absicht hat, sich eine fortlaufende Einnahme zu verschaffen – also da genügt es, zwei Mal zu betteln –, dann ist das auch zu ahnden, dann ist da auch eine Strafe vorgesehen, und zwar bis zu 700 EUR. Und unserer Meinung nach verstößt das eindeutig gegen Menschen- und Grundrechte. Das sind einmal die Fakten.

Das andere ist: Es gibt auch ein Verwaltungsgerichtshofurteil in Baden-Württemberg, das festgestellt hat, dass Betteln eine gesellschaftliche Erscheinung ist, die hinzunehmen ist, ob es Ihnen gefällt oder nicht. Mir gefallen Ihre FPÖ-Plakate auch nicht. Da wird mir regelmäßig speiübel. Ich kann sie nicht verbieten, wir leben in einer Demokratie. Und hier beim Betteln reden wir noch dazu von Menschen. (*Beifall bei den GRÜNEN.*)

Das, was aber auch passiert, ist, und das stimmt: Viele Menschen sind verärgert, verärgert darüber, dass es bei uns Leute gibt, die die Hand aufhalten und ohne Leistung was bekommen. Diesen Ärger habe ich auch, und diese Grassers und Strassers und Meischbergers machen mich auch unglaublich wütend. Die halten doch glatt die Hand auf, kassieren Hunderttausende ohne irgendeine Leistung. Aber nein, es ist ja viel einfacher, bei diesen Leuten schauen wir lieber nicht hin, machen wir es bei den Bettlern und Bettlerinnen. Da geht es dann um 50 Cent oder 1 EUR; das ist doch viel leichter, ist doch viel bequemer. Schauen wir dorthin und agieren wir dann ein Stück weit gegen diese Menschen und gehen sogar einen Schritt weiter, wir arbeiten ein bisschen mit Rassismus, arbeiten dann auch ein Stück weit mit Zigeunern. (*Abg Mag Johann Gudenus, MAIS: Bitte, was soll ich gesagt haben?*) Das sind Zitate, die dann erscheinen, vor allem gegenüber Roma, wo ich mir denke: Bist du narrisch, das hatten wir vor 70 Jahren auch schon! Und niemand von Ihnen ist bereit, hinzuschauen und zu fragen: Wie geht es denn dieser Gruppierung mit Armut, mit Arbeitslosigkeit oder mit welchem Rassismus sind sie in ihren Ländern konfrontiert?

Der nächste Schritt ist, dass wir genau schauen müssen – ich könnte ja einen Roman erzählen –, wie es jetzt ausschaut mit den Bettelverboten. Wenn wir die Fakten hernehmen, gibt es 154 Anzeigen im Jahr 2010, aber keine einzige gegen organisierte Kriminalität. Und

die Frage ist: Warum nicht? Warum nicht, woran liegt es? Wenn Sie mit der Polizei reden, dann werden Sie draufkommen, schwierig ist es, zu differenzieren und nachzuweisen. Viele Polizisten und Polizeikommandanten sagen – in Graz, im 16. Bezirk, auch in Wien –, der Nachweis der Bandengeschichte ist nicht gegeben, aber – und hier kommen wir wieder zu einem Punkt der Differenzierung – was tatsächlich eine ernstzunehmende Sache ist, ist der Kinderhandel. Tatsächlich gibt es Menschen, die sagen – und das sagen die Experten vor allem von der Kinderdrehscheibe –, da gibt es Kinder, die betteln, da gibt es Kinderhandel. Sie arbeiten damit, und was sie machen, ist, sie rückzuführen, vor allem Bulgaren und Rumänen, und sie bauen dort Krisenzentren mit auf.

Das sind konstruktive Vorschläge, und man muss hergehen und sich fragen: Wie schaut das aus mit der Strafgesetzgebung? Warum schafft es die Kriminalpolizei hier nicht, gegen Menschenhandel vorzugehen? Wie kann man sie unterstützen? Was kann man hier konkret tun? Das, was Sie machen, ist grob fahrlässig, alle Bettler und Bettlerinnen in einen Topf zu werfen, weil Sie einfach den Anblick von Armut nicht ertragen. Also schauen Sie gefälligst differenzierter hin, um welche Menschen es sich hier handelt!

Das, was es auch gibt – und das muss man auch zur Kenntnis nehmen, ob Sie wollen oder nicht –, es gibt Untersuchungen, die sagen, dass Menschen tatsächlich organisiert in Familienverbänden betteln. (*Abg Johann Herzog: Geh, nein! Wieso?*) Ja, das gibt es tatsächlich. Und Sie müssen noch weiter hinschauen. Schauen Sie ein bisschen weiter hin! (*Abg Johann Herzog: Am Anfang Ihrer Rede haben Sie das noch nicht gesagt!*) Was passiert mit dem Geld? Die Kinder können in die Schule gehen, die Kinder erhalten eine Ausbildung. Es gibt Studien an der Universität Graz. Informieren Sie sich ein bisschen und tun Sie nicht in Ihren Scheuklappen da vor sich hinschwadronieren. Man hat überhaupt das Gefühl, da ist manchmal ein hoch bezahlter Rhetorikwettbewerb hier herinnen. Wer tiefer und am tiefsten menschenverachtend Reden hält, bekommt dann anscheinend einen Preis.

Insofern noch einmal: Punkt 1: Unterstützen wir die Kriminalpolizei und schauen wir genauer hin, welche Art der organisierten Kriminalität es gibt. Bestrafen wir nicht die Armen, nicht Bettler und Bettlerinnen, denn das ist es, was Sie wollen. Wen trifft denn ein generelles Bettelverbot? Die Mafia? Geh, bitt'schön, hören Sie auf!

Und bewiesen ist gar nichts. Sie kommen immer wieder mit den Bildern von einem Mercedes. Zeigen Sie mir ein konkretes Bild, eines von einem Mercedes, wo Bettler und Bettlerinnen aussteigen. (*StRin Veronika Matiassek: Nicht die Bettler, die Bosse!*) Noch kein einziges haben Sie gefunden, weil es keines gibt. (*Zwischenrufe bei der FPÖ.*) Aber Sie treiben das mit den Bildern ja weiter und weiter, nur um auf die Menschen hinzutreten.

Was ich beachtenswert gefunden habe, ist das, was der Herr Häupl heute gesagt hat: Wir schauen uns gemeinsam in der Koalition genauer an, was die Theorie, was die Praxis ist, wie funktionieren die Gesetze, und

wen treffen sie wirklich. Das finde ich beachtenswert, sich das konkret genauer anzuschauen.

Lehnen wir es striktest ab, auf Menschen hinzutreten, die am Boden liegen. Und ich sage es Ihnen ganz ehrlich: Es ist mir ziemlich blunzen, ob Sie das in Springerstiefeln machen oder in Lackschuhen. – Vielen Dank. *(Beifall bei den GRÜNEN.)*

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Als Nächste zu Wort gemeldet ist Frau Abg Yilmaz. Ich erteile ihr das Wort.

Abg Nurten **Yilmaz** (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus!

Vor einem Jahr wurde mit den Stimmen der SPÖ, der ÖVP und der FPÖ das Verbot der gewerbsmäßigen Bettelerei beschlossen. Für einige von uns war dieser Schritt ganz schwierig, manche sind an ihre Grenzen gestoßen. Denn einerseits müssen sich die Wienerinnen und Wiener ohne unzumutbare Belästigung und Drangsalierung bewegen können, andererseits ist jedes Zuviel an Verboten ein starker Eingriff in die Freiheits- und Menschenrechte. Deshalb das Gesetz im vorigen Jahr.

Schauen wir einmal an, was das bisherige Gesetz gebracht hat. Ich zitiere im Originalton Michael Lepuschitz, Stadthauptmann und Polizeichef von Favoriten: „Es sind jetzt deutlich weniger Bettler in der Stadt unterwegs, seit das Gesetz vor einem Jahr gemacht wurde und wir die Kontrollen entsprechend angepasst haben. Früher wurden zum Beispiel Fußgängerzonen und Einkaufszentren in ganzen Gruppen belagert, das war eindeutig erkennbar organisiert. Jetzt geben uns die Bestimmungen die Möglichkeit einzuschreiten, damit können wir etwas anfangen.“ – Ein Originalzitat im „Kurier“.

Das Fazit nach einem Jahr in Zahlen – ich habe ein bisschen andere –: Nach dem neuen Straftatbestand, also der gewerbsmäßigen Bettelerei, wurden 56 Personen angezeigt, für aggressives Betteln, also wenn sich jemand etwa in den Weg stellt, wurden 19 Personen angezeigt, und wegen organisierter Bettelerei gab es 8 Anzeigen.

Sehr geehrte Damen und Herren! Warum sollen wir ein allgemeines Bettelverbot einführen? Das Gesetz wirkt. Das sind künstlich erzeugte Debatten von der FPÖ, die um ein bisschen mehr Vernunft betteln, und die ÖVP spendet dieser populistischen Aktion noch ihre Unterstützung.

Wie sieht die Forderung von der FPÖ und ÖVP, vernünftig betrachtet, aus? Was heißt, ein allgemeines Bettelverbot? Was ist Betteln eigentlich? Darf das Rote Kreuz nicht mehr an die Tür kommen wegen einer Jahresmitgliedschaft? Dürfen die Kinder zu Halloween nicht mehr an den Türen läuten? Und für unsere Freunde von der ÖVP: Darf nach der Heiligen Messe vom Messediener der Klingelbeutel nicht durch die Reihen gereicht werden? *(Abg Mag Wolfgang Jung: Die ÖVP tarnt sich gut!)* Na ja, nach diesem Gedankengut wäre das eigentlich viel ärger als betteln, wahrscheinlich Nötigung.

An diesen Beispielen sehen wir übrigens, wie absurd eine derartige Forderung nach einem allgemeinen Bettelverbot ist. Wer legt die Grenzen für erlaubtes Betteln fest? Der Herr Gudenus und der Herr Strache? So ein

Gesetz würde niemals vor einem Verfassungsgericht bestehen. *(Abg Mag Johann Gudenus, MAIS: Ach so! Und in der Steiermark, in Salzburg, in Tirol? Voves? Burgstaller? Was ist mit denen?)*

Sehr geehrte Damen und Herren! Was ist der nächste Schritt der Verbotspartei FPÖ? Ich könnte mir sehr gut vorstellen, dass in Turkmenistan das Rauchen im Freien verboten wird, denn dort ist nämlich das Rauchen in geschlossenen Räumen erlaubt, weil es dem despotisch regierenden Präsidenten unfein erscheint, wenn man im Freien raucht. So etwas könnte ich mir von der FPÖ vorstellen. *(Abg Mag Johann Gudenus, MAIS: Die Burgstaller und der Voves handeln also verfassungswidrig?)*

In Österreich haben viele Menschen jahrhundertlang gekämpft, damit Menschen in Österreich frei leben können. Darum ist jede Einschränkung dieser Rechte besonders heikel.

Sie wollen Zeitungsverkäufe verbieten – wie es die ÖVP verlangt, unterstützt von der FPÖ, oder die FPÖ verlangt, unterstützt von der ÖVP, wie auch immer –, und jetzt haben wir es erfahren, Sie wollen nicht die Trafikanten verhaften, aber die Kolporteure schon. Jenen Kolporteuren, die eine Zeitung verkaufen – warum Sie gerade den „Augustin“ herausnehmen, sind Sie uns schuldig geblieben, aber nichtsdestotrotz –, wollen Sie, wenn sie vor einem Einkaufszentrum stehen, das verbieten lassen. *(Abg Mag Johann Gudenus, MAIS: Ahnungslos! Das ist ja kaum zu glauben!)*

Österreich ist kein Unrechtsstaat. Alle Gesetze fußen auf Bundesverfassung. Von uns wird auch niemand verlangen können, dass wir etwas beschließen, was klar gegen die Verfassung ist. *(Abg Mag Johann Gudenus, MAIS: So wie in Salzburg!)*

Wir sind bei der Gesetzesänderung im Vorjahr so weit gegangen wie möglich und notwendig. *(Abg Mag Johann Gudenus, MAIS: Vor der Wahl!)* Das Gesetz wirkt, und die Situation hat sich gebessert. Es gibt auch um vieles weniger Kinder, die betteln, alleine oder mit Eltern, und das zeigt uns auch, dass dieses Gesetz notwendig war und auch wirkt.

Sehr geehrte Damen und Herren! Gebettelt wurde im Laufe der Menschheitsgeschichte immer. Vor den Kirchen, vor den Palästen, vor den Herrenhäusern waren immer Bettler zu finden. Und an die Adresse unserer christlich-sozialen Freunde im Haus: „Was ihr für einen meiner geringsten Brüder getan habt, das habt ihr mir angetan.“ Jesus, Sohn Gottes, im Neuen Testament, Matthäus 25. – Danke. *(Beifall bei der SPÖ. – Abg Dr Kurt Stürzenbecher: Wirklich ein gutes Zitat!)*

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Als Nächster zu Wort gemeldet ist der Zweite Präsident Herzog. Ich erteile es ihm.

Abg Johann **Herzog** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Präsident!

Ich darf zuerst auf die Wortmeldungen kurz eingehen. Die Frau GRin Hebein hat eigentlich ihren Realitätsbezug vermissen lassen. Am Anfang hat sie festgestellt, das gibt es alles nicht, dann hat sie gesagt, das gibt es vielleicht doch, und zum Schluss hat sie resignie-

rend festgestellt, vielleicht will sie der Häupl gemeinsam mit den anderen GRÜNEN zwingen, hier neue Maßnahmen zu ergreifen.

Armut gibt es, keine Frage, aber es gibt genügend Unterstützung in Wien, um solche Armut nicht in Bettelei ausarten lassen zu müssen. Das ist völlig unnötig. Jeder, der in Wien ansässig ist, wird letzten Endes eine Hilfestellung von der öffentlichen Hand oder anderen Institutionen bekommen.

Und warum es keine Anzeigen gegen die gewerbsmäßige Bettelei gibt? Weil sie nicht nachweisbar gewesen ist, weil einfach bisher der Versuch gescheitert ist, die Nachweisbarkeit vor Gericht und vor der Polizei wirklich auch durchzusetzen.

Sie brauchen nur das zu lesen, was Christian Ude, der Bürgermeister von München, SPD natürlich, festgestellt hat: Jeder gespendete Euro verschärft das Problem. Bettelei ist ein angereichertes Phänomen, straff organisiert und effektiv inszeniert.

Differenzierte Betrachtung machen wir gerne, Frau Kollegin. Wir betrachten das differenziert. Wir sind der Meinung, dass die 1, 2, 3 Prozent der Bettler, die nicht organisiert sind, eine andere Behandlung verdienen als die organisierte Bettelei. Das ist für mich keine Frage. Und in diesem Sinne werden wir uns finden, wenn Sie genau dasselbe meinen sollten, was ich aber nicht ganz glaube.

Die Kollegin Yilmaz hat festgestellt, dass das nicht nötig sei und so weiter. Interessanterweise folgen wir Freiheitliche und die ÖVP, wie ich annehme, letztendlich dem Beispiel von SP-Landeshauptleuten in Salzburg und der Steiermark, und ich weiß nicht, was so schlecht daran wäre, wenn die sozialistischen Landesparteiorganisationen hinter solchen Anträgen stehen.

Das Gesetz wirkt nicht – das ist einfach nicht der Fall, das haben wir schon festgestellt –, und wer legt fest, wer hier betroffen ist? Natürlich der Gesetzgeber, eben die Landesregierungen und die Parlamente in der Steiermark und in Salzburg, übrigens auch in Vorarlberg, aber da regiert die SPÖ nicht. Und ich frage nur: Gibt es eine Despotie, die angesprochen wurde, von SPÖ-Bundesländerparteien in der Person von Burgstaller und Voves? Offensichtlich, nach Meinung der Wiener Sozialdemokraten.

Zu den Zeitungen, meine Damen und Herren: Das sind schlicht und einfach keine Zeitungen, sondern zumeist Fälschungen, die nicht vertrieben werden, sondern einfach nur Mittel zum Zweck sind.

Das Gesetz wirkt, behauptet Frau Yilmaz. Also wenn man da so etwas von sich gibt, ist es erstaunlich, und die Bevölkerung wird das zu bewerten wissen. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Die Bettelei, die in Wien stattfindet, hat eine gewisse quallenartige Qualität. Je nachdem, ob gerade Polizeieinsätze waren oder nicht waren, ergibt sich gebietsmäßig eine Ausdehnung der Bettler, die dann wieder schrumpft, wenn die Polizei einschreitet. Das ist ein dauerndes Hin und Her, und eine erfolgsversprechende Änderung hat sich bisher nicht ergeben.

Natürlich ist die Bettelei organisiert, zu 97, 98, 99

Prozent, und natürlich kommen die aus gewissen Gebieten Rumäniens, Bulgariens und der Slowakei, auch klar, und natürlich sind die clannäßig organisiert und betrachten einfach Bettelei als normalen Beruf, also als gewerbsmäßiges Handeln. Und die Clanchefs, na, die führen ein gutes Leben. Es hat ja schon oft genug Bilder gegeben, wie hier die entsprechende Unterbringung dieser Herren oder Damen – das weiß man nicht so genau – in luxuriösen Villen vor sich geht.

Die einheimische Bettelei ist im Großen und Ganzen relativ seltener. Es gibt auf der einen Seite eine Gelegenheitsbettelei, würde ich meinen, wo man angeschnorrt wird, dass man jemandem ein Bier zahlt oder so ungefähr. In diese Richtung geht das, dass man Geld locker macht für ein Viertel, und das sind Inländer, die offensichtlich mit ihrem Durst nicht zu Rande kommen. Wie gesagt, in Wien ist Bettelei überhaupt nicht notwendig und daher auch nicht zu dulden.

Die Erfolgsquote der organisierten und gewerbsmäßigen Bettelei war und ist eine hohe, das ist wohl keine Frage, und ein Großteil der Spender und Spenderinnen – das ist ja das Eigenartige – verfügt bei Weitem nicht über das Einkommen, das genau diese Berufsbettler erzielen. Das ist ein Zustand, der unglaublich ist, dass man armen RentnerInnen 1 EUR herausreißt und selber 2 000 oder mehr im Monat verdient. Das ist überhaupt keine Frage, diese Zahlen gibt es.

Mit anderen Worten: Die Grün-Alternativen unterstützen hier mittelständische Gewerbetreibende ganz offensichtlich – denn als solche sind ja die organisierten Bettler berufsmäßig zu betrachten –, mit einem hohen 2 000-EUR-Einkommen im Monat. Da muss man, wenn man das versteuert, erst einmal 4 000 haben. *(Abg Birgit Hebein: Ja, machen Sie das!)* Also es ist ja nicht so einfach. Ihr seid dafür. Na großartig! Ihr verteidigt Gutverdiener, die betteln auf Kosten von RentnerInnen, die 600, 700 EUR im Monat verdienen. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Eine unglaubliche Belästigung ist in Wien erst im Anfangsstadium, nämlich diese Musikbettelei in U-Bahnen. Ich bin öfter in Berlin, ich kann nur sagen, die Belästigung dort ist eine ungeheuerere. Im Minutentakt kommen irgendwelche Musiker durch die Züge und machen Lärm, machen Musik, betteln mit mehr oder weniger Erfolg. Ich kann nur sagen, das ist eine unglaubliche Einschränkung der persönlichen Freiheit der Reisenden und selbstverständlich ein unglaublicher Verlust an Qualität, die jeder Fahrgast verlangen kann. Das sind ungeheuerliche Zustände. Schauen wir daher, dass das in Wien nicht auch in größerem Ausmaß ausbricht. Es fängt schon an, aber wir müssen dafür Sorge tragen, dass solche Zustände nicht herkommen. Man kann dort nicht mehr mit der U-Bahn fahren, ohne ununterbrochen irgendwelchen Lärm in den Ohren zu haben.

Noch etwas: Organisierte Bettelei geht natürlich Hand in Hand mit der Kriminalität, mit Taschendiebstahl, Einbrüchen, Prostitution et cetera. Europol hat da einen Zusammenhang hergestellt, der ganz interessant ist. Europol stellt einen Zusammenhang her zwischen Menschenhandel auf der einen Seite, der massiv zugenommen hat aus Süd- und Südosteuropa, und der Prostituti-

on und Bettelei, die hier stattfinden. Laut Europol wird festgestellt, dass ein Kind, das zum Betteln geschickt wird, in vier Monaten 20 000, 30 000 EUR verdient. Wer verdient das sonst? Da werden Kinder ausgebeutet zu Gunsten von Clanchefs, die sich damit irgendwelche Mercedes vergolden. Gar keine Frage.

Die neueste Spezialität wurde schon angesprochen, nämlich der Zeitungsverkauf. Da brauchen wir nicht weiter darüber zu sprechen, ein Antrag liegt vor. Ein praktisches Beispiel, das Beispiel Mariahilfer Straße. Dort ist die Bettelei, je nachdem, ob die Polizei gerade da war oder nicht, eine echte Landplage, und das in einer Hauptgeschäftsstraße Wiens.

Dort kommt noch dazu, dass neben den zugezogenen organisierten Bettlern aus irgendwelchen Nachbarländern eben auch die ausgesprochen aggressiv bettelnden Punker ein großes Problem sind. Das ist eine echte Belästigung, wenn man schaut, wie die in der Mariahilfer Straße herumstehen, vor dem Generali Center und sonst wo, die Leute wirklich zutiefst belästigen, und keiner macht was dagegen. Das wird geduldet. Diese Gruppe inländischer Bettler gibt es genauso. Ob das jetzt unter die 2, 3 Prozent fällt, weiß ich nicht, da seid ihr auf der grünen Seite sicher besser informiert.

Daher stelle ich mit einem Wort nur fest, dass man eines sagen muss: Wir müssen deshalb gegen die Gewerbmäßigkeit auftreten und ein generelles Bettelverbot verlangen, weil, wie gesagt, die Nachweisbarkeit nicht klappt und das Gesetz seinen Zweck bisher verfehlt hat. *(Abg Nurten Yilmaz: Wie oft wiederholen Sie es noch?)* Ich glaube, in Bezug auf organisierte Bettelei, vor allem in Bezug auf die ganze Begleitkriminalität muss etwas für die Linken einmal gelten, das sie noch nie zur Kenntnis genommen haben: Wir treten für die Opfer ein und nicht für die Täter, für die Belästigten und nicht für die Belästiger. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Abg Akkilic. Ich erteile es ihm.

Abg Senol **Akkilic** *(Grüner Klub im Rathaus)*: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Das Problem der Freiheitlichen und der ÖVP ist, dass sie der nackten Wahrheit nicht ins Auge schauen können. Man kann lange von Armut reden und den Begriff Armut verwenden, aber gerade bei diesen Bettlern, ob organisiert oder nicht organisiert, ob freiwillig oder nicht freiwillig, erleben wir, was es heißt, in Armut zu leben, erleben wir, was es heißt, Hände hinzuhalten und von jemandem etwas zu verlangen. *(Abg Johann Herzog: Die müssen betteln, und zwar organisiert!)*

Während diese Menschen über ihre Würde hin zu solchen Tätigkeiten notwendigerweise hingegeben sind, sehen wir Leute mit Anzug und Krawatte, die, weil sie nie satt werden, die öffentliche Gewalt dafür verwenden, ihre Koffer mit Geld zu füllen. Sagen Sie etwas dagegen! Sagen Sie etwas gegen Meischberger, sagen Sie etwas gegen Grasser, sagen Sie etwas gegen Strasser! Das sind die wirklichen organisierten kriminellen Leute, die die öffentliche Gewalt für sich nützen, weil sie nie satt werden. *(Beifall bei den GRÜNEN.)*

Na, ist es nicht so? *(Abg Mag Johann Gudenus,*

*MAIS: Da gibt es das Strafrecht!)* Sind diese Leute auf einen Euro angewiesen? Die haben ihre Taschen voll mit Geld und werden nie satt und stecken noch mehr Geld in die Kehle, noch mehr Geld in die Tasche und schimpfen. Sie, gerade die Freiheitliche Partei, Sie haben es immer verstanden, aus der Not der Leute Geschäfte zu machen. *(Abg Johann Herzog: Was meinen Sie damit?)*

Ich erinnere nur an Ihren Bezirkspolitiker oder Bezirkschef in Ottakring, der vor Jahren für Asylwerber Löcher zur Verfügung gestellt hat, nämlich der Herr André d'Aron, der Herr André d'Aron, der seine Löcher mit Asylwerbern gefüllt hat und diese bis zum Gehnichts mehr ausgebeutet hat. *(Abg Mag Johann Gudenus, MAIS: Was hat das mit dem Bettelverbot zu tun?)* Tun Sie nicht so, als würden Sie Mitleid haben mit armen Menschen! Sie beuten diese armen Menschen aus. Schauen Sie Herrn Prinzhorn an! Der schimpft auch ständig über Ausländer, und in seiner Fabrik arbeiten vorwiegend türkische Staatsbürger und Staatsbürgerinnen. *(Zwischenrufe bei der FPÖ.)*

Ich hätte mir eine Größe gewünscht, um über dieses Problem zu sprechen, die über den Tellerrand hinausschaut, nämlich nach Europa. Diese Leute, von denen Sie sprechen, die nach Wien kommen, sind europäische Staatsbürger und Staatsbürgerinnen. Und wenn die Rede von Roma ist, dann wissen Sie ganz genau, dass die Roma vor allem in ihren Wohnorten, wo sie leben, in der Slowakei, in Tschechien oder sonst wo, unmenschlichen Bedingungen unterworfen sind und Rassismen unterworfen sind.

Und Sie kommen daher und schlagen nicht vor, dass wir mit europäischen Mitteln dagegen vorgehen sollen, dass Armut in Europa bekämpft werden soll. Ich habe noch nie von Ihnen gehört, dass wir in Europa ein gemeinsames Sozialsystem brauchen, dass wir die Armut in Europa bekämpfen. Nein, Sie versuchen die Ängste der Leute zu wecken, Sie spielen immer mit den Ängsten der Leute, um die eine Bevölkerungsgruppe gegen die andere auszuspielen. *(Zwischenrufe bei der FPÖ.)*

Meine Damen und Herren! Als ein Menschen, der konfessionsfrei ist, sage ich: Gott sei Dank leben nicht nur Sie in Wien, sondern auch wir, die die Dinge anders anschauen. *(Beifall bei den GRÜNEN und von Abg Nurten Yilmaz.)*

Ich komme jetzt zu dieser sogenannten Zeitungs-bettelei. Teile und spalte, ist eine gute Strategie von Ihnen. Die Rede ist von der Zeitung „Global Player“, die vom Verein „Die Bunten“ herausgegeben wird. Wissen Sie, dass die Betreiber dieses Vereins ehrenamtlich ständig in der antirassistischen Szene unterwegs sind und dass das Menschen mit schwarzer Hautfarbe sind und dass dieses Unterfangen von Ihnen eigentlich mit Rassismus erfüllt ist und sich gegen diesen Verein richtet und nicht gegen die Menschen, die diese Zeitungen verkaufen?

Nehmen Sie davon Abstand! Wir werden den Verein Bunte und die Zeitung „Global Player“ nicht kriminalisieren lassen von Ihnen, indem Sie „Augustin“ von diesen Leuten fernhalten, weil die eben auch diesen Menschen in ihrer Notsituation zu helfen versuchen, und wir werden dieser Unterstützung auch unsere Unterstützung geben.

Herr Jung, ich habe immer gehofft, dass Sie vielleicht ein bisschen menschlicher werden, dass Sie in Ihrer Rhetorik ein bisschen besser werden, aber Sie haben vorhin von diesem Übel, das es da gibt, gesprochen. Sie haben diese Menschen als ein Übel bezeichnet. (*Abg Nurten Yilmaz: Landplage!*) Nehmen Sie zur Kenntnis, dass Sie mit dieser Rhetorik und mit dieser Einstellung eine Gesinnung vertreten, die ich immer wieder als solche bezeichnen werde und die in der Geschichte einmal gescheitert ist. Lesen Sie einmal andere Bücher, sehen Sie Menschen als Menschen und verunglimpfen Sie Menschen nicht! – Danke. (*Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.*)

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Abg Dr Stürzenbecher. Ich erteile es ihm.

Abg Dr Kurt **Stürzenbecher** (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*): Sehr geehrter Herr Präsident! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen!

Ich werde versuchen, wieder etwas Sachlichkeit in die Debatte zu bringen, auch insofern, als wir es mit einem sehr differenziert auftretenden Phänomen zu tun haben. Auf ein differenziert auftretendes Phänomen müssen wir differenziert reagieren. Hier ist Schwarz-Weiß-Denken sowohl in die eine als auch in die andere Richtung nicht angebracht.

In diesem Sinn haben wir auch die Gesetzeslage in Wien geschaffen, weil wir es hier mit einer Gratwanderung zu tun haben, bei der man sozusagen auf der einen Seite dieses Grates abstürzen würde, wenn man unmenschlich gegen Arme vorgeht. Das wollen wir sicher nicht, und der Bürgermeister hat heute ganz deutlich ausgedrückt, dass wir mit unserem Gesetz sicher nicht gegen arme Menschen vorgehen, sondern dass wir die organisierte Kriminalität bekämpfen, dass wir die Ausbeutung von Menschen bekämpfen. Und ich glaube, dazu kann man sich wirklich mit gutem Gewissen bekennen.

Ich meine, dass es so ist – das wissen wir von der Polizei –, dass es tatsächlich in hohem Ausmaß Personen gibt, die aus anderen Ländern, aus osteuropäischen Ländern kommen, um hier Bettler zu missbrauchen und sich selbst zu bereichern, während die Bettler kaum etwas davon haben.

Dieses Phänomen zu bekämpfen, ist uns ein Anliegen. Dazu haben wir auch die Gesetzeslage geschaffen und haben, nachdem vorher die anderen Parameter allein nicht ausgereicht haben, zusätzlich zu aggressiv, aufdringlich, Betteln mit Kindern, organisiert eben voriges Jahr noch den Begriff gewerbsmäßig aufgenommen.

Die Kollegin Yilmaz hat schon ausgeführt, dass 56 Fälle von gewerbsmäßigem Betteln geahndet worden sind. Noch mehr waren es bei aufdringlichem Betteln, da waren es 78. Also das sind die Fälle, die am häufigsten vorkommen.

Ich meine, dass die präventive Wirkung natürlich die wichtigste ist und dass dadurch, dass gewerbsmäßiges Betteln verboten ist, natürlich sehr viele Leute abgehalten werden, aus anderen Ländern nach Wien zu kom-

men, um praktisch die Probleme, die es dort gibt, hierher zu importieren. Das ist genau das, was wir nicht wollen.

Auch unsere Sozialarbeiter, die in diesen Ländern ja teilweise unterstützend tätig sind, haben uns gesagt, es ist wichtig, soweit wir es können – wir können natürlich nicht ein Übermaß an Budget dafür ausgeben, aber soweit wir es als Stadt Wien können –, dort zu helfen und dort die Probleme zu lösen, aber nicht die Probleme von dort zu uns nach Wien zu importieren. Das ist sicher nicht das, was wir wollen. Das würde erstens die Problemlösung nicht verbessern, zweitens wäre es natürlich auch unsachlich.

In dem Sinn ist das Gesetz, das seit ungefähr einem Jahr gilt, erfolgreich. Herr Michael Lepuschitz, der sagt, dass es wirklich wesentlich weniger Bettler auf den Straßen gibt, wurde schon zitiert, und ich meine auch, dass die Bettelei ja weder verteufelt werden darf noch idealisiert werden soll. Das ist auch ganz wichtig. Wir haben verschiedenste Phasen in der Kulturgeschichte der Menschheit, wo Bettelei etwas Selbstverständliches und durchaus eher Positives war.

Vor 2 000 Jahren war es ja grundsätzlich so, wer arm war, ist verhungert, und es war ein großer Fortschritt, dass, auch durch den Einfluss des Christentums, sozusagen die Mildtätigkeit dazu geführt hat, dass manche Menschen gerettet wurden, die sonst verhungert wären.

Der Islam hat im Jahre 622 dann mit der fünften Säule sicher auch Wesentliches geleistet, indem die Menschen verpflichtet werden, einen Teil ihres Einkommens den Armen zu geben. Das war aber schon fast mehr als die Mildtätigkeit, das war schon fast eine gesetzliche Anordnung.

Und bis ins 18., 19. Jahrhundert war es so, dass es in allen Gesellschaften immer so Arme gegeben hat, dass es für viele ohne Betteln nicht möglich gewesen wäre zu überleben.

Aber wie Karl Marx es ausgedrückt hat: Durch die Industrialisierung haben wir die Chance, von der Vorgeschichte der Menschheit in die eigentliche Geschichte der Menschheit einzutreten. Und wir produzieren so viele Güter auf der Welt, dass an sich Armut überhaupt nicht notwendig wäre, wenn es gerecht verteilt wäre.

Das heißt, es ist uns in Westeuropa und besonders in Österreich und in Wien gelungen, an sich Armut, die hier entsteht, weitestgehend zu beseitigen. Und es ist so, dass es natürlich, wenn man einen Sozialstaat schafft, nicht mehr notwendig ist zu betteln. Ganz wenige Fälle werden vielleicht immer hinausfallen und die sollen individuell natürlich betteln können, aber als wirkliches Phänomen gibt es das nicht.

Aber das Problem ist, dass es von Menschen aus extrem armen Ländern – Moldawien wurde vom Bürgermeister genannt – natürlich Versuche gibt, hierherzukommen, und die kommen eben oft im Rahmen, wie der Herr Bürgermeister es auch gesagt hat, der organisierten Kriminalität. (*Beifall bei der FPÖ.*) In dem Sinn ist es so, dass wir nicht umhinkommen, hier zu reagieren, und zwar richtig darauf zu reagieren. In dem Sinn, meine ich, haben wir eben sehr genau differenziert, dass wir nicht das Betteln verbieten, dass wir nicht gegen die Armen



vorgehen, aber dass die Kriminalität, die mit diesem Phänomen verbunden ist, wenn sie von gewissen Ländern kommt, natürlich sehr wohl geahndet wird. Das ist ein Phänomen, das man sachlich diskutieren muss. Hier quasi nur einen rein emotionalen Zugang zu haben, ist genauso falsch wie populistisch vielleicht alles verbieten zu wollen, zum Beispiel auch dieses Zeitungsverkaufen.

Dazu ist festzustellen: Wenn das eine reine Umgehungshandlung ist, wenn jemand grundsätzlich keine Zeitungen verkauft, ist es derzeit schon verboten. Wenn jemand wirklich Zeitungen verkauft, ist das auch wieder sehr differenziert. Es ist die Frage, macht er es auf einem fixen Standplatz, dann ist es vermutlich verboten, wenn er ab und zu irgendwo auf der Straße ist und ein paar Zeitungen wirklich verkauft, ist es nicht verboten. Also da muss eben das Organ das richtig einschätzen. Jedenfalls sind Ihre Anträge diesbezüglich in keiner Weise notwendig und auch nicht richtig. Deshalb werden wir sie ablehnen.

Jedenfalls werden wir uns sicher weiter bemühen – das hat der Bürgermeister auch gesagt –, dass wir dort, wo der Eindruck entstehen könnte, dass wir auch die Armen treffen, nachbessern werden. Also er hat nicht gesagt, wir werden schärfer werden, wie das fehlinterpretiert worden ist, sondern ganz im Gegenteil, er hat gesagt, wenn wir die Armen treffen würden, würden wir nachbessern, weil es eben ganz sicher so ist, dass wir es nicht haben können, dass die Armut dazu führt, dass irgendjemand bestraft wird. Das darf nicht der Fall sein, aber es muss der Fall sein, dass die organisierte Kriminalität mit allen Mitteln bekämpft wird,

Diesen differenzierten humanen Weg der Mitte werden wir in Wien weitergehen, und wir werden immer entsprechend den Menschenrechten handeln. – Danke schön. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Zum zweiten Mal zu Wort gemeldet hat sich Frau Abg Hebein. – Sie haben noch elf Minuten Redezeit zur Verfügung.

Abg Birgit **Hebein** (*Grüner Klub im Rathaus*): Die Diskussion hat gezeigt, dass das größte Problem der ÖVP und der FPÖ Sie selber sind, und zwar geht es offensichtlich, wenn man Ihnen zuhört, um Sie selber. Sie sind das dramatische Opfer in dieser Diskussion, weil Ihre Lebensqualität tatsächlich eingeschränkt wird, indem Sie Armut begegnen. Das halte ich für eine deklarierte Themenverfehlung, muss ich Ihnen ganz ehrlich sagen, und das ist das Grundproblem der Diskussion.

Und, ja, Herr Kollege Stürzenbecher, ich gebe Ihnen völlig recht, differenzieren wir in der Diskussion und idealisieren wir nicht. Das haben wir auch nicht getan, nur ist es unsere Aufgabe – so verstehe ich es zumindest, wenn ich hier heraußen bin –, Grenzen aufzuzeigen, Grenzen der Unmenschlichkeit. Und verzeihen Sie, manchmal geht es nicht ohne Emotionen, vor allem nicht, wenn man bei der FPÖ zuhört.

Das heißt konkret: Ja, bekämpfen wir harte, menschenverachtende Kriminalität, ja, bekämpfen wir auch Menschenverachtung gegenüber Armut. Das machen wir. Und das Ziel für Wien ist es selbstverständlich, dass es überhaupt keine Armut mehr gibt. – Vielen Dank. *(Beifall bei den GRÜNEN und von Abg Nurten Yilmaz.)*

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Zu Wort ist niemand mehr gemeldet. Die Besprechung des Dringlichen Antrages ist somit beendet. – Diesen Antrag weise ich zur weiteren Behandlung dem Herrn Landeshauptmann zu.

Wir kommen nun zu den eingebrachten Beschlussanträgen.

Beschlussantrag betreffend entschlossenes Vorgehen gegen Bettelei, eingebracht von den Abgen Ulm, Feldmann, Gudenus, Herzog. In formeller Hinsicht wird die Zuweisung an den Landeshauptmann beantragt. Wer diesem Antrag die Zustimmung erteilt, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. – Das ist die Minderheit. Der Antrag ist somit abgelehnt.

Wir kommen zum zweiten Beschlussantrag der Abgen Ulm und Feldmann betreffend generelles Bettelverbot. In formeller Hinsicht wird die Zuweisung an den Landeshauptmann erbeten. Wer diesem Antrag die Zustimmung erteilt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. – Das ist ebenfalls die Minderheit. Der Antrag ist somit abgelehnt.

Bevor ich die heutige Sitzung schließe, darf ich zurückkommen auf die Forderung, das Protokoll durchzulesen hinsichtlich der Wortmeldung von Herrn Klubobmann Ellensohn. In Übereinstimmung mit dem Zweiten Landtagspräsidenten erteile ich dem Herrn Klubobmann für seine Formulierungen den Ordnungsruf.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft.

Tag, Stunde und Tagesordnung der nächsten Sitzung werden auf schriftlichem Weg bekannt gegeben.

Die Sitzung ist geschlossen. Ich wünsche ein schönes Wochenende.

*(Schluss um 14:19 Uhr)*